

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis per Nummer 10 Pf.
 Vierteljahr 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 nummer mit Illustration Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 1,10 Mark pro Monat.
 Eingetragen in die Post-Zeitungs-
 Preisliste. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Oesterreich Ungarn
 2 Mark, für das übrige Ausland
 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonne
 oder deren Raum 40 Pf. für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Besammlungs-Anzeigen 25 Pf.
 „Kleine Anzeigen“, das erste (voll-
 gebundene) Wort 10 Pf., jedes weitere
 Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben
 zählen für zwei Worte. Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 15. Juni 1905.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernpred. Amt IV, Nr. 1981.

Die Generalwahlen in Holland.

Man schreibt uns aus Amsterdam:

Am 16. Juni, also gerade zwei Jahre nach dem Dreimillionensieg der deutschen Sozialdemokratie, wird in Holland die bedeutendste, jedenfalls die erregteste Wahlschlacht geschlagen werden, welche das Land je sah.

Gegenüber der täuschenden politischen Wahlpapole der Regierungskoalition: „Für oder gegen das Christentum“, „Christus gegen Satan“ usw. haben die Liberalen nicht ungeschickt ihre alten antikerikalen Schlagworte wieder ans Tageslicht geholt und sie verwenden sie nicht übel. Es scheint, als ob die Kerikalen Herren doch ein etwas zu hohes Spiel gewagt haben.

Ganze Bevölkerungsschichten, wie die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, wie die Intellektuellen, insbesondere die ganze Lehrerschaft des höheren sowohl als des Volksunterrichts hat die Regierung gegen sich in Harnisch gebracht und dabei hat sie selbst einen großen Teil der Bürger beunruhigt, die Ruhe und Mäßigung über alles setzen, die aber jetzt die Ausschweifungen des Kerikalismus auf religiösem Gebiete mit Besorgnis verfolgen. Die schroffen Gegensätze, die Dr. Kuypers mit seinen Schlagworten proklamiert, sind den Philistern unbehaglich, die nichts mehr scheuen, als Aufregung.

Kurz, es ist eine starke Strömung gegen diese Regierung und Dr. Kuypers hat die „neutrale Mittelschicht“, wie er selbst es nannte, ohne Zweifel gegen sich erbittert.

Die liberale Partei fühlt sich wieder einmal im Mause ihrer alten Größe. Die „alte Jungfer“ wird wieder sehr eifrig umfressen, mit ihrem alten Appetit schielt sie nach dem Regierungssitz, an dem sie nun doch vielleicht entgegen aller Erwartung Platz nehmen kann.

Einige Erjagwahlen haben gezeigt, daß die Kerikale Hochflut abebbt. Im Kreise Brielle, wo im Jahre 1901 der Liberale Goehoop mit 49 Stimmen Mehrheit gewählt war, wurde vor ein paar Monaten bei einer Erjagwahl der Liberale Noodhuizen mit 497 Stimmen Mehrheit gewählt und bei einigen Erjagwahlen für die Provinzialstaaten und die Gemeinderäte ging es ebenso. Im Amsterdamer Kreis 7, wo im Jahre 1901 der Kerikale Heemster mit 700 Stimmen Mehrheit gewählt wurde, unterlag bei einer Provinzialstaaten-Erjagwahl bei gleicher Wählerschaft ein Kerikaler Kandidat dem liberalen. Der Regierungshunger hat den Liberalen aber auch gründlich den Geschmack verdorben. Anstatt aus den Folgen der Kerikalen Politik zu lernen, daß solche Regierungs-kombinationen, in denen mit den Reaktionsären fortschrittliche Elemente sich zusammenfinden müssen, zur vollständigen Unfruchtbarkeit und dadurch zum Zusammenbruch führen, ahmt man den Kerikalen nach und hat sich koalitiert.

Die liberale Union, die Mittelschicht und der stärkste Teil der liberalen Partei hat eine Verbindung mit dem freisinnig-demokratischen Bund geschlossen, und dieser letztere hat, um bündnisfähig zu werden, außerordentlich viel Wasser in seinen Wein tun müssen. Der Bund hat sich im Jahre 1901 gebildet als eine Sezession der liberalen Union, weil sie das allgemeine Wahlrecht nicht auf ihr Aktionsprogramm setzen wollte.

Mit kräftigem demokratischen Idealismus fing die neue Partei damals ihr Leben an. Ihr Abgeordneter in der Kammer reichte eine Gesetzesvorlage ein, welche eine Verfassungsrevision zur Einführung des allgemeinen Wahlrechts forderte.

Und jetzt koalitiert man sich wieder mit der liberalen Union, die auch jetzt noch nichts vom allgemeinen Wahlrecht wissen will, die sich aber bereit erklärt hat, dabei mitzuwirken, für eine Verfassungsrevision soweit einzutreten, als sie die Hindernisse und Bestimmungen gegen das allgemeine Wahlrecht aus der Verfassung beseitigt und in die Verfassung einen Plankartikel setzt, wonach der verfassungsmäßige Gesetzgeber das Recht erlangt, selbst zu bestimmen, wer Wähler sein solle. Daß durch solche Revision der Verfassung die Sache des allgemeinen Wahlrechts um kein Haar breit weiter gefördert ist, braucht nicht bewiesen zu werden, umfoweniger, als diese liberale Koalition nicht einmal den Mut gehabt hat, die sogenannten Altliberalen (Konservative) von ihren Söhnen zu verdrängen. Diese Altliberalen sind entschiedene Gegner des allgemeinen Wahlrechts und bilden den konservativen Block, den jede liberale Regierung am Bein haben wird. Wir kommen in der Wahlrechtsfrage auf diese Weise also wieder nicht weiter.

Die Verleugnung der Demokratie durch die freisinnigen Demokraten macht die Stellung der Sozialdemokratie in den bevorstehenden Wahlkämpfen noch leichter und klarer als sie schon war. Jede Verwirrung ist nun ausgeschlossen. Wirkliche Demokraten in diesem Kampfe sind nur die Sozialdemokraten, und die ganze Situation des Kampfes gibt uns das Recht, die besten Erfolge zu erhoffen.

Indessen wenn auch die Kerikalen merken lassen, daß ihre Siegeszuversicht anfängt nachzulassen, so ist doch ihre Niederlage noch nicht gewiß. Die jetzige zweite Kammer zählt 25 Katholiken, 23 Antirevolutionäre und 10 „Christlich-Historische“. Das sind zusammen 58 Kerikale. Die Opposition besteht aus 34 Freisinnigen aller Schattierungen und 8 Sozialdemokraten. Um also die Mehrheit zu bekommen, müßten aus eigenen Kräften die Freisinnigen 17 Mandate erobern und kein einziges verlieren. Doch müßten sie nicht nur von den Kerikalen,

sondern auch von den Sozialdemokraten Mandate erobern. Diese letztere Möglichkeit ist vorhanden. Es ist möglich, daß unsere Partei bei großem Stimmengewinn ein paar Mandate einbüßt, umfoweniger, weil alle Mandate in der Stichwahl erobert worden sind.

Indessen müßten die Freisinnigen wohl das größtenteils blutige haben, wollten sie diese 17 Mandate gewinnen und kein einziges verlieren. Erreichen sie aber nicht die Zahl, dann müssen sie für ein konservativ-liberales Ministerium Hilfe holen bei den Kerikalen, für ein fortschrittliches bei den Sozialdemokraten. Die Zukunft ist also sehr unsicher und diese Ungewißheit erhöht die Spannung des Kampfes.

Die sozialdemokratische Arbeiterpartei hat in 73 Kreisen Kandidaten aufgestellt. Im Jahre 1901 hatten wir 51 Kandidaturen. Haben wir vielleicht auch wenig Aussicht auf eine Vermehrung der Zahl unserer Mandate, auf eine Vermehrung unserer Stimmenzahl von 89 000, die wir im Jahre 1901 erzielten, auf 65 bis 75 000 wird sicher gerechnet.

Friedensvorbereitung.

Das russische Ministerium des Auswärtigen macht jetzt in einer offiziellen Note Mitteilung von der Zustimmung zur Einleitung von Verhandlungen mit Japan. Selbst in dieser Note, die in Wahrheit natürlich das Zugeständnis der russischen Zwangslage bedeutet, ist der freche Dünkel des regierenden Russlands noch immer lebendig.

Nach Meldung der „Petersburger Telegraphen-Agentur“ teilt das Ministerium des Auswärtigen mit:

Der Präsident der Vereinigten Staaten hat den Vorkämpfer der Republik am kaiserlichen Hofe beauftragt, um eine Privataudienz nachzusuchen, um direkt an den Kaiser ein Zeugnis der unänderlichen Gefühle der Freundschaft der Vereinigten Staaten für Rußland gelangen zu lassen und den persönlichen Wunsch des Präsidenten Roosevelt zum Ausdruck zu bringen, im Interesse der ganzen Welt so viel als möglich zur Einseitigkeit der Feindseligkeiten in Ostasien beizutragen. Der Vorkämpfer hatte den Befehl, hinzuzufügen, daß der Präsident gleichzeitig denselben Schritt bei der japanischen Regierung getan habe. Der Kaiser hat geruht, den Vorkämpfer der Vereinigten Staaten zu empfangen und mit Gerechtigkeit die Initiative des Präsidenten aufzunehmen, die übrigens bei den Rußland befreundeten Mächten vollkommene Sympathie gefunden hatte. Präsident Roosevelt hat, nachdem er sich alsbald überzeugt hatte, daß Japan gleichfalls geneigt sei, den Vorschlag anzunehmen, durch die Vertreter der Republik in Petersburg und Tokio der kaiserlichen Regierung wie der japanischen Regierung eine offizielle Mitteilung über diesen Gegenstand zugehen lassen, die dann in Washington veröffentlicht worden ist. In Verantwortung dieser Mitteilung hat der Minister des Auswärtigen auf höchsten Befehl den amerikanischen Vorkämpfer durch eine Note benachrichtigt, daß der Kaiser, sehr empfänglich für die von dem Präsidenten zum Ausdruck gebrachten Gefühle, gern den neuen Beweis der traditionellen Freundschaft zwischen Rußland und den Vereinigten Staaten gesehen habe, sowie die Befestigung des Wertes, den Roosevelt, in völligem Einklang mit den Ansichten des Kaisers, der allgemeinen Veruhigung belege, die so wesentlich für das Wohl und den Fortschritt der ganzen Menschheit ist. Was die eventuelle Zusammenkunft von russischen und japanischen Bevollmächtigten betrifft, die die Aufgabe hätten, zu prüfen, bis zu welchem Punkte es den beiden Mächten möglich wäre, Friedensbedingungen anzunehmen, so hätte die kaiserliche Regierung im Prinzip nichts gegen einen derartigen Versuch einzuwenden, wenn Japan den Wunsch danach ausdrückt.

Auch sonst wird in Petersburg der Schein zu erwecken gesucht, als habe man den Friedensschluß nicht nötig und als werde man sich keinesfalls auf beschwerliche Bedingungen einlassen. Man hat sogar eigens ein Telegramm bei General Lineiwisch bestellt, in dem der General und sein gesamter Kriegsrat ihre Trauer über die Einleitung von Friedensverhandlungen aussprechen.

Man wird es erleben, daß die Leute des Jaren schließlich die Erfüllung der japanischen Forderungen als einen besonderen Akt zartlicher Gnade ausgeben werden!

Der Ort der Verhandlungen.

Tokio, 14. Juni. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Heute ist hier der Bericht des japanischen Gesandten in Washington Takahira eingegangen, in dem dieser davon Mitteilung macht, daß die russische Regierung ihren Vorkämpfer in Paris Newbrow zum Bevollmächtigten für die Einleitung der Friedensverhandlungen ernannt und als Zusammenkunftsort für die beiderseitigen Bevollmächtigten Paris in Vorschlag gebracht habe. Die japanische Regierung wird ihre Zustimmung nicht dazu geben, daß die Bevollmächtigten in Paris zusammentreffen, einerseits weil Paris die Hauptstadt eines mit Rußland verbündeten Reiches ist, andererseits wegen der großen Entfernung und der damit verbundenen Verzögerung. Man erwartet, daß Japan einen Ort in der Nähe des Kriegsschauplatzes vorschlagen wird. Der japanische Bevollmächtigte ist noch nicht bestimmt.

Gefechte der Landarmeen.

Wenn der russische Feldherr kleine Erfolge meldet, so pflügt die Meldung der Vorbote großer Misserfolge zu sein. General Lineiwisch telegraphiert unter dem 13. Juni: Am 11. Juni besetzten die Russen nach einem Gefechte die Dörfer Sychonglah, auf halbem Wege zwischen Symbacohen und Tschankufu, sowie Tschikpu und Tschakidji. Am selben Tage rückte eine andere Abteilung gegen die Bergwerke bei

Tschahedji vor. Eine Kompanie Japaner, welche die Bergwerke besetzt hatte, räumte dieselben, zog sich nach Südwesten zurück und wurde dann durch ein Bataillon Japaner mit Revolverkanonen verstärkt. Der Feind an der Mandarinenstraße hat sich südlich von Winkhuagay verschanzt. Unsere Vorposten gingen am 11. Juni von neuem durch den Engpaß Pandzilin in der Richtung auf Winkhuagay vor.

Flottenrecht.

Saigon, 14. Juni. (Meldung der „Agence Havas“.) Der russische Hilfskreuzer „Anban“ ist heute vormittag bei Kap St. Jacques eingetroffen und vor Anker gegangen. Der Gouverneur von Cochinchina hat angeordnet, daß sofort ein Kriegsschiff dorthin abgeht, das darüber wachen soll, daß die Vorschriften betreffend Aufrechterhaltung der Neutralität beobachtet werden.

Singapur, 14. Juni. Es verlautet, daß die Ladung des englischen Dampfers „St. Alida“, der am 5. Juni von dem russischen Hilfskreuzer „Dniepr“ zum Sinken gebracht worden ist, hauptsächlich aus Jute, Reis und Baumwolle bestand. Ein Europäer, darunter der Kapitän, ein chinesischer Komprador sowie das Ladungsverzeichnis wurden an Bord des „Dniepr“ zurückgehalten.

Die Vernichtung dieses englischen Dampfers dürfte Anlaß zu neuen diplomatischen Differenzen zwischen England und Rußland geben.

Kagasaki, 14. Juni. Die „Mastroma“, eines der beiden russischen Hospitaltschiffe, die von den Japanern genommen und nach Saiebo gebracht worden waren, weil sie unter dem Verdacht standen, daß sie strategisch an dem Kampfe in der Tschushimastraße beteiligt waren, wurde freigelassen und ging nach Shanghai in See. Das Hospitaltschiff „Drei“ wird vor den Prisenrichtshof in Saiebo kommen, wo gegen dasselbe verhandelt werden wird.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 14. Juni.

Professorenjammer.

Der Bewegung der Studentenschaft, die man unter dem Namen eines Kampfes um die akademische Freiheit gebucht hat, folgt nun ein vorläufig anonym anstimmiger preussischer Professoren gegen das System Althoff. Wir haben bei aller redlichen Bemühung nicht vermocht, jener Studentenbewegung auch nur die bescheidenste Anerkennung zu leisten. Es war kein Kampf um die Freiheit aller, sondern nur eine Kapitalgerei um die Unfreiheit anderer. Die Studenten dachten gar nicht daran, etwa Raum zu schaffen für freie Lehre und freies Lernen, und während sie sich in Ausbrüchen gegen die Kerikalen Verbindungen erschöpften, regte sich kein Widerspruch gegen den schmählichsten Zustand, daß im Reiche der Universitätswissenschaften bestimmte Parteien und Richtungen vollständig ausgeschlossen sind, daß man auch die Universitäten nur als Garnisonen betrachtet, in der die Köpfe der Erbsitzlinge aus den herrschenden Klassen gegen den inneren Feind gedrückt werden.

Wir glauben nicht, daß die anständigeren Regierungen, die man neuerdings in der Professorenenschaft bemerkt, wesentlicher und erfolgreicher sein werden, als der Studentenjammer. In dem Juniheft der Goensbroeckischen Zeitschrift „Deutschland“ eröffnet ein hervorragender preussischer Universitätsprofessor Betrachtungen über das preussische Kultusministerium, in denen das System Althoff mit den schärfsten Wendungen und unter Benutzung eines zwingenden Materials bekämpft wird. Der ungenannte Universitätsprofessor wiederholt im wesentlichen das, was nicht anonym der alte Straßburger Professor Michaelis schon vor einiger Zeit mit größerer persönlicher Tapferkeit ausgesprochen hat. Das meiste, was in dem neuen Aufsatz dargelegt wird, ist längst bekannt. Wir wissen bereits, daß das selbständige Berufungsrecht der Fakultäten nicht mehr respektiert wird. Das Kultusministerium ernannt seine Professoren und die Fakultäten sind meistens schon so fromm abgerichtet, daß sie von vornherein nur Personen vorschlagen, von denen sie wissen, daß sie dem Herrn Althoff, dem Gewaltigen des Universitätswesens genehm sind. Wir wissen auch, daß man das System der Straßburger Professoren eingeführt hat, d. h. daß man Leuten, die eine verdächtig unabhängige Wissenschaft treiben, gutgesinnte Kollegen auf den Hals setzt, die in die Prüfungskommission kommen und so einen übertragenden Einfluß gewinnen. Auch das ist längst öffentliches Geheimnis, daß man auf den preussischen Universitäten spioniert, wie nur je in der Zeit der Karlsbader Beschlüsse oder im heutigen Rußland. Die Vorlesungen werden übertracht und gefällige Professoren erhalten die Berliner Zentralgewalt auf dem Laufenden über „anständige“ Vorkommnisse in der Universitätswelt. Wir glauben, daß die im Berliner Kultusministerium geführten Personalakten gewisser Professoren nicht viel anders aussehen, als die Akten, die die politische Polizei über Sozialdemokraten führt. Damit nicht gesagt werden soll, daß es Professoren gibt, die sozialdemokratisch verfaßt seien, nein, es genügt schon, daß ein Gelehrter irgend eine oben nicht willkommene Anschauung hegt und er gerät in die Verbrecherkammer.

Alle diese Anklagen gegen das Ministerium Althoff — Herr Studt zeichnet wohl nur wegen seines eleganten Schrocks verantwortlich, er ist der Sigredakteur Althoffs — spiegeln nur ein System, das längst herrschendes Universitätsrecht geworden ist und keinem Eingeweihten unbekannt ist. Wenn man aber alle Vorwürfe auf den Herrn Althoff, den noch längst von dem Berliner Professor Schmöller überschwinglich Gefeierten wälzt, so ist das ungerecht und irreführend. Herr Althoff ist sicher im Kultusministerium und vielleicht in der gegenwärtigen Bureaupolitik der fähigste und in seiner Weise charaktervollste Kopf. Er ist ein geriebener Jynkler, der seine Professoren genau kennt und der in seiner langen Erfahrung Grund genug haben mag, diese zu verachten und seine „Meinung“ fühlen zu lassen. Und wenn die noch vorhandenen unabhängigen und wissenschaftlich ernsthaften

Verhältnisse mit unter diesem jämmerlichen Zustand leiden, so ist das ein persönlich tragisches Geschick. Die große Mehrheit aber der Universitätsprofessoren wird nicht anders behandelt, wie sie es verdient. Der „herausragendste Universitätsprofessor“, der in „Deutschland“ zu Worte kommt, gesteht ja auch selbst zu, es sei keine Rede davon, daß die Fakultäten in der Wahrung ihrer Freiheit und Unabhängigkeit zusammenstehen, sondern daß vielmehr kaum noch eine Fakultät frei sei von gefügigen Anhängern des Berliner Allgewaltigen.

Sind die Mitteilungen des Gewährsmannes der genannten Zeitschrift soweit bekannt und treffen sie auch nicht den Kern des herrschenden Verfalls, so enthält aber auch der Artikel spezielle Behauptungen, die das größte öffentliche Interesse beanspruchen können.

Der Universitätsprofessor behauptet wörtlich das Folgende: „Es ist eine bekannte Tatsache, daß die Publikationen des Reichs-Gesundheitsamtes stets vorher der Begutachtung ihres juristischen Präsidenten unterliegen und nicht herausgelassen werden, wenn sie irgend etwas politisch oder sonstwie unangenehm enthalten. Wer die Frage des Vorkaufsrechtes zu Nahrungsmitteleinverfolgung hat, dem kann es nicht zweifelhaft sein, daß hier nicht nach freiem wissenschaftlichem Urteil gehandelt wurde, sondern lediglich nach politischen Grundrissen. Auch viele hygienische Maßnahmen gehen aus denselben Rücksichten, und das Ministerium versteht es, in sehr geschickter Weise Stimmung im Publikum zu machen, indem gewisse Leute aufgefordert werden, über wissenschaftliche Dinge vor einflussreichen Leuten, z. B. auch vor Abgeordneten Vorträge zu halten. Bei solchen Vorträgen pflegen die Vertreter des Kultusministeriums nicht zu fehlen.“

Während sich niemand mehr darüber aufregt, daß die politische-ökonomischen Wissenschaften, insbesondere auch die Geschichtswissenschaften durchgängig gemodelt wird nach den Interessen des herrschenden Systems, so wird diese Behauptung doch noch verwundert, daß selbst auf dem Gebiete der Medizin für wissenschaftlichen Wert beanspruchende Gutachten Motive maßgebend sein sollen, die mit der wissenschaftlichen Wahrheit gar nichts zu tun haben. Es wird behauptet, daß das Reichs-Gesundheitsamt nicht medizinische Erkenntnisse verbreitet, sondern politische Tendenzgutachten fällt. Das ist ein Vortausch, wie er schwerer gar nicht gedacht werden kann, und der sicher bei der nächsten Gelegenheit zur parlamentarischen Klarstellung gebracht werden muß.

Das Reichs-Gesundheitsamt hat tatsächlich allerdings seit langer Zeit durch seine Tätigkeit die agrarisch-schutzamerikanischen Interessen gefördert. Diese Aktionen begannen mit der amerikanischen Trichine, die im gepöbelten Zustande so viel gefährlicher sein sollte, als die deutsche im frischen Fleisch. Sie wurden fortgesetzt mit der berüchtigten amerikanischen Schildlaus, die für das plötzliche Verbot der Einfuhr von amerikanischen Äpfeln dringend benötigt wurde. Und sie haben noch zuletzt zu der Gemeingefährlichkeit der Vorkäse geführt, die wissenschaftlich begründet hat, warum das amerikanische Wachsenfleisch nicht nach Deutschland kommen dürfe. Mißtrauisch mußte man gegen diese Gutachten schon immer sein. Wenn aber nun Klipp und Klar hier von einem Kenner ausgesprochen wird, daß das überhaupt keine von medizinischen Gesichtspunkten aus abgegebene Urteile seien, sondern von dem an der Spitze stehenden Juristen redigierte politische Reskripte, so wird man künftig alle hygienischen Rundgebungen, die in das Gebiet der Schutzpolitik hineingreifen, namentlich auch die Veröffentlichungen über Viehseuchen als vollkommen wertlos misachten müssen, als Rundgebungen, die ebenso viel wissenschaftlichen Charakter haben, als wenn sie etwa von Hochgrundbesitzern selbst ausgearbeitet oder bezahlt worden wären. Die Professoren sind also nicht mehr bloß die Leibgarde der Hohenzollern, sondern auch die Leibgarde der Großwäzähler. Das ist eine Spezialität, auf die wahrlich die Welt der akademischen Freiheit stolz sein kann.

Daß so etwas möglich sein kann, daß sich Gelehrte dazu hergeben, das ist freilich aus den weiteren Mitteilungen des Artikels nach zu begreifen. Wir hören da, daß man den Professorentitel nach der Art der Kirchschischen Hofbankier- und Kommerzienrädtel zu verleihen pflegt. Jemand ein Mensch, der eine der Berliner Herrschaft wohlgefällige Handlung, die aber mit wissenschaftlicher Forschung nichts zu tun hat, ausgeführt hat, bekommt den Professorentitel, auf den Männer, die „unerwünschte“ Lehren verbreiten, ganz oder für Jahrzehnte verzichten müssen. So wird z. B. bei jungen Kollegen der Professorentitel verliehen, der dann lediglich als Reskript für die Privatpraxis benutzt wird. Professor wurde vor einiger Zeit, wie der Artikel schreibt, ein bekannter Agent des Kultusministeriums, der in Sachen des Kerkelbaues tätig war. Die Gelder, die nötig waren, um dieses Kerkelhaus zu bauen, seien wesentlich dadurch zusammengebracht worden, daß „ein anderer Agent des Kultusministeriums sich an die chemischen Fabriken wandte, die medizinische Präparate fabrizieren und dort ganz unverhofft Titel und Orden in Aussicht stellte, je nach Wahl, wenn eine gewisse Summe bewilligt wurde.“ Ein Vorkäse belam den Professortitel, weil er einmal in Kairo einen Toast auf die Kerkelerschaft ausbringen konnte.

Man belohnt aber die Elemente nicht nur durch Titel und Orden, sondern auch durch Geld. Aus den Kolleggeldern, die eine gewisse Summe überschreiten, ist nach dem neuen Honorargesetz ein Fonds gebildet worden, aus dem unbemittelte Universitätslehrer unterstützt werden sollen. Der Verfasser des Artikels hat „den begründeten Verdacht, daß nur solche Leute unterstützt werden, die mit ihren Lehren und Veröffentlichungen stets nach der vorgelegten Behörde hinschauen.“ Wie im übrigen besonders der Merkelsismus auf allen Wegen gefördert wird, zeigt der Artikel an ein paar grotesken Beispielen.

Daß der Kapitalismus auch den Gelehrten seines Heiligenscheins entkleidet und zum Lohndiener herrschender Interessen macht, ist eine Wahrheit, die seit dem kommunistischen Manifest kein Einseitiger mehr leugnet. Wenn aber gar der Kapitalismus in den besonderen Formen der preussischen Bürokratie und des preussischen Halbfeudalismus sich äußert, dann ist es freilich mit aller Wissenschaft und allem unabhängigen Professorentum ein Ende. Indem die Professoren stillschweigend dazwischen willigten, daß die Lehren des Sozialismus von den Universitäten zu verbannen seien, ja, daß sogar sozialdemokratische Professoren, auch wenn sie neutrale Wissenschaftler lehren, nicht zu dulden seien, haben sie die Lebensader der deutschen Universitäten unterbunden. Wie die alten Universitäten in Frankreich und anderen Ländern zugrunde gegangen sind, weil die offizielle Universitätswissenschaft der modernen Philosophie Widerstand leistete und den Merkelsismus als herrschende Lehre behaupten wollte, so geht die deutsche Wissenschaft und gehen die deutschen Universitäten zugrunde an dem preussischen bürokratischen System, sie gehen zugrunde gerade als Leibgarde der Hohenzollern und als Sachwalter kapitalistischer Interessen. Das System Althoff krönt und gipfelt nur den Verzicht auf Unabhängigkeit, den die Güte der Universitätswissenschaft selbst geleistet hat, und wenn die Entartung schon selbst die Form vollendeter Korruption annimmt, mehr wohl noch als man ahnt, so ist auch daran Herr Althoff nicht schuld, wenn einmal alle Päden aufgedeckt werden, die nicht nur zwischen den Professoren und der Regierung, sondern auch zwischen den Professoren und den kapitalistischen Erwerbsgesellschaften hin und her gehen, so würde man vermuthlich noch ganz andere Enthüllungen

machen können, als sie der hervorragende aber ungenannte Universitätsprofessor von „Deutschland“ macht.

Wie die Besiegenden denken.

Ein drastisches Zeugnis des schamlosen Dünkels und Egoismus gewisser Kreise der besiegenden Klasse bietet ein Brief, den der Landtags-Abgeordnete v. Fehdebrand und der Lafer a. S. empfing. Die extrem reaktionäre Ansprache des konservativen Führers zum Vergarbeiterkongress hat den Gehalt einer schönen konservativen Seele ausgelöst und der Jmmismus konservativer Blätter schreit vor der Veröffentlichung nicht zurück. Der Brief lautet in der gekürzten Wiedergabe, die wir im „Das Reich“ finden, also:

Hochgeehrter Herr!

Tausende von Besiegenden danken der konservativen Partei für die strenge Haltung in beiden Häusern des Landtages. Es ist aber auch die höchste Zeit, daß der Regierung und ihren Freunden, den Sozialdemokraten et tunc quanti, ein „Quos ego“ (Ich will Euch!) zugerufen wird. Sollen wir uns vollends ausziehen und mit des Restes unseres Vermögens durch die unerlässliche soziale Gesetzgebung verdrängen lassen? Was hilft es, wenn wir unser Vermögen, unsere Existenz verloren haben, die Revolution niedergeschlagen wird? Und dabei hat man acht Millionen angegebene Soldaten und weicht fortwährend vor Weibel, das ist das zweite Wort des Herrn Reichskanzlers, zurück. In diesem Menschen mit der sozialen Hegelei blüht die Regierung wie hyponisiert auf, zu einem Hochverräter, der die Autorität des Heeres im Reichstage durch seine Reden untergräbt und die Nation, bevor der Hahn dreimal kräht, mit einem Ocean von Wasse übersättigt hat. Und da spricht der Herr Reichskanzler von Autorität, die ja gar nicht mehr vorhanden ist, man hat sie eben achlos veräußert. Man will ein gutes Gewissen haben, nachdem man die Besiegenden bereits zu Heloten der Proletarier durch die gesamte Gesetzgebung erniedrigt und diesen Menschen zwecks ungezählter Millionen an den Hals geworfen hat. In Berlin heiraten nach der „Kreuz-Zeitung“ Nr. 249 3. Beilage in diesen Kreisen die Mehrzahl nur, um nach vier Wochen wieder auseinander zu laufen, um der meist vorhandenen Familie Armenunterstützung zu teil werden zu lassen. Hier ist schon eine Folge der sozialdemokratischen Lehren, jedes Pflicht- und Ehrgefühl erstorben. Die christlichen Arbeiterverbände sind nicht ein Deut besser als die anderen und aus tatsächlichen Gründen nur so lange christlich, als für sie noch etwas abfällt.

Das „Reich“ sagt dazu: Wie ist es nun möglich, daß ein solches Schreiben, das die Sozialdemokratie ohne jeden Vorbehalt als Verleumdungsbuch bezeichnet, von konservativen Blättern des Abdrucks gewürdigt wird? Doch wohl nur, um an einem abschreckenden Beispiel zu beweisen, welche törichten Briefe ein Herold der Besiegenden schreiben kann.“ Ach, Knechtwege! Im Gegenteil!

Die „Konf. Korresp.“, das offizielle Organ der konservativen Partei legt Verwahrung ein, daß der Brief ihrer Partei an die Reichsstände geknüpft werde, die Partei wolle sich auch nicht „mit allen einzelnen Ausführungen des Briefstellers“ im Einklang erklären, aber im wesentlichen verteidigt die „Konf. Korresp.“ ausdrücklich die ungeschwächlichen gemeinsamen Bestimmungen des Briefes. Sie sieht in der Veröffentlichung des Briefes durchaus nicht die Absicht, „an einem abschreckenden Beispiel zu beweisen, welche törichten Briefe ein Herold der Besiegenden schreiben kann.“ Vielmehr sagt sie:

„Der Brief ist lediglich als Stimmungsstück aus gewissen Kreisen interessant, weil man daraus erkennen kann, wie bedenklich vielen der Umstand erscheint, daß die Sozialdemokratie sich unserer bewährten Sozialpolitik zu ihren Parteizwecken zu bemächtigen beginnt, und wie abnehmend gewisse Kreise der Bevölkerung dem Gedanken einer Reichs-Gesetzgebung gegenüberstehen.“

Diese Verteidigung des Briefes durch das offizielle Organ der konservativen Partei verbollständigt vollends das briefliche Selbstzeugnis konservativer Heiße!

Zur Naturgeschichte der Zentrumspresse.

Aus dem Rheinland wird uns geschrieben: Das Zentrum ist erst infolge des drohenden Abfalls der katholischen Arbeiter sozialpolitisch geworden und die Zentrumspresse mußte zur „Arbeiterfreundlichkeit“ erst gezwungen werden. Es hat großer Ansehensverlust der christlichen Gewerkschaften bedurft, um die Zentrumspresse bei Kämpfen zwischen Kapital und „christlich“ organisierten Arbeitern wenigstens zur Neutralität zu veranlassen, und nur die Drohung, eigene Tageszeitungen für die christlichen Arbeiter ins Leben zu rufen, hat die Zentrumspresse genötigt, sich in dem gewünschten Maße in den Dienst der christlichen Gewerkschaften zu stellen. So war es in Köln und in Aachen. Bei der Zentrumspartei war der politische Gewinn für die Arbeiterpolitik bestimmend, bei der ultramontanen Presse das nackte Geschäftinteresse. Hierfür ist jetzt bezüglich eines Zentrumspresseblattes der soz. altem. Nachrichten Nachweis erbracht.

Ende der neunziger Jahre fiel in der deutschen Zentrumspresse allgemein das am meisten verbreitete der beiden ultramontanen Blätter in Aachen, der „Volkshilf“, durch seine rabuläre Haltung in politischen und Arbeiterfragen auf. Das Blatt machte, wie sich der Leser des „Vorwärts“ infolge gelegentlicher Zitate erinnern wird, in scharfster Opposition gegen die Militär- und Flottenpolitik der eigenen Partei, des Zentrums. In der Verteidigung der Arbeiterinteressen gegenüber dem zumeist katholischen Aachener Fabrikanten- und Kapitalistenstand war das Blatt ähnlich radikal. Diese Politik schien so rentabel, daß die Verleger des Blattes in Köln einen Ableger mit der nämlichen Schreibweise schufen. Man mußte aber die Erfahrung machen, daß die Abonnentenzahl allein es nicht tut, sondern daß erst die Inserate die Suppe fett machen. So ging der „Kölnischer Volksfreund“ bald zugrunde. Und o Wunder! Nach einiger Zeit wechselte der Aachener „Volkshilf“ seine Schreibweise; er trat in politischen Teil die offizielle Zentrumspolitik und im „sozialen“ Teil wurde er ebenfalls zum Heute erst ersährt die Deffenlichkeit die Ursache dieser überraschenden Wandlung.

Die ultramontanen Kapitalisten des Aachener Bezirks haben damals mit Schrecken ihre Vorkämpfer unter der Führung des „Volkshilfs“, dessen Verleger sich auch rednerisch in den Dienst des christlichen Zentrumsverbandes stellte, ins radikale Hochwasser geleitet und immer begehlicher werden. Und man beschloß, den „Volkshilf“ zu jähren. Ein Mitarbeiter unseres Kölner Parteiblattes, der „Rheinischen Zig.“, ist in den Besitz der Jahresberichte des Verbandes der Aachener Textilindustriellen gelangt. In dem Bericht über 1900 befindet sich die folgende Stelle:

„Von einem überraschenden Erfolge begleitet war der Versuch, von Seiten der Verbandsmitglieder nicht mehr in dem Lokalblatt „Volkshilf“ zu inserieren. Es fand dieser Versuch innerhalb wie außerhalb des Verbandes lebhaften Anklang und andere Fabrikantenverbände schlossen sich ihm an. Die Maßnahme führte dahin, daß nach und nach der Ton jenes Blattes dem Unternehmervand gegenüber wie überhaupt in sozialen Angelegenheiten ein anderer wurde, und eine Rückwirkung des fraglichen Beschlusses hat sich auch bereits bis auf die Arbeiterverbände bemerkbar gemacht.“

Das Zentrumspresseblatt war vor der Beschlüsse des Unternehmervand zu Kreuze gezogen, aber noch liegen die Fabrikantenverbände nicht locker. In dem Bericht über 1901 heißt es noch, daß man es für angebracht gehalten habe, den Beschlüsse auf ein Jahr zu verlängern.

Am 28. Februar 1902 aber beschloß man: „Der gegen das Lokalblatt „Volkshilf“ im Jahre 1900 gefaßte Beschluß wird zurückgenommen.“ Die Inseratenliste der Aachener Fabrikanten schien dem „Volkshilf“ wieder; die schreckliche Zeit des Kapitalistenhochtums war vorüber. Und seitdem hat sich das Blatt dem Unternehmervand äußerst dankbar erwiesen. Neben der in der Zentrumspresse allgemein üblichen Verdummung und Einschüchterung der katholischen Arbeiter treibt es in hervorragendem Maße eine systematische Verheerungspolitik zwischen dem „christlich“ und den modern organisierten Arbeitern. Der „Volkshilf“ und seine gewerkschaftsfeindlichen Hintermänner haben die Zersplitterung und Selbstzerfleischung der Aachener Arbeiter auf dem Gewissen.

Der evangelisch-soziale Kongress

Ist am Dienstag in Hannover in seine 16. Tagung eingetreten. Bezeichnend für einen Teil der Teilnehmer an dieser Tagung ist, daß den Auftrieb für den Kongress Leute untergeschrieben haben, die dem Fabrikanten-Verein zu Hannover angehören und vor einigen Tagen eine Petition zur Vergarbiternovelle beschloßen haben, die folgenden Wortlaut hat:

„Der Fabrikanten-Verein für Hannover-Linden und die benachbarten Kreise sieht in der so eilig betriebenen Erledigung der Vergarbiternovelle und des Art. 249 des Grundgesetzes eine schwere Gefahr für die gesamte Industrie unseres Vaterlandes und bittet daher, die Erledigung dieser nach Ansicht des Vereins noch nicht spruchreifen Angelegenheit bis zur Herbstsession zu vertagen. Wir bitten das hohe Haus, sich unseren Standpunkt zu eigen zu machen und das der Industrie gegenüber bislang beobachtete Wohlwollen hierdurch weiterhin zu bekunden. Sollte es jedoch aus uns nicht bekannten Gründen nicht möglich sein, einen Aufschub in der Erledigung der in Rede stehenden Gesetzesvorlage durchzusetzen, so bitten wir doch in letzter Stunde, noch dafür einzutreten, daß die bisher vorgelegene und auch vom Abgeordnetenhaus angenommene geheime Wahl zu den Arbeiterausschüssen in eine öffentliche umgewandelt werde, um die Industrie vor dem in Aussicht genommenen zu bewahren und zu verhindern, daß sich ihre bisher nur unter großen Opfern behauptete Stellung noch weiter zugunsten der Sozialdemokratie verschiebt.“

Evangelisch-sozial! Professor Darnack bemerkte in seiner Eröffnungsrede, daß die Hauptfrage der gute Wille sei. Man habe nicht nur mit der Manchestertheorie, sondern auch mit einer rücksichtslosen Interessenspolitik zu rechnen. Nicht der böse Egoismus, sondern die Gedankenlosigkeit und Trägheit sei der schlimmste Feind, der gegenüber den unteren Volksklassen besteht. Der Redner lobte die soziale Gesetzgebung, aber die Arbeiterzufriedenheit müßte noch verbessert werden. Diesen Bestrebungen gehörten die Sympathien des Kongresses; nicht, weil wir meinen, daß Arbeiter und sozial eins seien, nein, davon sind wir weit entfernt. Sozial ist nicht absolut gemeint. Er danke den Behörden, würde aber keine Strafe ziehen, mit ihnen und ohne sie.

Den ersten Vortrag hielt Herr Pfarrer Dr. Hackmann-London über „Die sozialen Kräfte im Christentum und im Buddhismus“. Der Redner sucht zu beweisen, daß der Buddhismus in sozialer Beziehung nicht das gleiche leisten könne als das Evangelium. Am Schluß empfiehlt er Thesen, in denen er behauptet, daß der Buddhismus einen neuen Aufschwung seiner sozialen Wirksamkeit nur dadurch zu gewinnen vermag, daß er in christliche Bahnen eintritt.

Diesen Beweis der sozialen Befähigung des Christentums zu führen, ist ja der ganze Zweck der Tagung. Da ist es unendlich leichter, an einer Religion, die ohne jede Einwirkung auf die deutsche Bevölkerung ist, die soziale Tätigkeit der Evangelischen zu messen als an den hier im kapitalistischen Deutschland wirkenden sozialen Kräften, besonders an der Sozialdemokratie. Der theoretische Nachweis des antisozialen Wirkens des Buddhismus, über dessen Wichtigkeit oder Unrichtigkeit hier gar nicht geurteilt werden soll, hat für das praktische Wirken der hiesigen Christen höchstens die Wirkung, daß sie sich rühmen, viel mehr zu tun als jene, und die soziale Tätigkeit selbst darüber nur allzusehr vergessen.

Am Abend hielten die Veranstalter des evangelisch-sozialen Kongresses eine öffentliche Versammlung ab. Prof. Delbrück sprach über die Vergarbiternovelle. Er tröstete sich: Wenn wir erst einmal die Arbeiterausschüsse haben, dann sollen Sie mal sehen, was wir daraus machen! Die 3 Millionen Stimmen der Sozialdemokraten, besonders in Sachsen, seien eine gerechte Strafe für die reaktionäre Politik dieses Landes. Unvernünftigerweise begingen Hamburg und Lübeck denselben Fehler. Der evangelische Kongress müßte sich eine politische Machtstellung erobern, um seine Ideen durchzusetzen. Pfarrer Kaumann hielt eine längere Rede über die Arbeit als Gottesdienst. Seine Rede enthielt viel beißende Satire auf die gegenwärtige Kirche.

Professor Adolf Wagner trat gegenüber der Verherrlichung der Arbeit mit einer wahrhaft ins Gigantische gehenden Verherrlichung der Hohenzollern auf und pries den Schatz der Landwirtschaft, der hauptsächlich „göttlicher Arbeit“. Die Versammlung überschätzte jeden Redner gleichmäßig mit stürmischem Beifall.

Husland.

Marokko.

Wie die „Times“ mitteilen, ist einer deutschen Gesellschaft eine Konzession zum Bau von Hafenanlagen in Tanger durch den Sultan erteilt worden. Die Rückzahlung der angelegten Kapitalien ist auf einen Zeitraum von zehn Jahren verteilt und soll ohne Zinszahlung erfolgen. An der Spitze des Unternehmens soll die Hamburg-Amerika-Linie stehen. Es wird nach dem „Berl. Tagebl.“ auch davon gesprochen, daß auf die Anlage einer Kohlenstation für die deutsche Kriegsmarine bei den Hafenanlagen Rücksicht genommen werden soll.

In Paris dauern die Besprechungen zwischen dem Ministerpräsidenten Rouvier und dem deutschen Botschafter Fürsten Radolin über die Marokkofrage fort. In parlamentarischen Kreisen beschäftigt man sich lebhaft mit der Frage des Fortschritts des Neuhern. Es wird behauptet, daß im Ministerium des Neuhern ein Unterstaatssekretariat geschaffen werden soll, an dessen Spitze der frühere Generalgouverneur Algeriens Revoil treten werde. Dieser würde sich wohl hauptsächlich marokkanischen Angelegenheiten widmen, deren gründlicher Kenner er ist.

Aus Tanger wird gemeldet: Der österreichische Gesandte hat dem marokkanischen Kommissar die Mitteilung gemacht, daß seine Regierung die Einladung zu einer internationalen Konferenz annehme unter der Bedingung, daß auch die übrigen Mächte ein Gleiches tun. Ob die Konferenz zustande kommt, bleibt also noch völlig unsicher.

Die Bedrohung der italienischen Kriegsmarine vor der Erhebungskommission.

Rom, 10. Juni. (Fig. Ver.)

Da die Regierung neue Millionen für die Kriegsmarine fordert, hat sich die vom Parlament infolge der Enthüllungen des Prozesses Ferris-Vettolo eingesetzte Enquetekommission genötigt gesehen, einen vorläufigen Bericht ihrer Ergebnisse zu veröffentlichen, der im heutigen „Avanti“ abgedruckt ist. Es ist unmöglich, diesen Bericht zu lesen, ohne sich zu fragen: ja, wie in aller Welt hat denn Herrl verurteilt werden können, wenn alle Einzelheiten seiner Anschuldigungen gegen Vettolo in einem öffentlichen Dokument von einer konservativen Kommission bestätigt werden?

Der Bericht beschäftigt sich zunächst mit dem Stand der königlichen Arsenalen und Werften. Er beklagt zunächst das Fehlen jeder technischen Kontrolle und Ueberwachung. Die Offiziere, denen diese obliegt, werden mit allerhand Bureau-

Kraftigem Ansehen überhärdet, daß ihnen keine Zeit zum Ueberwachen bleibt. Sie müssen täglich ganze Stöße von Dokumenten unterschreiben, ohne sie auch nur durchsehen zu können. So fanden sich z. B. für die Gewährung einer Extrabergütung von 3 Lire 20 Schillinge, jedes mit mehreren Unterschriften, wobei in dem komplizierten Instanzenweg dieselben Namen immer wiederkehrten.

Auch bei größeren Ausgaben findet sich dieser Wust von Dokumenten, nur daß es vollständig unmöglich ist, sich durch ihn durchzufinden, so daß man die regelmäßige Verwaltung der Gelder nicht feststellen kann. So fand sich z. B. in einer Werkstatt eine Maschine, die nicht im Inventarverzeichnis war und deren Anschaffung gar nicht registriert worden ist. Vielfach ist es vorgekommen, daß Diebstähle in den königlichen Arsenalen zur Anzeige kamen und daß das gestohlene Gut als dem Arsenal gehörend erkannt wurde, während weder die Aufsichtsbeamten noch die Wächter irgend etwas über fehlendes Material ausfragten. Obwohl noch ein Stod von Material vorhanden war, ließ man neues liefern, ganz gegen allen gesunden Menschenverstand. Es herrscht eine Heidenunordnung, die so ziemlich jedem erlaubt, zu tun, was ihm paßt.

Da hier ganz gewaltige ökonomische Interessen im Spiele sind, ist kaum anzunehmen, daß diese Lotteriewirtschaft nicht den Boden darstellt, auf dem ein raffiniertes Raubsystem gedeiht. So wurden zum Beispiel bei einer Lieferung von Ölbenal für Maschinen im Betrage von 181 000 Lire alle Maßnahmen vernachlässigt, durch die der Marineverwaltung die den Submissionsbedingungen entsprechende Beschaffenheit des Oels sicher gestellt werden konnte.

Am allerakstesten sind aber die Entwürfe über die Art, wie bei den Neubauten und Umänderungen der Schiffe verfahren wird. Vielfach wird gar kein Voranschlag gemacht. So wurden zum Beispiel nach den Ausfagen des Admirals Palumbo an dem Kriegsschiff „Laura“ im Laufe von drei Jahren für 306 054 Lire Reparaturen ausgeführt, die um geringeres Geld gemacht werden konnten, sobald man sich nur vorher klar machte, was denn eigentlich erreicht werden sollte. Jedes einzelne Kriegsschiff hat so seine lange an Ueberlassungen reiche Entstehungsgeschichte. So wird z. B. das Arsenal von Castellamare am 27. Dezember 1892 benachrichtigt, daß dort ein Panzerschiff mit den und den Namen gebaut werden solle. Die ersten Pläne dieses Schiffes, das später den Namen Emanuele Filiberto erhielt, kamen im März 1893. Im April 1894 schlug die Arsenaldirektion eine Aenderung des Schiffskumpfes vor, die vom Minister gebilligt wurde; im Juni desselben Jahres bittet die Werft um die weiteren Entwürfe, erhält aber vom Ministerium die Nachricht, daß keine Entwürfe fertig sind, weil die Firma, die die Maschinen zu liefern hat, noch nichts über die Anbringung der Dampfessel mitgeteilt hat. Im September kommen dann die Entwürfe. Im April 1896 (!) stellt sich heraus, daß das Schiff einen doppelten Kiel braucht, was ein Mehrgewicht von etwa 12 Tonnen mit sich bringt, die bei dem Bau der Seitenteile wieder eingebracht werden müssen. Im Februar 1897 merkt man, daß fünf Kabinen für die Mannschaft fehlen, im Januar 1899 müssen alle Wohnungen geändert werden, da das Panzerschiff auf einmal andere Kanonen bekommt, als vorgesehen waren. Es zeigt sich, daß die Wasserbehälter für das Trinkwasser zu klein sind; es ist aber zu spät, um das etwas zu ändern, ohne das Schiff zu schwer zu machen, so müssen Destillierapparate an Bord gebracht werden. Vom September 1899 an müssen besondere Maßnahmen für die Konservierung des Bugs getroffen werden, der anfänglich schadhastig zu werden. Ende 1900 ist endlich das Meisterstück fertig nach nur acht Jahren Versuchen und Pflüchereien. Von der „Saint-Don“, „Regina Elena“ und „Regina Margherita“ erzählt die Kommission ähnlich spannende Entstehungsgeschichten.

Die Geschichte von der Umgestaltung der „Italia“ in ein modernes Panzerschiff übertrifft aber alle anderen an Tragikomik. Nach langem Hin und Her wird diese Umgestaltung beschlossen. Kosten soll sie 9 051 932 Lire, und während der Aufsicht der Marine noch zwischen fünf Umgestaltungsprojekten wählen muß, fängt man in Taranto an, das Schiff zu demolieren. Nach einiger Zeit ordnet der Minister Bettolo an, die Demolierung einzustellen, es sollen nur die Dampfessel gewechselt werden. Man studiert und berät und schließlich kommt heraus, die „Italia“ soll in ein Transportschiff verwandelt werden! Aber auch das soll 2 Millionen kosten. Die Weisen und Schriftgelehrten finden nun endlich heraus, daß für dasselbe Geld ein neues Transportschiff zu schaffen ist und daß die unglückliche „Italia“ wegen ihrer Schwerefälligkeit und ihres Tiefganges nicht einmal zum Kohlenschiff zu brauchen ist. Das „Gangen und Gangen“ hat einstweilen 3 Millionen gekostet und heute steht die „Italia“ auf der königlichen Werft von Taranto, teilweise demoliert, und harret neuer Entwürfe, die ihr die Sachverständigkeit der Kommissionen sicher bereiten wird.

Schließlich beschäftigt sich der Bericht mit der im Mittelpunkt des Prozesses Bettolo-Ferri stehenden Frage der Panzerplatten. Bis 1884 wurden diese Platten von auswärtigen Firmen hergestellt; 1884 trat aber die italienische Firma „Stahlwerke Terni“ ins Leben, die ein ganz besonders zärtliches Verhältnis mit der Marineverwaltung aufknapfte. Seitdem hat diese Firma sieben Lieferungsverträge mit der Regierung geschlossen. Darunter einen in der Höhe von 18, einen anderen in der Höhe von 13 Millionen; in den ersten vier Jahren gewährte die Regierung der Firma 16 Millionen Vorschuß!

Was nun die Qualität der von der Terni hergestellten Panzerplatten betrifft, die der „Avanti“ angezweifelt hatte, so scheint die Terni selbst kein übertriebenes Vertrauen zu ihr gehabt zu haben, denn von Anfang an zeigte sie das Bestreben, ihre Platten der üblichen Prüfung auf ihre Widerstandskraft zu unterziehen.

Diese Prüfung vollzieht sich auf verschiedene Weise, aber keine macht es so schwierig, das Resultat zu fassen, wie die Prüfung durch abgegebene Schüsse. In der Tat setzte es die Terni durch, daß im Laufe ihrer Lieferungen nur jede 75. Platte durch Schüsse geprüft wurde, während bei den früheren Firmen (Cammell, Brown und Schneider-Creusot) im Durchschnitt eine von 30 Platten dieser Probe unterzogen wurde. Auch handhabte man früher die Prüfung so, daß man eine beliebige Panzerplatte von den gelieferten auswählte; die Terni führte jedoch das System ein, daß die zur Probe bestimmte Platte schon als ungehörterter Stahlblock gewählt wird, so daß dann Ruhe und Gelegenheit vorhanden ist, sie extra für die Probe auszufertigen. Ferner benutzte man für die Probe zehn Jahre alte Kugeln, so daß die Firma Krupp an den italienischen Kriegsminister schrieb, um ihn auf die Wertlosigkeit solcher Proben aufmerksam zu machen. In einem Falle wurden sogar die Projektile, mit denen man die Terniplatten prüfte, von der Terni selbst geliefert!

So hat es denn 30 Jahre gedauert, bis man dahinter kam, daß die nationalen Panzerplatten an Härte und Widerstandskraft hinter denen der anderen Länder zurückstehen, obwohl sie viel teurer sind als die der ausländischen Firmen. Infolge dieses Umstandes, der sicher den maßgebenden Stellen nicht verborgen geblieben wäre, wenn man ihnen nicht sehr viele — Goldbar in die Augen gestreut hätte, befindet sich also die mit so ungeheuren Opfern erbaute italienische Kriegsmarine in einem Zustande der Inferiorität gegenüber den anderen Ländern.

Und weil Ferri das sagt und im „Avanti“ veröffentlicht hat, soll er nun vierzehn Monate ins Gefängnis. Diejenigen aber, die diese Verhältnisse herbeigeführt, die wüßteste Unordnung, Ziellosigkeit und Unfähigkeit in der Marineverwaltung einreichen gelassen haben, die sich weiter in Amt und Würden. Solche wunderbare Blüten zeitigt der Patriotismus der Bankiers und der Aktionisten.

Die folgerichtige Verfassung.

Der Entwurf Bulgins betreffend Schaffung einer „Volksvertretung“ schließt, wie „Nowosti“ zuverlässig erzählt, Israeliten von jeder Beteiligung an der Volksvertretung aus, weil es nicht folgerichtig sein würde, sie bei dem Bestehen der Rechte der Israeliten beschränkender Gesetze zur Ausübung des Wahlrechts oder gar zur Mitarbeit in der Volksvertretung zuzulassen.

Die Folgerichtigkeit dieser russischen „Verfassung“ besteht also darin, daß Rechte aus dem Grunde verweigert werden, weil sie bisher nicht existierten. Da nun alle Russen bisher der elementaren Grundrechte entbehren, wäre es ebenso wenig folgerichtig, diese Russen an der Wahl der Volksvertretung mitwirken zu lassen. In der Tat wird diese Verfassung auch folgerichtig lebendig kitzeln und den Petersburger Blutsonntag in ein System bringen und die schon bisher herrschende Kaste unter der Firma einer „Volksvertretung“ aufs neue bestätigen. Jede Erweiterung der Rechte für das Volk in seiner Gesamtheit wäre nicht folgerichtig! —

Griechenland.

Ein Nachakt. Der frühere Ministerpräsident Delhanniss ist seinen Verletzungen erlegen. Der Würde Delhanniss war wegen Tötung seiner eigenen Frau zu 18 Jahren Gefängnis verurteilt worden. Er erklärte heute bei der Verhaftung, er habe sich an Delhanniss wegen der vor einiger Zeit von Delhanniss herbeigeführten Schließung der Spielhäuser rächen wollen. Die Minister halten heute eine Beratung ab. Der König kehrt von seinem Landesaufenthalt nach Athen zurück. —

Die soziale Zusammensetzung der sozialdemokratischen Wählerschaft Deutschlands.

Vor einiger Zeit veröffentlichte unter diesem Titel Dr. H. Blank-Verlin im „Archiv für Sozialwissenschaften“ eine statistische Studie, in der er aus der Betrachtung der Wahlergebnisse von 1898 und 1903 in Verbindung mit der Gewerbebelegung von 1903 den Nachweis zu führen versucht, daß in der Sozialdemokratie bereits ein starker Prozentsatz von Wählern aus bürgerlichen Kreisen enthalten ist und woraus er dann weiter folgert, daß dadurch die Partei in ihrer Politik stark beeinflusst und allmählich zu einer allgemeinen Volkspartei, zu einer Koalitionspartei werde, die den reinen Massencharakter auf die Dauer nicht bewahren könne.

Mit den Schüssen Dr. Blanks beschäftigt sich Webel in Heft 37 der „Neuen Zeit“, indem er ihnen entgegentritt. Die Zahlenresultate Blanks sind gewiß unsicher und aufsehbar, indem man darauf nicht weiter eingegangen werden. Nur sei bemerkt, daß Blank die Stimmen, die uns aus Landarbeiterkreisen zugefallen sind, nicht genügend berücksichtigt und dadurch wahrscheinlich zu einem zu hohen Prozentsatz bürgerlicher Wähler in unserer Partei kommt. Das behandelt auch Webel. Er geht dann ferner auf die Behauptung Blanks ein, daß der Anteil bürgerlicher Elemente in der Partei stark im Wachsen sei und weist demgegenüber darauf hin, daß sich ja neue bürgerliche Parteien gebildet haben, die zunächst die Elemente aus den sich zerlegenden Klein- und mittelbürgerlichen Schichten aufnehmen und dort, wo sie auftreten, auch uns die Stimmen aus diesen Schichten abnehmen, und sagt dann am Schluß dieser Betrachtung:

„Die Macht der sozialen Interessen tritt immer klarer hervor und wird immer ausschlaggebender für die Parteibildung, nicht nur für die bürgerlichen Parteien, sondern auch für die Sozialdemokratie. Eine Aenderung für die Sozialdemokratie wird erst eintreten, wenn die dem Untergang oder immer prekärer Existenz verfallenden Mittelklassen zur Erkenntnis kommen, daß die ganze Handwerker- und Mittelstandsbewegung für die Frage ist. Diese Erkenntnis kommt; sie muß kommen, weil feststeht: die Proletarisierung der Masse der Gesellschaft nimmt zu und nicht ab; das Kapital demokratisiert sich nicht, sondern es wird immer plutokratischer, und der Liberalismus wird nicht demokratischer, sondern reaktionärer. Mit einem Worte: die Klassengegensätze verschärfen sich. Selbst dort, wo bisher diese Klassengegensätze in milderer Schärfe zu tage traten. So ist die Sozialdemokratie in Baden und Württemberg wider den ausgesprochenen Willen eines Teiles ihrer Führer zu einer schrofferen Stellungnahme gegen die bürgerlichen Parteien übergegangen. In Bayern würde die gleiche Erscheinung zu tage treten, würde die Partei in dem Kampfe um ein gerechteres Wahlrecht nicht zu einem unnatürlichen Wahlkardell mit dem Zentrum gezwungen. Ueber den Gegensatz der Interessen und der Anschauungen täuscht man sich in Bayern in keinem der beiden Lager. Und sobald ein neues Wahlgesetz errungen ist, wird der Kampf zwischen Zentrum und Sozialdemokratie mit einer Schärfe ausbrechen, wie nur irgendwo. Auch die großen Klassenkämpfe der letzten Jahre, voran der Grimmischauer- und der Vergarbeiterstreik, und die Stellung, welche zu denselben die verschiedenen Parteien einnahmen, lassen über diese Tatsache keinen Zweifel. Wenn jemals die Veröhnungs- und Vermittelungsmedien zwischen Arbeiterklasse und einem Teil der bürgerlichen Klassen, wie sie vor einigen Jahren hier und da in unseren eigenen Reihen gesungen wurden, sich als scharfe Dissonanzen erweisen, so hier.“

Webel tritt dann in eine Untersuchung über die soziale Entwicklung, die zu einer Konzentration des Kapitals und einer Vermehrung der Unselbständigen führt. Diese werden uns in steigendem Maße zugeführt. Dann sagt er weiter:

„Wird die Sozialdemokratie in den Parlamenten immer mehr zum Sprachrohr aller Geschädigten und Bedrückten — woraus Blank schließt, daß sie immer mehr den Charakter einer Volkspartei, einer Koalitionspartei annehme —, so nicht, weil sie bürgerlich demokratischer wird, sondern weil bürgerliche Demokratie und Liberalismus immer mehr verfallen und die Sozialdemokratie deren Mission miterfüllen muß. Außerdem tritt der politisch reaktionäre Charakter unserer Staatseinrichtungen und Staatsgesetzgebung stets schärfer hervor und zwingt die Sozialdemokratie, einen besonders großen Teil ihrer Kraft und Tätigkeit der Bekämpfung dieser Tendenzen zu widmen.“

Aus dem Umstand, daß die Sozialdemokratie aus dem Erfurter Programm den Satz ihres früheren Programms: „Der Sozialdemokratie gegenüber sind alle anderen Parteien eine reaktionäre Masse“ fortließ und die Bekämpfung dieses auf dem Erfurter Parteitag damit motivierte, daß dieser Satz falsch sei, glaubt Blank auch eine Dekabouierung des „kommunistischen Manifestes“ und von Marx und Engels herauslesen zu können. Das ist wieder ein Irrtum. Es waren gerade Marx und Engels, die den zitierten Satz als falsch bekämpften; er widerspricht auch dem „kommunistischen Manifest“, in dem es heißt: In Deutschland kämpft die kommunistische Partei, sobald die Bourgeoisie revolutionär auftritt, gemeinsam mit der Bourgeoisie gegen die absolute Monarchie, das feudale Grundbesitzum und die Kleinbürgerei. Sie unterläßt aber keinen Augenblick, bei den Arbeitern ein möglichst klares Bewußtsein über den feindlichen Gegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat herauszuarbeiten.“

Der falsche Satz war ein Diktum Schweigers, der durch ihn im Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein Geltung erlangte, und auf dessen Aufnahme in das Gothaer Einigungsprogramm im Jahre 1875 die Vertreter des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins Wert legten, ein Wunsch, dem sich die Gegenseite fügte. War aber der Satz bisher falsch, so muß leider konstatiert werden, daß die

immer schwächer werdende Haltung der bürgerlichen Parteien ihn zur Wahrheit zu machen droht.

Durch die bereits hinlänglich charakterisierte falsche Auffassung kommt Blank auch dazu, den Fall Böhre als einen Beweis anzusehen für den von ihm behaupteten Gegensatz zwischen sozialdemokratischer Wählerschaft und Fraktion einerseits und Parteivorstand und Parteitag andererseits. Dieses Urteil zeigt, daß ihm die Natur des Falles Böhre fremd ist. Was lag denn demselben zugrunde? Böhre hatte, verärgert durch gewisse Vorgänge auf dem Dresdener Parteitag, ohne die Parteigenossen seines Wahlkreises, die seine Kandidatur aufgestellt und für dieselbe gearbeitet hatten, zu fragen, das Mandat niedergelegt und damit die Partei zu einer Neuwahl genötigt, die schwere Opfer an Zeit, Geld und Kraft erforderte. Kurze Zeit darauf nahm er, als sei nichts geschehen, eine Kandidatur für ein erledigtes Mandat eines anderen Kreises an. Ueber diese Art der Verfügung über Mandate und Kandidaturen entstand in der Parteileitung wie in der gesamten Partei einschließend der Fraktion eine große Mißstimmung. Zum erstenmal in der Geschichte der Partei trat der Parteivorstand dieser Handlungsweise entgegen, unterstützt von der Fraktion. Die Angelegenheit wurde in der bekanntesten Weise erledigt; sie ist heute endgültig abgetan, und einer erneuten Kandidatur Böhres steht nichts mehr im Wege.

Auch in dem Umstand, daß die Partei sich 1891 sozialdemokratische Partei, statt früher sozialistische Arbeiterpartei nannte, sieht Blank einen schwerwiegenden Grund für seine Auffassung von dem immer mehr verschwindenden Charakter der Partei. Da Schreiber dieses den neuen Namen vorschlug, kann er wohl auch am besten Auskunft über die Motive zu diesem Vorschlag geben. Unter der Herrschaft des Sozialistengesetzes hatte sich allerlei „Sozialismus“ herausgebildet; man sprach in dem bürgerlichen Lager von christlichem Sozialismus, von Regierungssozialismus — unter Hinweis auf die Versicherungsgesetzgebung —, von konservativem Sozialismus usw. Demgegenüber war eine klare Unterscheidung notwendig. Sozialdemokratisch wagte sich niemand zu nennen, so wurde der Name Sozialdemokratie, der sich der Kürze halber längst eingebürgert hatte, gewählt. Dieser Name verhinderte aber auch, daß sich andere Elemente als solche, die das Ziel der Partei billigten, ihr anschlossen. Daß diese Namensänderung besondere Kämpfe hervorgerufen habe, wie Blank angibt, ist uns nicht bekannt.

Blank sieht auch einen tiefgehenden Unterschied zwischen der Theorie und der Praxis der Partei, und zitiert zu diesem Zwecke eine mißverständliche Aeußerung Liebknechts; auch sei die Partei eine opportunistische Partei. Untersuchen wir. Die Theorie befaßt sich mit den Grundanschauungen der Partei über das Wesen von Staat und Gesellschaft; die Praxis befaßt sich zunächst mit der Bekämpfung beziehentlich der Umgestaltung der Einrichtungen und Zustände in Staat und bürgerlicher Gesellschaft. Die Theorie umfaßt die Begründung des Zieles, die Praxis befaßt sich mit dem Wege zum Ziele. Sollen Theorie und Praxis übereinstimmen, so darf die Handlung mit der Theorie nicht im Widerspruch stehen; die Handlungen, die auf Befestigung oder Aenderung gewisser Einrichtungen abzielen, müssen im Hinblick auf das Ziel erfolgen. Kämpfe ich z. B. für ein freies Vereins- und Versammlungsrecht, so kämpfe ich für eine bürgerliche Forderung, die scheinbar mit der sozialistischen Theorie und unserem Endziel nichts zu tun hat. Aber indem ich dieses freie Vereins- und Versammlungsrecht erreiche, erleichtert es mir die Propaganda, für eine ganze Reihe anderer Forderungen, die auf dem Wege zum sozialistischen Endziel liegen, und die Propaganda für dieses selbst. Hier steht also Praxis und Theorie im Einklang und nicht im Widerspruch. Die politische Taktik der Partei besteht in der Anwendung der richtigen Mittel; sie muß prüfen, ob diese auf dem Wege zur Verwirklichung des Zieles liegen, und sie muß alles verwerten, was von ihrem Endziel abführt oder den Weg dorthin erschwert oder verdunkelt. Das Endziel muß der Leitstern, der Kompaß für ihr Handeln sein.

Blank dürfte es schwer fallen, nachzuweisen, daß die Tätigkeit der sozialdemokratischen Partei nicht konsequent dieser Taktik entspricht. Gewiß, es kommt bei dieser Taktik mancher in unsere Reihen, der unser Endziel nicht billigt. Es sind dies die sogenannten Willkürer. Aber die Tatsache, daß die Partei sich konsequent bleibt und stetig wächst, zeigt, daß mit der Zeit aus den Willkürern überzeugte Genossen werden. Wohl kommt es auch vor, daß der Wahlkampf hier und dort nicht mit der nötigen Schärfe und klaren Hervorhebung der Grundfänge der Partei und ihres Zieles geführt wird. Aber was hier die Genossen versäumen, holen in der Regel die Gegner nach, die nicht unterlassen, die Grundfänge und Ziele der Partei in der abschredendsten und häßlichsten Gestalt den Wählern vor Augen zu führen. Wer dann trotzdem einen sozialdemokratischen Kandidaten wählt, der dürfte die Feuerprobe bestanden haben.

Allerdings ist die Partei auch, horribile dictu, eine opportunistische Partei. Aber jeder Mensch, der nicht mit dem Kopfe durch die Wand rennen will, ist ein Opportunist, und eine Partei, die im Kampfe für ihr Ziel nicht den Umständen, das heißt den sich ihr entgegenstehenden Hindernissen Rechnung trägt, wäre verloren. Daher ist auch die Unterscheidung zwischen radikal und opportunistisch hindend und häufig falsch. Der Opportunismus darf aber nicht eingebildeten Hindernissen oder Hemmnissen zum Opfer fallen, er darf nicht zu Vertuschungen und Täuschungen greifen, er darf keine Verwischung oder Ueberbrückung vorhandener Gegensätze versuchen, er darf endlich nie vergessen, auszusprechen das, was ist, sonst wird er zum Parteiverderber und Parteiverrat. Wo die Grenzlinie, die innegehalten werden muß, liegt, darüber laßt sich streiten, und das ist dann der Kampf über die Taktik. Hier ist es der Klassenkampfstandpunkt, der als Kompaß dient und sehr rasch Klarheit bringt.“

Die „Freie deutsche Presse“, das Organ der sogenannten freisinnigen Volkspartei, liefert gleich den Beweis für die Richtigkeit der Behauptung Webels, daß Demokratie und Liberalismus immer mehr verfallen und daß die Sozialdemokratie ihre Aufgaben mit erfüllen muß. Indem sie sich mit dem Aufsatz Blanks und der Kritik Webels beschäftigt, zieht sie daraus nicht etwa den Schluß, daß es für den freisinnigen in seinem Interesse hohe Zeit wäre, sich nochmals aufzuraffen zu einer vollständigen, wahrhaft freisinnigen Politik; sie zieht daraus vielmehr nur die Lehre, daß sie den liberalen Illusionisten geruht: da jetzt ihr mit der „Mauerung“ war es wieder nichts. Der Webel sagt es auch ja, und die anderen haben es auch schon immer gesagt, die Sozialdemokratie ist und bleibt eine Klassenpartei und die Herrlichkeit des liberalen Wlods ist ein Traum! Wenn die Herrlichkeit des Liberalismus nur auf dem Traume beruht, daß die Sozialdemokratie ihren Klassencharakter aufgeben könnte, dann kann der Liberalismus natürlich je eher je besser einpacken oder vielmehr, dann hat er schon eingepackt.

Die Kriegstrompete gegen Norwegen

zu blasen beginnen jetzt einige ultrareaktionäre schwedische Blätter. Das hauptstädtische Geschwisterpaar „Stockholmsbladet“ und „Nya Dagbl. Allehanda“ schreibt:

„Der schwedische außerordentliche Reichstag muß verlangen, daß Norwegen auf Verhandlungen über Amorganisation oder Auflösung der Union eingeht. Weigert sich Norwegen zu verhandeln oder dieser außerordentlichen Rechtsfrist einen unparteiischen Schiedsgericht zu überweisen, dann tritt die Situation ein, daß unser gutes Recht mit Blut und Leben verteidigt werden soll, wenn nötig wird, und unsere Staatsleiter müssen sich danach richten.“

„Göteborgs Aftonsblad“ hat bereits einen Kriegsplan fertig und will nichts Geringeres, als den nördlichen Teil Norwegens erobern. „Des Nachdrucks wegen“ sollen die wichtigsten norwegischen Häfen gesperrt werden und Trondhjem soll, wenn möglich mit „Löns-ir enen norwegischen“ oder mit schwedischen Truppen besetzt werden. — Wo man die „Königstreuen“ Norweger hernehmen will, die sich zu solchem Vaterlandsverrat bereit finden, das ist jedenfalls Redaktionsgeheimnis des Blattes. Im übrigen ist das Blatt wohl dafür, daß mit der revolutionären Regierung in ihrer Eigenschaft

als faktischer Machtfaktor des nordwegischen Volkes über eine neue Vereinigung verhandelt werde. Wenn aber dies Ziel nicht erreicht wird, so bleibt, wie es zum Schluss heißt, nichts anderes übrig, als unter Vorbehalt der Zustimmung Europas die Bedingungen der Schiedung vorzuschreiben. Daß die Bedingungen in solchem Falle nicht die leichtesten sein werden, dürfte jedem klar sein, der ein wenig weiter denkt und einsieht, daß Schweden sich so starke sachliche Garantien — nicht nur auf dem Papier — wie nur irgend möglich gegen die Entwicklung in nordwegischen Abenteurer verschaffen muß. Die Abtretung Trondhjems und Nord-Norwegens samt vollständiger Entwaffnung und Neutralisierung des übrigen Norwegens dürfte hierbei unter anderem nötig werden zu fordern. — Wenn wirklich Schweden auf diesen tödlichen Kriegspfad eingehen wollte, so würde der Kampf jedenfalls nicht so leicht werden, wie sich das „Göteborgs Aftonblad“ vorzustellen scheint. Es herrscht tatsächlich eine vaterländische Begeisterung und ein Opfermut in allen Kreisen des nordwegischen Volkes, die es auch einem viel stärkeren Gegner nicht ratlos erscheinen lassen müßten, derartige Schritte zu unternehmen. „Politikens“ Kristiania-Korrespondent, Tage Friis, führt leuchtende Beispiele dieses Opfermutes an und erzählt, wie reiche Leute Vermögen von Hunderttausenden dem nordwegischen Staate für den Kriegsfall rechtskräftig zur Verfügung gestellt haben. Leute, die früher spinnende waren, finden sich zusammen, um einmütig für die Landesache zu arbeiten. „Als der Chef der jetzigen Regierung“, schreibt der Korrespondent, „die Regierung, die nach seinem festen Plan die Entscheidung für Norwegen herbeiführen sollte, bilden wollte, war da ein Politiker, eine hervorragende tüchtige Kraft, ein willensstarker aufrechter Mann, zu dem er in schärfstem und persönlichstem Gegensatz stand. Der Betroffene hatte seine Perion und seinen Charakter rücksichtslos und bitter angegriffen. Zu ihm ging der Staatsminister zu allererst, streckte ihm die Hand entgegen und sagte: „Kommen Sie mit in die Regierung. Lassen Sie alles vergessen sein. Nun handelt es sich lediglich um Norwegen.“ Der Handschlag wurde gewechselt. Nun stehen sie fest zusammen.“ — „Die Stimmung“, heißt es weiter in dem Artikel, „ist in diesen Tagen eine tiefgehende in Norwegen, und der Wille des Volkes ist, sie rein zu bewahren, in der Tat und in der Arbeit. Als eine Schar junger Leute neulich abends spät vor Staatsminister Michelsens Fenster mit Gefang und Hurrarufen demonstrierte, öffnete Michelsen das Fenster und rief: „Geht heim und legt Euch schlafen. Steht morgen zeitig auf und arbeitet. Die Zeit ist nun in Norwegen zu nichts anderem gekommen.“

Die folgenden Telegramme unseres nordwegischen Korrespondenten bestätigen ebenfalls, daß sich in der schwedischen Bourgeoisie eine Kriegslüsterheit breit zu machen sucht, und daß dagegen das nordwegische Volk ruhig und entschlossen die Entwidlung der Dinge abwartet, die schwedische Sozialdemokratie aber bereit ist, zu den äußersten Mitteln zu greifen, um das Verbrechen eines Krieges abzuwehren.

Kristiania, den 14. Juni. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Schwedische Bourgeoisblätter hegen zum Krieg gegen Norwegen. Die schwedische Sozialdemokratie hat ein Manifest veröffentlicht, in dem das Selbstbestimmungsrecht der Norweger anerkannt und die Erhaltung des Friedens gefordert wird. Der Kongreß des sozialdemokratischen Jugendverbandes hat eine Proklamation: „Nieder mit den Waffen“, angenommen, in der zwecks Verhinderung eines Krieges zu einer Arbeitsniederlegung im ganzen Lande sowie zum Wehrpflichtstreik aufgefodert wird. Die Losung ist: Friede mit Norwegen!

Kristiania, den 14. Juni. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Die Stimmung der herrschenden Klassen Schwedens ist zunehmend feindselig gegen Norwegen. Einzelne Kriegsdrohungen. Die schwedische Sozialdemokratie protestiert gegen den Chauvinismus; wenn nötig, soll zum Generalstreik und Soldatenstreik gegriffen werden. Der wesentliche Zweck von König Oskars neuem Schreiben an das Storting ist ein Rechtsverfahren. Das Storting hat das Schreiben ohne Debatte dem Spezialkomitee überfandt. Norwegen ist ruhig und entschlossen. Vorzügliche Stimmung in Heer und Flotte. Mehrere sozialdemokratische Resolutionen für die Republik sind gefaßt worden.

Die dänische „Nationaltidende“ (konservativ) bittet Oskar, das norwegische Angebot, einen Bernadotte für den erledigten Thron zu liefern, anzunehmen, und befürchtet von einer norwegischen Republik Anfechtungsgefahr für Schweden und Dänemark.

Der königliche Brieffschreiber.

Der König von Schweden hält zwar keine Reden, aber er schreibt Briefe; er ist der Brieffsteller unter den Monarchen Europas. Das Schreiben Oskars an das Storting haben wir gestern mitgeteilt. Ein schwedisches Blatt „Stockholm Bladet“ bewundert staunend die Selbstbeherrschung, die dieses Schreiben diktiert habe, und findet in ihm Wege offen sowohl für eine Personalunion, als auch für einen jungen Bernadotte auf dem norwegischen Königsthron.

Nach „Morgenbladet“ hebt hervor, daß der König nicht mit einem einzigen Worte die Adresse des Storthings betreffend eine neue Königswahl unter Mitwirkung des Königs beantwortet habe. Das Blatt glaubt darin den Beweis zu sehen, daß dieser Vorschlag jedenfalls in Erwägung gezogen sei.

Stockholms Tidningen sagt: König Oskar stellt sich vollkommen auf den Boden des Rechts und der Wahrheit. Revolutionen haben ihre Berechtigung, wenn ein Recht in Gefahr oder Not ist oder ein Volk unter Unterdrückung leidet. Aber man setzt nicht einen König ab, der sich auf den Boden des Gesetzes gestellt und im Bewußtsein seiner Pflicht gehandelt hat.

Die Meinung Norwegens aber gibt „Aftenposten“ wieder, die betont, daß die Auffassung des Königs von der Union und von seinen konstitutionellen Rechten und Pflichten unbillig, unhaltbar und unvereinbar mit allem sei, was nationale Selbstständigkeit und konstitutionelle Selbstverwaltung heißt.

Einen weiteren Brief hat König Oskar aus Anlaß der ihm — aber nicht aus Norwegen — zugegangenen Guldigungs-telegramme verfaßt und veröffentlicht. Er lautet:

„Die Revolution, welche der Staatsrat und das Storting Norwegens gegen seinen König und sein Brudervolk dadurch gemacht haben, daß sie die beschworenen heiligen Gesetze brachen, hat meinem Herzen eine tiefe, ja unheilbare Wunde zugefügt. Unter den Sorgen, welche dieses gefehrwidrige Auftreten mir gemacht hat, ist es in Wahrheit ein unbeschreiblicher Trost gewesen, die tausendfältigen Beweise der Treue und Liebe zu erhalten, welche mir von nah und fern, von Männern und Frauen jeden Alters und aller Gesellschaftsklassen im schwedischen Reiche, sowohl mündlich wie schriftlich und telegraphisch, zuteil geworden sind. Nehmt hierfür alle und jeder Eures bejahrten Königs heißesten Dank entgegen! Aus tiefbewegtem Herzen spreche ich diese Worte. Gott segne mein schwedisches Volk! Das wird das heißeste Gebet sein, das ich im Rest meines Lebens zum Höchsten senden werde.“

Diese tausendfältigen Beweise der Treue und Liebe sind dem bejahrten König hoffentlich ein vollgültiger Ersatz für den Verlust des unanbaltbaren Norwegen.

Vollam auf die „tiefe, unheilbare Wunde“ König Oskars.

London, 14. Juni. (W. T. B.) König Oskar von Schweden und Norwegen ist am 14. Juni zum Ehrenadmiral der britischen Flotte ernannt worden.

Aus der Partei.

Das internationale sozialistische Bureau erinnert daran, daß durch das Bureau noch die auf den internationalen Kongressen zu Paris, Brüssel, Zürich, London und Paris 1900 angenommenen Resolutionen und Anträge in einer Broschüre zusammengefaßt zu beziehen sind. (Preis: 75 Cent.) Vom Amsterdamer Kongreß sind die Berichte und Resolutionen in den drei Hauptsprachen vorhanden; ferner wird der durch das Bureau zusammengestellte umfangreiche Bericht (500 Seiten) über die sozialistischen Organisationen von Europa, Amerika und Asien von 1900—1904 zur Anschaffung empfohlen. (Preis: 3,75 Fr.) Schließlich macht das Bureau noch bekannt, daß das Sekretariat nach Moisson du Peuple, Brüssel, Rue Josef-Stevens, verlegt worden ist; Vertretungen müssen adressiert sein an den jetzigen Sekretär: Camille Duysmans.

Gewerkchaftliches.

Berlin und Amagena.

Ueber den Gewerkschaftslängere schreibt „Die Gewerkschaft“, das Organ der Gewerkschaftskommission Oesterreichs, in einem Leitartikel:

„Von weit größerer Bedeutung war die Debatte über den Generalstreik. Hierüber referierte Bömelburg. Eine Notwendigkeit, diese Frage auf dem Kongreß zu erörtern, lag unserer Meinung nach nicht vor. Der Generalstreik ist kein gewerkschaftliches Kampfmittel. Anders steht es jedoch um den politischen Massenstreik. Die Polemik, die gegen die Verfechter dieser Ansicht auf dem Kongreß geführt wurde, war überflüssigerweise spitzig und hatte oft einen kleinlichen und gehässigen Charakter. Den Generalstreik mußte der Kongreß ablehnen, daß er jedoch eine Resolution annahm, in der er auch „alle Versuche durch die Propagierung des politischen Massenstreiks eine bestimmte Taktik festlegen zu wollen“, für verwerflich erklärte, war ein schwerer Fehler. Die Resolution Bömelburg zeichnet sich nicht durch besonders große Klarheit aus. Das eine geht jedoch mit großer Deutlichkeit aus der Debatte über sie hervor, daß in dieser Frage zwischen der Partei und den Gewerkschaften etwas tiefgehende Meinungsverschiedenheiten bestehen. Ebenso überflüssig es uns schien, daß Bömelburg in so unfeiner Weise über die Literaten der Partei herfiel, ebenso überflüssig scheint uns die Aufregung einzelner Literaten jetzt nach dem Kongreß. Zur Klärung der Streitfrage wird ein Gezänke, in dem mit derben Worten herumgeworfen wird, wahrscheinlich nicht beitragen. Der wirtschaftliche Generalstreik ist nicht möglich, der politische Massenstreik kann auch für die deutsche Arbeiterklasse ein Mittel der Abwehr gegen reaktionäre Attentats- und Entzweckungen sein. Klug war es nicht, auch diese Form des Massenstreiks zu verwerfen, und zwar um so weniger, nachdem hierzu gar kein Anlaß vorlag.“

Weit schlimmer als die Differenz in der Generalstreikfrage — einer vorläufig noch für lange Zeit hinaus theoretischen — ist die hinsichtlich der Meißener. Die Meißener hat in Deutschland durch die Fehler der Partei niemals jene Bedeutung erlangt, die ihr wirklich zukommt. Robert Schmidt, der über die Meißener referierte, konnte leider mit Recht auf alte Beschlüsse der Partei und Faktionen hinweisen, die die Arbeiterruhe aufhoben. Diese Beschlüsse wurden jedoch später abgeändert und stehen die Entscheidungen der deutschen Parteitage im Einklang mit den Beschlüssen der internationalen Kongresse. Erfreulicherweise gewinnt die Meißener von Jahr zu Jahr auch in Deutschland an Umfang und auch die Arbeiterruhe steigert sich unangesehnt. Die würdige Form der Meißener liegt nicht in der Allgemeinheit der Demonstration, sondern in der möglichst allgemeinen Arbeitsruhe am 1. Mai. Die vom Referenten vorgelegte Resolution bedeutet die Verlegung der Ersten Meißener auf den Abend.

In dieser Frage kamen die Meinungsverschiedenheiten zwischen einem großen Teile der Gewerkschaften und der Partei an unverbältnis zum Ausdruck. Es wäre ungerath und den Tatsachen nicht entsprechend, die Schuld hieran einseitig den Gewerkschaften beizumessen. Wenn Differenzen bestehen, so scheint uns die Partei an ihrem Entschien nicht schuldlos zu sein. Sie wird dafür Sorge tragen müssen, daß endlich einmal, ohne die Selbstständigkeit der Gewerkschaften anzutasten, ein innigeres Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaft Platz greife. Bestünde es schon jetzt, dann wäre es nicht zu diesen leimwegs nützlichen Weiterungen gekommen.“

Hirsch-Dunderische Gewerkschaftstatistik.

Der Gewerkschaftsleiter der Maschinenbauer H. D. hält zur Zeit einen Delegiertenkongreß in Chemnitz ab. Bei Veranung der Taktik, die als besonderer Punkt auf der Tagesordnung steht, wurde mehrfach das Verlangen nach energischerem Auftreten ausgesprochen. Im Verfolg dieser Ansichten wurde folgende Resolution eingebracht, die als Ausdruck energischeren Auftretens gelten soll:

„Der immer mehr vor sich gehende Zusammenschluß der Unternehmer zu festen Verbänden und die sich hierin äußernde verstärkte Widerstandskraft der Unternehmer gegenüber den zeitgemäßen Forderungen der Arbeiterschaft, die in letzter Zeit besonders häufig in die Erscheinung tretenden Massenaußsperrungen von Arbeitern durch die Unternehmervverbände und die hierdurch hervorgerufene gewaltige Erschütterung unseres gesamten wirtschaftlichen Lebens führen unbedingt dahin, daß Einrichtungen geschaffen werden müssen, durch welche auf gleichberechtigter Grundlage beide Produktionsfaktoren auf dem Wege der Verhandlung miteinander in nähere Verbindung treten, um möglichst stabile Verhältnisse zu schaffen.“

Diese Einrichtungen sind mit wenig Mühe und Kosten als Schlichtungskommissionen bei Einführung von Tarifen zu treffen. Es ist daher eine der Hauptaufgaben des Gewerkschaftsleiters der deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter, gemäß der bereits auf den Verbandstagen der Deutschen Gewerkschaften in Magdeburg 1898 und Hannover 1904 beschlossenen Resolutionen über die Verringerung der Arbeits- und Lohnverhältnisse, für die Verwirklichung von Tarifgemeinschaften einzutreten.

Unter Hinweis auf die angeführte Resolution von 1898 erklärt der 13. ordentliche Delegiertenkongreß des Gewerkschaftsleiters der deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter:

1. daß bei allen Unternehmungen zur Verbesserung der Arbeitsverhältnisse oder zur Abwehr von Verschlechterungen unter allen Umständen zuerst der Weg zur Verständigung und Einigung beschritten werden muß;
2. daß bei Erfolglosigkeit friedlicher Versuche nach genauer Prüfung der etwaigen Chancen und bei dem Vorhandensein genügender Geldmittel nur mit Zustimmung des Generalrats beziehungsweise der Hauptleitung in den Ausnahmefällen eingetreten werden darf;
3. daß der Gewerkschaftsleiter überall, wo seine Mitglieder an irgend welcher Bewegung anderer Organisationen beteiligt sind, auch das Recht der Mitberatung für sich in Anspruch nimmt;
4. daß sich der Gewerkschaftsleiter das Recht vorbehält, überall dort, wo er von anderen Organisationen nicht als gleichberechtigt anerkannt wird, die Unterhandlungen mit den Unternehmern selbstständig zu führen.

Der Generalrat, als Leiter des Gewerkschaftsleiters, wird mit der Durchführung dieser Bestimmungen beauftragt. Zur Abstimmung ist es noch nicht gekommen.

Zur Lohnbewegung der Friseurgehülfen. Die Bewilligung zurückgegeben hat Herr Frank, Mantuffelstraße 106 und 118, nachdem er seine beiden Gehülfen entlassen, weil dieselben am zweiten Feiertag nicht gearbeitet hatten. Trotzdem fand am 13. d. M. eine Verständigung zwischen Herrn Frank und der Lohnkommission statt, welche indessen am 14. d. M. von Herrn Frank illusorisch gemacht wurde. Die organisierte Arbeiterschaft wird hierauf die richtige Antwort zu geben verstehen.

Viele Arbeitgeber versuchen durch ihre Zugehörigkeit zur Partei den Glauben zu erwecken, daß auch sie die Forderungen der Gehülfen anerkannt haben. Laßt Euch dadurch nicht täuschen. Achtet durchaus auf die von uns herausgegebenen Erkennungszeichen. Sonst meidet das Geschäft. Hoch die Solidarität.

Die Lohnkommission. J. A.: Paul Piere.

Deutsches Reich.

Neue Aussperrungen in Sicht.

Zu der großen Aussperrung der Bauarbeiter in Rheinland-Westfalen droht eine neue Aussperrung der Bauarbeitern in den Unterwesertoren. Die „Norddeutsche Volksstimme“ ist in der Lage folgendes Zirkular zu veröffentlichen:

Bremerhaven, den 9. Juni 1905.

Werte Herren Kollegen!

Nach ist der Kampf der organisierten Arbeiterschaft gegen unseren Arbeitsnachweis kaum beendet und schon wieder wagen es die bezahlten Heher des Zentralverbandes der Maurer ihre Anhänger gegen uns ins Feld zu führen.

Um die Lage der Gefellen zu verbessern, wird eine Lohn-erhöhung von 50 auf 55 Pf. verlangt. Damit aber der Verdienst nicht zu hoch wird, soll gleichzeitig die Arbeitszeit um eine halbe Stunde verkürzt werden.

Diese widersprechenden Forderungen haben die Arbeitgeber einstimmig abgelehnt, jedoch ist eine Lohnhöhung für den Anfang des Jahres 1906 in Aussicht gestellt.

Trotzdem aber treten die Herren Organisierten heute in partielle Streiks ein, welche zweifellos eine Aussperrung zur Folge haben werden.

Wir bitten dringend, in dem Bezirke Ihrer Vereinigung schon jetzt dafür zu sorgen, daß dort kein Maurer, Zimmerer oder Bauarbeiter aus den Unterwesertoren Bremerhaven, Seestemünde und Lehe Unterschlupf findet.

Streiklisten werden Ihnen demnächst zugesandt.

Mit kollegialischem Gruß

Der Vorstand

des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe a. d. U.

Ab. Anackstedt,

Vorsitzender.

Die Bauarbeiter mögen also gerüstet sein. Die Unternehmer greifen in immer steigendem Maße zu dem Mittel, Forderungen der Arbeiter an einzelnen Stellen mit allgemeinen Aussperrungen zu beantworten. Das Zirkular verrät übrigens ein krasses Unverständnis gegenüber den Bestrebungen der Arbeiter auf Hebung ihrer Lebenslage. Die Forderung nach Verkürzung der Arbeitszeit unter gleichzeitiger Erhöhung des Lohnes ist kein Widerspruch, sondern beide Forderungen gehören notwendig zusammen. Die Verkürzung der Arbeitszeit ist aus volkswirtschaftlichen und sozialen Gründen erforderlich und dient dem Gesamtinteresse ebenso sehr wie dem besonderen Interesse der betroffenen Arbeiter. Und die Erhöhung des Stundenlohnes ist die notwendige Ergänzung zur Verkürzung der Arbeitszeit, da nicht nur keine wirtschaftliche Verschlechterung, sondern im Gegenteil eine Verbesserung der Lage der Arbeiter nötig ist. Wenn Unternehmer wegen solcher Forderungen, noch dazu so geringfügiger Forderungen wie im vorliegenden Falle, Tausende von Arbeitern aussperrt, dann handeln sie unmittelbar gegen Kulturinteressen.

Sämtliche Dreijungsmonteur von Hannover-Linden der Firmen Körting u. G., Zentralheizwerke u. G., Hainholz, Kaeserle und Ahrend, Müller und Evers sind in eine Lohn- resp. Tarifbewegung eingetreten. Zugang ist fernzuhalten. Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten.

Aus der Frauenbewegung.

Im Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse hielt am 5. Juni Herr Larnow einen Vortrag über die marxische Weltanschauung. Die Versammlung nahm die klaren interessanten Ausführungen des Vortragenden mit lebhaftem Interesse entgegen. Am 19. Juni findet die Generalversammlung des Vereins statt.

Der Verein für Frauen und Mädchen in Adershof hält Montag, den 19. Juni, abends 8½ Uhr, seine Mitgliederversammlung im Lokale von Oskar Wölfflein, Bismarckstraße 24, ab. Gäste sind willkommen.

Der Verein für politisches Frauenwahlrecht in Stockholm hat ein Verbandsorgan für eine Schrift über das Frauenwahlrecht veranstaltet, die als Broschüre herausgegeben werden und bestimmt sein soll, Aufklärung zu verbreiten und Interesse unter den Frauen für diese Forderung zu erwecken. Der Termin für die Einfindung der Arbeiten ist auf den 15. September festgesetzt.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Sozialdemokratischer Landtagswahlsieg.

Stuttgart, 14. Juni. (Privat-Depesche des „Vorwärts“.) Bei der Landtags-Erstaufwahl in Eßlingen siegte Genosse Schlegel mit 4521 Stimmen gegen den Kandidaten der vereinigten Konservativen, Demokraten und Nationalliberalen, der 2851 Stimmen erhielt. Die Wahlbeteiligung war eine sehr große und erreichte 80 Prozent.

Morgen vormittag wird im Landtage eine wichtige Erklärung des Ministerpräsidenten zur Verfassungsreform erwartet.

Zu den Friedensverhandlungen.

Petersburg, 14. Juni. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Nach einer Meldung aus Washington, die von Kreisen ausgeht, die der russischen Wochsicht nahe stehen, hat S. a. a. die größte Aussicht, Begegnungsort der russischen und japanischen Bevollmächtigten zu werden, da die Stadt Sitz des internationalen Schiedsgerichtshofes und nicht Hauptstadt einer Großmacht ist, so daß sie mehr als andere Städte von diplomatischen Einflüssen frei ist.

Washington, 14. Juni. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) In amtlichen Kreisen werden Zweifel laut, ob die Antwort Rußlands Japan genügen werde. Präsident Roosevelt stellte die Note des Grafen Lansdorff dem japanischen Gesandten Takahara zu, welcher sie nach Tokio übermittelte. Präsident Roosevelt erwartet stündlich die Antwort Japans.

Washington, 14. Juni. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Präsident Roosevelt stellte heute nachmittags in Abrede, daß irgend welche Anzeichen für eine Stodung in den auf den Frieden abzielenden Verhandlungen vorhanden seien.

Flottenpläne in Spanien.

Madrid, 14. Juni. (W. T. B.) Die Cortes sind heute eröffnet worden. In der Deputiertenkammer gab Ministerpräsident Villaverde einen Heberblick über die allgemeine Lage und sprach schließlich von der Neubildung der Flotte, die einen auf 6 Jahre zu verteilenden Aufwand von 396 Millionen Pesetas erfordert. Romanones beantragte, daß das Budget für 1906 vor jeder anderen Vorlage zur Beratung gelange. Dieser Antrag wurde von sämtlichen Oppositionsparteien unterstützt.

London, 14. Juni. Heute ist ein Bericht veröffentlicht worden, der sich mit den seinerzeit nach Abschluß des Krieges in Südwestafrika im militärischen Lager vorgekommenen Unregelmäßigkeiten beschäftigt. Die vom Armeecrat eingesetzte Untersuchungskommission hat eine große Anzahl solcher Unregelmäßigkeiten festgestellt, durch die das Land stark geschädigt worden ist. Sechs Offiziere waren im Zusammenhang mit der Angelegenheit schon vor der Veröffentlichung des Berichts suspendiert worden.

16. Generalversammlung des Verbandes deutscher Bergarbeiter.

Fünfter Verhandlungstag.

Berlin, 14. Juni.

Vorsitzender Sachsse eröffnet die Sitzung gegen 8 1/2 Uhr und stellt mit, daß an eine Beendigung der Verhandlungen heute nicht zu denken sei; fast alle Delegierten erklären, daß sie noch weiter den Verhandlungen beizubehalten.

Es wird zunächst die Vorschlagsliste für die Vorstandswahlen fertiggestellt; für den engeren Vorstand werden nur die bisherigen Mitglieder zur Wiederwahl vorgeschlagen: Sachsse und Schröder zu Vorsitzenden, Horn und Böhm zu Kassierern, Husemann zum Schriftführer, als zweiter Schriftführer wird Hausmann-Vochum vorgeschlagen.

Dann wird die Debatte über den Kölner Gewerkschaftskongreß fortgesetzt.

Gärtner-Senftenberg erklärt, daß auch eine Reihe von denen, die Leimpeters Vorwürfe machten, am 1. Mai nicht gefeiert hätten. Es sei unmöglich, einen Kaiserfeier-Gemahregelten von Verbänden wegen zu unterstützen.

Johmann-Alstaden bittet, den Antrag auf Unterstützung der Gemahregelten anzunehmen. Wenn Leimpeters nur mit Rücksicht auf seine Stellung eingenommen hätte, dann hätte er ganz recht gehandelt.

Behring-Wattencheid fürchtet, daß, wenn diese Verhandlungen in Bergarbeiterkreisen bekannt würden, die mehr einem Parteitage als einer Generalversammlung zählten, die Zahlstellen einen großen Teil ihrer Mitglieder verlieren würden.

Vorsitzender der Generalkommission der Gewerkschaften, Reichstags-Abgeordneter Legien verteidigt seine Äußerung auf dem Kölner Kongreß, daß wenn die Mitglieder der Gewerkschaften antireligiös seien, sie es deswegen seien, weil es vernünftige Menschen geworden sind. Seine Äußerung wäre aus dem Zusammenhang gerissen worden, indem er nachgewiesen hätte, daß die christlichen Gewerkschaften nur zugunsten der Unternehmer gegründet seien. Aber im übrigen sei sie wahr, und in der Agitation müßte auch in bezug auf die religiösen Fragen ausgesprochen werden, was ist.

Wagner-Eisen: Wenn wir konsequent für die Arbeitsschutz eintreten wollen, müssen wir auch den Antrag auf Unterstützung der Gemahregelten annehmen, aber dann können wir auch gleich Konkurs anmelden.

Vorsitzender Sachsse (mit dem Jurat „Konkursverwalter“ begrüßt) schließt sich dieser Auffassung vollkommen an. Zu Legiens Äußerung bemerkt er, daß die Wahrheit im Statut des Bergarbeiterverbandes liege: politische und religiöse Fragen sind ausgeschlossen.

Nach weiterer erheblicher Debatte erhält Leimpeters das Schlusswort, indem er die gegen ihn gerichteten Angriffe in oft große Heiterkeit erregender Weise durch neue Spigen gegen seine Kritiker zu widerlegen sucht. Bezüglich seines Standpunktes zur Kaiserfeierfrage sei von verschiedenen Rednern erklärt worden, er habe die Meinung der Verbandsmitglieder in Köln nicht zum Ausdruck gebracht. Ob das richtig sei, konnte nur durch eine Urabstimmung festgestellt werden. Er halte es für einen Unfug, hier im Namen aller 140 000 Verbandsmitglieder zu sprechen; sicher sei ein erheblicher Teil der Kameraden mit ihm in der Kaiserfeierfrage einverstanden.

Hue gibt namens der Redaktion der „Bergarbeiter-Zeitung“ die Erklärung ab, daß, wenn der Antrag auf Unterstützung der wegen der Kaiserfeier Gemahregelten abgelehnt werden sollte, die Redaktion unmöglich so für die Kaiserfeier schreiben könnte, wie die Mehrzahl der Delegierten es haben wolle. Die Redaktion könne die Leute nicht in Feuer jagen, ohne daß dann der Verband auch materiell für sie eintrete.

Es kommt nunmehr die Resolution zur Abstimmung: Die Generalversammlung erklärt sich mit dem Standpunkt der Delegierten auf dem Gewerkschaftskongreß in Köln einverstanden. Nur den Standpunkt des Delegierten Leimpeters in der Kaiserfeierfrage heißt sie nicht gut.

Ueber den letzten Satz wird namentlich abgestimmt, er wird gegen 46 Stimmen und eine größere Anzahl von Stimmenthaltungen abgelehnt; im übrigen wird die Resolution angenommen.

Der Antrag, daß die wegen der Kaiserfeier gemahregelten Mitglieder eine Gemahregelten-Unterstützung erhalten sollen, wird in namentlicher Abstimmung gegen 29 Stimmen abgelehnt.

Die Anträge, am 1. Mai mehr Propaganda für die Arbeitsschutz und Beteiligung an der Kaiserfeier zu machen, und den 1. Mai als Ruhetag zu proklamieren und dementsprechend in der „Bergarbeiter-Zeitung“ dafür Propaganda zu machen, sowie die Resolution Heinen-Steels, die Arbeitsschutz am 1. Mai nicht obligatorisch zu machen und keine Unterstützung wegen Mahregelungen von Verbänden wegen zu zahlen, wurden durch die vorangehende Abstimmung für erledigt erklärt.

Schließlich erklärt sich die Generalversammlung mit der Erklärung Bommelburgs auf dem Kölner Gewerkschaftskongreß einverstanden, daß in der Frage der Kaiserfeier bis zum nächsten internationalen Kongreß die Beschlüsse des letzten internationalen Kongresses in Amsterdam auch für die Gewerkschaften maßgebend seien.

Die Kommission zur Vorbereitung des neuen Statuts hat ihre Arbeiten beendet und

Polerny-Roidan erstattet den Bericht. Die Kommission hat einmütig die Staffelleistungs-abgelehnt und sich für einen Wochenbeitrag von 40 Pf. erklärt. Sie hat den niedrigsten Satz der Arbeitsschutz-Unterstützung auf 1 M. pro Tag normiert und beschlossen, nach dreijähriger Mitgliedschaft 1,20 M., nach fünfjähriger 1,40 M. Arbeitsschutz-Unterstützung zu zahlen, während dieser Höchststand nach dem Bestandsbewertung erst nach zehnjähriger Mitgliedschaft erreicht worden wäre. Auch bei der Rotunterstützung ist die staffelartige Unterstützung von der Kommission geteilt und beschlossen worden: Die Rotunterstützung wird bei einer mehr als 14 Tage dauernden Krankheit, also von Beginn der dritten Woche an, in Höhe von 3 Mark wöchentlich oder 50 Pfennig täglich gewährt. — Die übrigen von der Kommission vorgeschlagenen Änderungen sind unwesentlicher Natur.

In der Diskussion wenden sich einige Delegierte aus Mittel- und Oberhessen gegen die einseitige Festlegung des 40 Pfennig-Beitrages und beschwören die staffelweise Festlegung der Beiträge des Vorstandsentwurfes, der die rückständigen Gegenden mit niedrigeren Löhnen in Berücksichtigung zieht.

In der Nachmittags-sitzung wird in der Beratung des Statutenentwurfes fortgefahren. Die Vorschläge der Statutenkommission finden fast durchweg mit großer Mehrheit Annahme. Es wird also ein einseitiger Beitrag von 40 Pf. wöchentlich festgesetzt, die Arbeitsschutz-Unterstützung wird erhöht, auch die Rot-Unterstützung, die in namentlicher Abstimmung gegen 35 Stimmen angenommen wurde, wird ebenfalls nach dem oben mitgeteilten Satze gestaltet. Hervorzuheben ist noch, daß Invaliden, die nicht mehr der Knappschaftskassentasse angehören, die Kosten für die ärztlichen Atteste, die sie für Erlangung der Rotunterstützung gebrauchen, aus der Verbandskasse ersetzt bekommen sollen.

Eine längere Debatte entspinnt sich darüber, ob die Beiträge zu den Gewerkschaftskassen aus der Zentralkasse oder von den Prozenten der Ortsverwaltungen bezahlet werden sollen. Nach einem Vermittlungsvorschlag Sachsse wird beschlossen, daß die Zentralkasse die Beiträge bezahlet soll, wenn diese nicht über 10 Pf. pro Quartal betragen und der Vorstand dem Anschluß an das Kartell zugestimmt hat. Ferner wird beschlossen, die Generalversammlung alle zwei Jahre stattfinden zu lassen. Der Antrag der Kommission, daß Anträge zur Generalversammlung nur durch den Vorstand und

Mitgliederversammlungen bzw. Konferenzen gestellt werden können, wird fast einstimmig angenommen.

Neu eingeführt wird die Form der Urabstimmung, so daß bei wichtigen Fragen jedes einzelne Verbandsmitglied seine Meinung in die Wagschale werfen kann.

Das vom Vorstand vorgeschlagene Streikreglement wird ohne Debatte angenommen. Es lautet:

§ 1. Wenn eine Mitgliedschaft geneigt ist, mit Forderungen an ihre Selbstverwaltung heranzutreten, so hat der Vertrauensmann den Verbandsvorstand davon in Kenntnis zu setzen. Die Forderungen dürfen nicht eher an die Verbandsleitung abgehandelt werden, als bis der Verbandsvorstand seine Zustimmung dazu gibt.

§ 2. Werden wegen Mahregelungen, Lohnabzügen und ähnlichen Schädigungen der Arbeiterschaft Arbeitseinstellungen (Abwehrstreiks) geplant, so ist dies der Verbandsleitung spätestens 14 Tage vor dem Streikausbruch mitzuteilen.

§ 3. Sollen zur Durchführung aufgeseelter Forderungen Arbeitsniederlegungen (Angriffstreiks) erfolgen, so ist dies der Verbandsleitung mindestens acht Wochen vor Beginn des Streiks mitzuteilen.

§ 4. Streiks (sowohl solche zur Abwehr, wie auch zum Angriff) dürfen ohne Zustimmung des Verbandsvorstandes nicht unternommen werden.

§ 5. Streiks, welche ohne Genehmigung der Verbandsleitungen unternommen werden, erhalten aus Verbandsmitteln keinerlei Unterstützung.

§ 6. Während der ersten 14 Tage eines Streiks wird keine Unterstützung gezahlt.

Rüster-Redinghausen hält hierauf das Referat über den nächsten Punkt der Tagesordnung: Die internationale Arbeiterbewegung. Er weist darauf hin, daß die deutschen Bergarbeiter nur schwer den nächsten internationalen Kongreß bescheiden werden, da die Engländer die Beschlüsse der bisherigen internationalen Kongresse auf Durchführung des gesetzlichen Achtstundentages und Einführung des Minimallohnes nicht erfüllt haben. Die Engländer haben sogar die gesetzliche Einführung des Achtstundentages zu Fall gebracht, weil sie durch ihre Gewerkschaften schon mehr erreicht haben, dadurch aber die deutschen Bergarbeiter schwer geschädigt, die sonst das gesetzliche Vorgehen Englands in Deutschland zur Nachahmung hätten empfehlen können. Auch das internationale Sekretariat hätten die Engländer stets abgelehnt, obwohl es beim letzten Streik so notwendig gewesen wäre. Redner betont weiter die Notwendigkeit einer Vertretung des Verbandes auf den internationalen Sozialistenkongressen und empfiehlt schließlich, den nächsten internationalen Bergarbeiterkongreß durch 10 Delegierte, den nächsten internationalen Sozialistenkongreß durch drei Delegierte zu bescheiden.

Außerdem liegt ein Antrag vor: Wird auf dem nächsten Bergarbeiterkongreß die Errichtung eines ständigen internationalen Sekretariats abgelehnt, so werden diese Kongresse von deutscher Seite nicht mehr besichtigt. Die Debatte hierüber wird auf morgen vertagt.

Beraten wird noch ein Antrag, den Angestellten und Agitatoren des Verbandes die Agitation gegen den Alkohol zur Pflicht zu machen. Nach einer Begründung durch den Vorsitzenden des Bundes der Alkoholabstinenten Niehe-Berlin wird der Antrag unter lebhaftem Beifall durch Juras angenommen.

Hierauf wird die Sitzung auf Donnerstag 8 1/2 Uhr vertagt.

Genosse Hue bittet um, im Hinblick auf eine in unserem Bericht enthaltene Bemerkung aus der Diskussion festzustellen, daß er in seinem Schlusswort nach der Diskussion über sein Referat „Zur Taktik im Streik im Ruhrrevier“ ausdrücklich erklärt hat, daß er die Person des Genossen Hänisch und die „Dornumber Arbeiterzeitung“ nicht in die Debatte gezogen, geschweige denn den Genossen Hänisch einen Hejer genannt habe.

Siebente Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

Zweiter Verhandlungstag.

Leipzig, Dienstag, 13. Juni.

Zu der Vormittags-Sitzung erstattete zunächst für die Mandatsprüfungskommission Haber-Stettin Bericht. Es fand auf dem Verbandstage 102 Delegierte und die gestern bereits namhaft gemachten fremdländischen Gäste. Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands ist vertreten durch Cohen-Berlin, der Vorstand durch A. Schilde, Gg. Reichel, Th. Werner, K. Kassatsch, der Ausschuß durch M. Weizig, Fr. Siegel und die Redaktion der Fachzeitung durch J. Scherm. Außerdem nehmen 18 Bezirks-(Gew.)-Reiter an den Verhandlungen teil. Proteste lagen vor gegen die Wahl von Linger-Leipzig, Hoffmann-Biesbaden und Neher-Dort. Eine Debatte knüpfte sich nur an den erstgenannten Protest. Die Kommission beantragte die Gültigkeitserklärung sämtlicher Mandate und die Generalversammlung beschließt in faule Meyer mit großer Majorität, in den anderen Fällen einstimmig.

Darauf erstattet Schilde als Vorsitzender des Zentralverbandes den Jahresbericht, wobei er konstatiert, daß auch jetzt wieder wie noch immer bisher über höchst mangelhafte Berichtserstattung einzelner Verwaltungen geklagt werden muß. Die Tatsache des langsamen Gerichtsganges trägt übrigens viel dazu bei, daß der Vorstand über den Ausfall vieler angestrebter Klagen im unklaren bleibt. Beweisen dürfen die Verwaltungen mit der Erteilung des Rechtsaufhebes schon etwas zurückhaltender als bisher verfahren, da erfahrungsgemäß die Sachlage von dem einzelnen Antragsteller stets mehr oder weniger einseitig dargestellt wird. Redner empfiehlt in Einzelfällen die Inanspruchnahme des Armenrechtes in Klagesachen. Es sei ein weit verbreiteter Irrtum, daß Klagen auf Armenrecht den Verlust politischer Rechte nach sich ziehen. Das sei nicht der Fall. Sodann bespricht er die einzelnen hierzu vorliegenden Anträge und erörtert bezüglich des Zentral-Arbeitsnachweises der Feilenarbeiter die Schwierigkeiten, welche einer anderweitigen Regelung desselben entgegensteht. Die Wahlkreis-einteilung bedarf einer Neuregelung. Bezüglich des Ausschußberichts verbreitet sich Redner lediglich über die Höhe der Diätenfrage für Reiter der Vorstandsmitglieder, die pro Tag 10 Mark liquidieren, während die Delegierten 8 Mark erhalten. Er konstatiert, daß die Vorstandsmitglieder bei ihren Reisen häufig die Hälfte ortsundiger Kollegen in Anspruch nehmen müssen, wobei ihnen erklärterweise Mehrkosten erwachsen. Auch sind gewisse Repräsentationspflichten zu erfüllen — sie können nicht in einer Herberge zur Heimat absteigen, sondern müssen solche Lokale wählen, die auch den Fabrikanten zwecks mündlicher Verhandlung konvenabel sind. Ersparnisse sind bei diesen Diätenzahlungen nicht zu machen. Im Gegenteil würde es sehr schaden, daß die Generalversammlung diesen Satz noch erhöht. Einen Antrag will er nicht stellen, will aber der Wohlthätigkeit keine Schranken setzen. (Heiterkeit.) Bezüglich der Verkleinerungsfrage mit anderen Verbänden müsse man bei allem Wohlwollen vorsichtig vorgehen. Die Heranzugabe des Protokolls zum Preise von 10 Pf., wie dies von Hirsch beantragt ist, läßt sich nicht durchführen, da schon bei dem jetzigen „Selbstkostenpreise“ die Stenographenkosten nicht in Ansatz gekommen sind, sondern lediglich die technischen Herstellungskosten. Bezüglich der Gehälterfrage erklärt es Redner für eine soziale Pflicht des Verbandes, für die Beamten zu sorgen, auch für jene, die ihr Amt nur im Nebenamt versehen. Eine eigene Institution für die Versicherung der bediensteten Beamten muß geschaffen werden, ihre Hinterbliebenen müssen unterstützt werden. Nur dann werden wir Kräfte zur Verfügung haben, die wir heute nicht zur Verfügung haben, sondern die infolge der bisherigen Knäueligkeit zur Genossenschaftsbewegung u. übergetreten

sind. Die ganze Materie muß daher von großen Gesichtspunkten behandelt werden! (Bravo!)

Als Vertreter des Ausschusses erstattet Weizig-Frankfurt a. M. den Bericht. 42 Beschwerden lagen vor seit der Berliner Generalversammlung. Die Zahl ist also bedeutend zurückgegangen. Redner erörtert die hauptsächlichsten derselben, auf die wir gelegentlich der Debatte zurückkommen, soweit sich die Notwendigkeit dazu ergibt. Von den Beschwerden betreffen acht die allgemeine Geschäftsführung, vierzehn das Ausschußverfahren, fünf verweigerte Streit-bez. Mahregelungsunterstützung, vier verweigerte Arbeitslosen- bzw. Reiseunterstützung, vier Unterstützungen in außerordentlichen Fällen, eine Verweigerung des Rechtsaufhebes, eine Unterstützung eines wegen seiner Verbands-tätigkeit in einem Strafprozeß verurteilten Mitgliedes, zwei Wahlsachen und zwei Beschwerden sonstiger Natur. Bei der Ueberwachung der Geschäftsführung montierte der Ausschuß eine Ausgabe von 5000 M. unter dem Titel: „Ueberweisung auf die Pensionskasse“. Nachdem die Berliner Generalversammlung wohl der Beamtenversicherung im Prinzip zugestimmt, die Schaffung einer Pensionskasse indes abgelehnt habe, schufen die Beamten aus eigener Initiative eine Versicherungskasse mit fakultativem Beitrittsrecht. Andere Beamte des Verbandes sind im Verein „Arbeiterpresse“ versichert. Der Ausschuß glaubt daher eine Anwendung aus Verbandsmitteln zu der genannten Pensionskasse bei dieser Sachlage für unzulässig halten zu müssen, obwohl er die soziale Pflicht des Verbandes, für seine Beamten zu sorgen, durchaus anerkennt. Die Generalversammlung muß zu dieser Frage Stellung nehmen. Gehänsel verhält es sich mit der Beantragung des Diätenjahres für die Reiser der Verbandsmitglieder. 10 M. seien keinesfalls zu viel, aber ein Beschluß zur Gewährung dieses Satzes liege formell nicht vor. Da der Ausschuß seine Geschäftsführung nur im Nebenamt erledigt, konnte dieselbe nicht in allen Fällen eine sehr flüchtige sein, jedoch glaube er seine Pflicht erfüllt zu haben. Da Wähler und Kasse sich in bester Ordnung befinden, beantragt Redner, dem Vorstände und Hauptkassierer Decharge zu erteilen.

Die Wortmeldungen zu den jetzt zur Diskussion stehenden Berichten und Anträgen laufen außerordentlich zahlreich ein. Probst-Leipzig protestiert gegen die Verlegung des Bezirksleiter-Sitzes von Leipzig nach Dresden, wodurch die Arbeit sehr erschwert werde. Er geht auf die einzelnen örtlichen Lohnbewegungen ein und berührt Angelegenheiten persönlicher Natur, denen öffentliches Interesse nicht innewohnt. Sie beziehen sich auf ein gegen ihn anhängig gemachtes Ausschlußverfahren, wofür er den Bezirksleiter Haack verantwortlich macht.

Nach Erledigung einer Reihe geschäftlicher Mitteilungen tritt dann die Mittagspause ein.

In der Nachmittags-Sitzung läuft zunächst ein Antrag ein, welcher sich mit der Erhöhung der Diätenjahre für die Generalversammlung befaßt. Nach längerer Geschäftsordnungs-Debatte wird derselbe zur Statutenberatung zurückgestellt.

Bernthaler-Augsburg beschäftigt sich zunächst mit einem bei Schluß der Vormittags-Sitzung eingelaufenen Antrage, nach welchem 15 000 M. für Bildungszwecke ausgeteilt werden sollen, und befürwortet, hierbei keine bestimmte Summe festzulegen und auch Süddeutschland zu berücksichtigen. Weiter nimmt er Bezug auf die Ausführung des Vorbeschlusses bezüglich der Inanspruchnahme des Armenrechtes in Privatklagesachen und konstatiert, daß damit keineswegs eine Einschränkung des Rechtsaufhebes beabsichtigt sei. Er halte aber dafür, daß man es in jedem Einzelfalle dem Letzte des betreffenden Verwaltungsbeamten überlassen solle, dem Rechtschutzsucher den besten Weg zur Erreichung seines Zieles zu weisen.

Anderer Diskussionsredner sprechen zu dem vom Ausschuß beantragten Ausgabeposten von 5000 M. zur Pensionskasse und wünschen eine Regelung der Angelegenheit in der Weise, daß die Kasse nicht nur für die angestellten Verbandsbeamten, sondern für sämtliche Funktionäre geschaffen werde. Da die betreffende Summe lediglich anlässlich eines Sterbefalles ausgeworfen wurde, wobei eine Witwe und vier unmündige Kinder in Betracht kamen und auch nur vorbehaltlich der Zustimmung dieser Generalversammlung, so müsse eine definitive Regelung erfolgen.

Rudolph-Stuttgart bespricht das Anstellungsverhältnis der Verbandsbeamten und jener der Firma Schilde u. Co., die ja mit dem Verbands identisch sei. Ein Stuttgarter Antrag verlangt nämlich, daß die Verwaltungen stellen ihre Geschäftsführer und sonstigen Angestellten ohne die Bedingung einer alljährlichen Neuwahl anstellen, während ein Antrag der Stuttgarter Ortsverwaltung die Anstellung der Beamten für die Firma Schilde u. Co. (Quadrudrucker) unter den gleichen Bedingungen wie für die Beamten des Verbandes verlangt. Redner konstatiert, daß beim Holzarbeiterverbande die Gehälter der Hilfsbeamten um 200 M. höher sind, als bei den Metallarbeitern, wo sie mit 1600 M. Anfangsgehalt angestellt werden. Demgegenüber erscheint ihm die Differenz mit den Gehältern der Verbandsbeamten eine allzu große. Hier müge die Generalversammlung nivellierend eingreifen.

Umrath-Kürnberg bringt diesem Wunsch volles Verständnis entgegen, wünscht aber auch die Erörterung einer anderen Seite des Verbandslebens, nämlich die Verhältnisse jener Verbandsfunktionäre, die sich in unbesoldeten Posten jahrelang abgerackert haben und für die bisher gar nichts geschieht. Auch hier muß eine Regelung im Interesse des Verbandes erfolgen.

Der Bezirksleiter Haack-Dresden bedauert, daß durch Probst-Leipzig eine Wechsellagerung vor die Generalversammlung gebracht wurde, bevor sie die statutenmäßigen Instanzen passiert hätte. Redner geht auf den Fall näher ein, betont dabei seine Arbeitsüberlastung bei Uebernahme des Postens, die ihm eine tägliche Arbeitslast von 16, 18, ja 22 Stunden brachte. (Juras: 26! Große Heiterkeit.) Er wolle dafür den Beweis erbringen. Seine Ueberbeladung nach Dresden erfolgte auf Grund einer Umfrage bei allen Mitgliedschaften, die in Betracht kommen. Probst dürfe mit seinem Verbandsgehilfen nicht renommieren. Redner geht sodann auf die Geschichte des Leipziger Bauanschläger-Streiks ein, der schon verloren war, ehe er noch begonnen wurde und bringe eine Reihe von Thatfachen vor, welche sich gegen die Verbands-tätigkeit des Kollegen Probst wenden. Auf Antrag aus ihrer Mitte beschließt die Generalversammlung, den fraglichen Streikfall der Beschwerdekommision zu überweisen.

Nachdem der Bezirksleiter Wöhler seine Haltung in einem Streik der Bremer Klempner mit dem eisernen Joange der Verhältnisse gerechtfertigt, unter welchen jeder andere Verbandsfunktionär in gleicher Lage ebenso hätte handeln müssen, wenn er nicht das Odium der Reichfertigkeit auf sich laden wollte, spricht Junge-Hamburg über die Urklagen, welche manche tätigen Kräfte von der Mitarbeit an den Verbands-geschäften abhalten. Es ist der Mangel an thätigster Unterstützung durch das Gros der Mitglieder, der hierbei auch eine Rolle spielt. Man solle versuchen, in dieser Hinsicht eine Besserung herbeizuführen. Weiter empfiehlt er eine Änderung des Wahlmodus und bespricht einen im Ausschußbericht erwähnten Fall Brand-Hamburg, der sich seiner Meinung nach zu Unrecht über die Maßnahmen des Vorstandes gelegentlich der Wahlen zum deutschen Gewerkschaftskongreß beklagt hätte. Was die Tätigkeit der Bezirksleiter anbelangt, so anerkennt er ihre Arbeitsüberlastung, meint aber, daß sie sich mitunter wohl zu viel um Kleinigkeiten kümmern, die auch ganz gut ohne ihre Mitwirkung erledigt werden könnten. Es dürfte sich empfehlen, neu anzustellende Beamte erst eine gewisse Probezeit absolvieren zu lassen und erst nach deren Erledigung zur festen Anstellung zu schreiten.

Weinher-Hamburg spricht gleichfalls für eine anderweitige Regelung des Wahlmodus bei Stichwahlen. Manche Beschlüsse der Generalversammlungen werden nach seiner Meinung vom Vorstände nicht genügend beachtet, was vielleicht daher rührt, weil der Vorstand keine Geschäfte zu viel „im Herumziehen“ betreibt. (Heiterkeit am Vorstandstisch.) Er empfiehlt ihm größere Geschäftigkeit.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte gibt Veranlassung zur Verlesung der Mednerliste, wobei der amtierende Vorsitzende unter großer Heiterkeit des Verbandstages meint, er sehe die Ablehnung des Antrages schon voraus, da der größte Teil der Abstimmenten noch in der Mednerliste steht. Tatsächlich wird denn auch der Schlußantrag mit großer Majorität abgelehnt.

Ziegler - Frankfurt a. M. bebauert den Standpunkt des Vorstandes in der Frage der Verbandsverschmelzung und begründet einen Frankfurter Antrag, wonach der Vorstand mit den Vorständen der freien Gewerkschaften, die innerhalb der Metallindustrie außer dem Metallarbeiter-Verbande noch vorhanden sind, zwecks Verschmelzung unzerleglich in Verbindung treten soll. Den Rat des Vorsitzenden, in Klagenfällen das Armenrecht in Anspruch zu nehmen, hält er für keinen sehr glücklichen und meint, er würde sich damit bei den Mitgliedern wenig Gegenliebe erwerben. Der Fall mit der Ueberweisung von 5000 M. an die Pensionskasse ohne vorherige Rücksprache mit dem Ausschuß und ebenso die eigene Bewilligung von 10 M. Dotation erscheinen ihm als Eigenmächtigkeiten, die mit Recht vom Ausschuß gerügt wurden.

Nach einer Reihe persönlicher Bemerkungen, die auf die Debatte über den Fall Probst Bezug haben, wird die Nachmittagsitzung geschlossen.

Verband der Porzellan-Arbeiter.

Berlin, den 13. Juni.

Am Dienstag wurde nach Eröffnung der Sitzung über einen Antrag der Zahlstelle Hüttensteinach diskutiert, welcher verlangt, daß die Generalversammlung unterfuche, aus welchen Gründen der frühere Verbandsredakteur Jahn keine Stellung gekündigt hat und ob er etwa aus derselben verdrängt worden sei.

Die Vorstandsmitglieder **Kraak** und **Wollmann** erklärten hierzu, daß Jahn selber gekündigt habe, und er sich in dieser Angelegenheit nicht beschwerte, sich auch jetzt in einer guten Stellung befinde, so liege wohl kein Grund vor, die Angelegenheit hier zu erörtern, umsoweniger, als ja alles, was hierüber zu sagen war, feinerzeit in der „Ameise“ gesagt worden sei.

Durch Annahme einer Resolution erklärte die Versammlung die Angelegenheit Jahn für erledigt.

Hierauf erhaltete **Köllmar** - Ulmenau den Bericht der Besonderekommission. Es handelt sich um Verdrängen von Mitgliedern, die sich hinsichtlich ihres Anspruchs auf statutenmäßige Unterstützung durch Entscheidungen des Vorstandes für benachteiligt fühlen. Nachdem auch dieser Punkt der Tagesordnung erledigt war, erteilte die Versammlung dem Vorstand, dem Redakteur und der Besonderekommission **Decharge**.

Der nächste Punkt der Tagesordnung betrifft die obligatorische Einführung der Krankenunterstützung.

Seit längerer Zeit besteht im Verbands eine besondere Klasse, der sogenannte **Beihilfefonds**, welcher Krankenunterstützung und Sterbegeld gewährt. Diese Einrichtung ist jedoch nicht obligatorisch, es steht den Mitgliedern frei, dieser Klasse beizutreten oder nicht. Zur Zeit gehört nur eine Minderheit der Verbandsmitglieder dem Beihilfefonds an, und derselbe befindet sich deshalb nicht in guter Lage. Andererseits bestehen außerhalb des Verbandes noch ähnliche Beihilfefonds besonders für Porzellanarbeiter, denen ebenfalls Mitglieder des Verbandes angehören. Der Vorstand hat nun beantragt, daß die Krankenunterstützung im Verbands selbst als Obligatorium für alle Mitglieder eingeführt werde. Ueber Höhe und Dauer der zu gewährenden Unterstützung hat der Vorstand einen Antrag gebracht, außerdem liegen zu dieser Angelegenheit noch eine große Anzahl von Anträgen aus den Reihen der Mitglieder vor. — Eine Urabstimmung der Mitglieder hat sich bereits für die Einführung der Krankenunterstützung entschieden.

Die Generalversammlung debattierte zunächst über die prinzipielle Frage, ob die Krankenunterstützung eingeführt werden soll.

Der Verbandsführer **Herden** hielt das Referat. Er begründete ausführlich die Notwendigkeit der Einführung der Krankenunterstützung als eines Mittels, welches geeignet sei, dem Verbands neue Mitglieder zu gewinnen und zu erhalten und betonte, daß andere Gewerkschaften mit der Einführung von Unterstützungsanstaltungen gute Erfolge erzielt hätten.

Die meisten Delegierten sprachen für die Krankenunterstützung. Die Redner, welche dagegen auftraten, machten hauptsächlich geltend, daß die Einführung der Unterstützung eine Erhöhung der Beiträge notwendig mache, in den Gegenden aber, wo die Porzellanarbeiter sehr niedrig entlohnt werden, besonders in Thüringen, würden die Kollegen nicht in der Lage sein, höhere Beiträge zu zahlen. Es sei deshalb ein Verlust von Mitgliedern zu befürchten, die hohen Beiträge würden auch die Gewinnung neuer Mitglieder unmöglich machen.

Die Debatte währte bis 8 Uhr abends, dann erklärte sich die Versammlung in namentlicher Abstimmung mit 33 gegen 6 Stimmen bei 8 Stimmenthaltungen im Prinzip für die Einführung der obligatorischen Krankenunterstützung. Die zu diesem Punkt vorliegenden Anträge wurden einer neungliedrigen Kommission zur Beratung überwiesen.

Am Mittwoch stand die Erörterung über die Agitation auf der Tagesordnung der Generalversammlung. Auch zu diesem Punkt liegt eine Reihe von Anträgen vor, von denen ein großer Teil die Einführung der Gauzeinteilung und Anstellung von besoldeten Agitationsleitern fordert.

Hoffmann - Ulmenau, der als Referent zu diesem Gegenstand der Tagesordnung auftrat, sprach in einer zweieinhalbstündigen Rede im Sinne der hier skizzierten Anträge. Er vertrat die Ansicht, daß nur eine planmäßige Agitation dem Verbands neue Mitglieder zuführen könne. Wenn der Verband in einer Zeit, wo fast alle anderen Gewerkschaften einen bedeutenden Zuwachs an Mitgliedern erlangt haben, in der Entwicklung zurückgeblieben sei, so könne das nur auf den Umstand zurückgeführt werden, daß keine genügende Agitation betrieben worden sei, man vielmehr in erster Linie dem Unterstützungswesen seine Aufmerksamkeit sowie einen erheblichen Teil der Mittel zugewandt habe. In anderen Gewerkschaften werde ein bedeutend größerer Teil der Ein-

nahmen für die Agitation verwendet wie im Verbands der Porzellanarbeiter. Jetzt habe der Hauptvorstand in Berlin fast ganz allein die Agitation für den Verband zu betreiben. Es beständen ja Agitationskommissionen in den verschiedenen Bezirken, aber sie könnten ihrer Aufgabe nicht gerecht werden, weil sie die Agitation neben ihren Berufsarbeiten zu besorgen haben und auch Maßregelungen zu befechtigen seien, wenn sie sich im Dienste der Organisation bemerkbar machen. Aus diesen Gründen empfahl der Redner die Anstellung besoldeter Gauzeleiter. Die Kosten, welche diese Einrichtung verursache, würden reichlich eingebracht werden durch die vermehrten Einnahmen, welche durch die Beiträge der Mitglieder erlangt werden, die der angestellte Agitator gewinnt.

Der Verbandsvorsitzende **Wollmann** trat dem Standpunkt des Referenten entgegen. Man dürfe nicht glauben, daß eine Einrichtung, die sich in anderen Gewerkschaften bewährt habe, ohne weiteres auch für den Verband der Porzellanarbeiter empfehlenswert sei. In der Porzellanindustrie lägen die Verhältnisse doch anders wie in manchem anderen Beruf. Hier habe man zu rechnen mit einer Arbeiterkastei, die in großer Abhängigkeit vom Unternehmer stehe, besonders deshalb, weil es sich vielfach um kleine Orte handle, wo der Verlust der Arbeit gleichbedeutend sei mit der Auswanderung aus dem Orte. Die verheirateten Arbeiter, die sich ihre Stelle erhalten wollen, scheuen sich, der Organisation beizutreten, weil sie wissen, daß sie anderenfalls gemahregelt werden. Bei einer solchen Arbeiterkastei könne auch der besoldete Gauzeleiter keinen besonderen Erfolg erzielen. Andere Gewerkschaften hätten auch die Gauzeleiter nicht nur für die Agitation, sondern auch zur Erledigung von Verwaltungsarbeiten. Für diesen Zweck bedürfe aber der Porzellanarbeiter-Verband der Gauzeleiter nicht, denn die Verwaltungsarbeiten würden schon unter den jetzigen Verhältnissen in befriedigender Weise erledigt. Was dem Vorsitzenden der Porzellanarbeiter-Organisation entgegenstehe, das seien in erster Linie die wirtschaftlichen Verhältnisse, besonders die Gegnerschaft der Unternehmer gegen die Organisation der Arbeiter. Es seien jedoch Anzeichen vorhanden, die dafür sprächen, daß es in dieser Hinsicht besser werde. Die Unternehmer würden die Macht der Arbeiterorganisation kennen lernen und das Koalitionsrecht respektieren. Es sei jetzt besonders dahin zu wirken, daß auch die Arbeiterinnen der Organisation zugeführt werden. Dem stehe heute noch oft die Auffassung der männlichen Arbeiter entgegen, die die weiblichen Kollegen nicht immer als gleichberechtigt anerkennen. Der Verbandsvorstand empfehle die Anstellung einer weiblichen Hilfskraft im Verbandsbureau, die wenn möglich aus den Reihen der Berufsgenossinnen zu nehmen sei und für die Agitation unter den Arbeiterinnen im Beruf herangebildet werden solle. Von dieser Anstellung verspreche sich der Vorstand mehr Erfolg wie von den Gauzeleitern.

Die Diskussion über die Agitation drehte sich fast ausschließlich um die Frage der anzustellenden Gauzeleiter und war am Schluß der Sitzung noch nicht beendet.

Im Laufe der Sitzung erschien der Kollege **Zillet** als Vertreter der französischen Porzellanarbeiter. Er wurde vom Vorsitzenden herzlich begrüßt. **Zillet** dankte für den freundlichen Empfang und sprach die Erwartung aus, daß die Zeit nicht mehr fern sein werde, wo die Berufsgenossen aller Länder, unter einem Banner geeint, den Kampf gegen das Unternehmertum führen werden.

Auch **Andersen**, der Vertreter der dänischen Berufsgenossen, brachte seinen deutschen Kollegen die Grüße seiner Auftraggeber dar und gab dem internationalen Empfinden in warmen Worten Ausdruck.

Verbandstag der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Halle, 13. Juni.

Ueber die Einführung einer **Erwerbslosen**-Unterstützung und einer **Beitragsstaffel** referierten **Herzmann** und **Schulze** - Leipzig. Während die Referenten die Einführung der Beitragsstaffel empfahlen, wird die Erwerbslosen-Unterstützung für den Verband von 8000 Mitgliedern als eine fragwürdige Manipulation bezeichnet. Die Generalversammlung lehnt die Erwerbslosen-Unterstützung mit 36 gegen 12 Stimmen ab, erklärt sich aber mit großer Majorität für Einführung einer **Kranken**-Unterstützung und der Beitragsstaffel. Wäher ist ein einheitlicher Beitrag von 20 Pfennig pro Woche gegahlt worden. Dafür hat der Verband Arbeitslosen-Unterstützung, Rechtschutz usw. Ueber den Punkt **Presse** referierte **Renke** - Hannover. Er erwähnt, daß die Leiterin des Verbandes, **Genossin Thiede**, auch das Jahrganz „Solidarität“ redigiert. **Frau Thiede** hat mit Rücksicht darauf, daß der Verband feinerzeit finanziell sehr schwach dastand, beide Kosten bei einem Jahresgehalt von 600 M. übernommen; wahrlich ein gutes Zeichen von Solidarität und ein Gegenstück zu der Behauptung gewisser Leute, die Vertreter der Arbeiterinnen „mähten“ sich von Arbeitergroßen. Da der Posten eine Arbeitskraft voll in Anspruch nimmt, liegen Anträge auf Erhöhung des Gehalts vor. Die weitere Tagung beschäftigte sich mit inneren Verbandsangelegenheiten. Die Beitragsstaffel wird wie folgt festgesetzt: erste Klasse, bis 10 M. Wochenlohn 20 Pf. Beitrag; zweite Klasse, 10 bis 15 M. Wochenlohn 25 Pf. Beitrag; dritte Klasse, über 15 M. Wochenlohn 30 Pf. Beitrag. Ein Antrag, die Redaktion von der Verbandsleitung zu trennen, wurde abgelehnt. **Frau Thiede** wurde als Verbandsleiterin und Redakteurin bei den einzigen Stimmenthaltungen einstimmig wiedergewählt und künftig mit 1800 M. Jahresgehalt besoldet. Der Kassierer **Podahil** - Berlin erhält künftig eine Jahresentschädigung von 500 M., die Schriftführerin 75 M. und der stellvertretende Vorsitzende 100 M. Die Statutenberatung nimmt eine geraume Zeit in Anspruch. An Maßregelungen-Unterstützung werden zwei Drittel des vorher bezogenen Lohnes gezahlt. — Im Laufe der Verhandlung wurde die Mitteilung gemacht, daß der Vertreter der Firma **Grünbaum** in Kassel — dort freisten 20 Personen — nach Berlin

gefahren ist, um mit **Frau Thiede** zu verhandeln, obwohl der Herr es vordem abgelehnt hatte, wegen des Streiks mit der Zentralvorstehenden in Unterhandlungen zu treten. **Kumme** scheint aber dem Herrn doch eine Verständigung bringen erwünscht und er hat vom Herrn aus telegraphisch um eine Unterredung mit der Zentralvorstehenden. Da der Herr feinerzeit „nicht geneigt“ war, sich in Kassel sprechen zu lassen, wurde er nunmehr auf Wunsch der Generalversammlung ersucht, nach Halle zu kommen. — Die Statutenberatung wurde in einer Abend Sitzung, die bis nach 9 Uhr dauerte, erledigt. Dann wurde die dritte Generalversammlung nach dem Schluß- und Abschiedsworten der Verhandlungsleitung geschlossen.

Aus Industrie und Handel.

Schweden und Norwegen.

Die Entlassung des Königs **Oskar Bernadotte** aus nordwestlichen Diensten hat an den deutschen Börsen auf die Anleihen der beiden Länder keinerlei Einfluß ausgeübt. Die norwegischen Anleihen wurden seit geraumer Zeit überhaupt nicht notiert, die schwedischen haben nur geringfügige Ausschwanungen erfahren. In Deutschland ist nur ein Teil der Anleihen dieser beiden Länder eingeführt, während der Hauptmarkt dafür London und Paris ist. Die schwedische Staatsschuld belief sich nach einer Aufstellung, die wir der „Fisk. Ztg.“ entnehmen, am 1. Januar 1904 insgesamt auf Kr. 345,21 Millionen (1 Krone = 1,25 M.), wovon Kronen 48,81 Millionen 3,6 prozentige innere, die übrigen 3 1/2 prozentige und 4 prozentige ausländische Anleihen, teilweise aus dem letzten Jahrzehnt. Die Bevölkerungszahl Schwedens betrug nach der Zählung von Ende 1903 5,24 Millionen oder 12 auf 1 Quadratkilometer. Sein Budget für 1905 balanziert in Ordinarium und Extraordinarium mit 177,23 Millionen Kronen, wovon für Arme und Marine 77,15 Millionen Kronen auszugeben waren. Die norwegische Staatsschuld belief sich am 31. März 1903 auf den relativ ziemlich hohen Betrag von 259,86 Millionen Kronen, wovon der bei weitem größte Teil aus den letzten Jahren, hauptsächlich für Eisenbahnzwecke aufgenommen; der Nominalwert der Eisenbahnen in Betrieb wird mit 202,54 Millionen beziffert. Die Einwohnerzahl Norwegens beträgt nur 2,24 Millionen oder 7 auf 1 Quadratkilometer. Sein Budget für 1902/03 bilanziert mit 102,54 Millionen Kronen, wobei von den Ausgaben für Arme und Marine 25,52 Millionen Kronen angelegt waren.

Auch während der Union bestand keine gemeinsame Finanzverwaltung, nur wurden bisher einzelne Verwaltungen zusammen besprochen. Für einzelne Verwaltungsgebiete dürften geringe Verschleudungen der Ausgaben für das eine oder das andere Land eintreten. Für Norwegen wird die Trennung nach der zu erwartenden Anerkennung seiner Selbständigkeit sicherlich auch wirtschaftlich nicht ungünstig wirken.

Graf Schaffgotsch läßt sich gründen! Unsere Feudalherren machen der modernen Zeit doch Konzessionen — sie lassen sich „gründen“. Nachdem vor einigen Wochen der Riesenbesitz des Herzogs von Hjest in eine Aktiengesellschaft umgewandelt wurde, strebt jetzt Graf Schaffgotsch dem gleichen Vorzwecke zu. Nach Meldung der „Westf. Ztg.“ bestehen Vorsehungen, die im gräflich Schaffgotschen Besitz befindlichen industriellen Werke, wozu auch die Kohlengrube **Konsolidierte Paulus-Hohenzollern**, eine der größten Gruben **Obereschlensien**, gehört, in eine Aktiengesellschaft umzuwandeln. Der Hochadel kann selbst Vorurteile überwinden, wenn es nur rentabel ist.

Der **Equitable-Standard** scheint seine „Erledigung“ gefunden zu haben. Aus New York wird gemeldet, daß **Hyde** seinen Aktienbesitz für 4 Millionen Dollar an ein Syndikat unter Führung von **Thomas Agar** verkauft hat, der zu der führenden Clique der Geldmänner der konkurrierenden **Mutual Life Insurance Company** gehört. **Hyde** hat sich sehr teuer auslaufen lassen. Der Kaufpreis, den er für seine **Equitable**-Aktien erhielt, steht in keinem Verhältnis zu der Rente, die er bisher aus ihnen erzielte. Alle Direktoren der Gesellschaft sind zurückgetreten. Die verkauften Aktien **Hydes** sollen in den Generalversammlungen in Zukunft nicht durch die neuen Besitzer vertreten werden, sondern durch ein Komitee, das die Interessen der Versicherten wahrnehmen soll.

Eingegangene Druckchriften.

Der **„Wahre Jakob“** hat (oben die 12. Nummer seines 22. Jahrganges erschienen lassen. Aus dem Inhalt derselben erwähnen wir die farbigen Bilder **Die rote Hama** wider die **Prophetenrepublik** und **Weltpolitik**, sowie die Illustrationen **Von den Jubeltagen**, **Und Saarabien**, **Ammerloh**, **Nikolaus im Palast**, **Die Kasse des verletzten Schamgahls**, **Humanitätsduselei**, **Wer hat den Ruten?**, **Der gewissenhafte Schurmann**, **Petrus und die Hereros** und **In schwerer Bedrängnis**. Der textliche Teil der Nummer bringt die Gedichte **Hammonias Bansen**, **Der Amokläufer**, **Frühmorgenszeit**, **Die mörderische Tabakdose**, **In Parole-Selo**, **Schlimme Zeiten**, **Welthersehni** und außer zahlreichen kleineren Beiträgen noch die größeren **Jubiläum**, **Das Jubelgerode**, **„A. Armin-Schnodderheim** an v. **Selow-Platzburg** und **Viet Siamulds Entdeckung**. Ferner bringt die Nummer ein Porträt von **Iwan Kraljick**, der am 23. Mai hingerichtet wurde, weil er am 17. Februar das Attentat auf den Großfürsten **Sergius** von Rußland verübte. Der Preis der zwölf Seiten starken Nummer ist 10 Pf.

Zur **Geschichte der deutschen Fabrikgesetzgebung**. Der erste sozialpolitische Versuch in einem deutschen Parlament. Von **H. A. Buch**, bairischer Landtags-Abgeordneter. 1877. Kammerverhandlung zu seiner Aktion betreffend die Fabrikgesetzgebung. Vorwort von **U. Ged.**, Selbstwort von **H. Buch**. 41 Seiten. Preis 40 Pf. Verlag U. Ged. in Offenbach.

Der **Bericht über den III. Parteitag der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei** Rußlands ist im Verlage von **G. Dirl u. Co.** in München zum Preise von 20 Pf. erschienen.

Briefkasten der Redaktion.

H. H. Wir sind leider nicht imstande, Ihnen im Briefkasten die vielen Firmen namhaft zu machen.



Sunlight Seife

Wenn die Hausfrau darauf besteht, daß nur Sunlight Seife für ihre Wäsche zur Verwendung kommt, dann hat sie nie Anlaß, über vorzeitiges Abwähen des häuslichen Innenraumes zu trauern! — Wenn die Wäscherin nur Sunlight Seife benützt, so hat sie nie Ursache, über aufgeriebene, schmerzende Hände zu klagen! Sunlight Seife ist konzentrierte Seife, sie löst allen Schmutz reinig und allein durch ihr ureigenes Reinigungsvermögen. Zum Waschen ist nur wenig Seife erforderlich, weil sie sich leicht über große Flächen verteilt; deshalb bedingt sie auch nur geringe körperliche Anstrengung. Sunlight Seife ist anerkannt das druckbar billigste Waschmittel. Die Fabrik übernimmt jede Garantie, daß ihr Fabrikat frei von jeglichen schädlichen Bestandteilen ist.

Die blau-gelben Bändchen

mit größter Sorgfalt ausgewählt. Sie zeichnen sich durch spannende, das Interesse des Lesers fesselnde Handlung aus. Das Unternehmen der Sunlight Verlagsanstalt hat nichts gemein mit jenen auf niedrigstem geistigen Niveau stehenden Erzeugnissen literarischer Lüsterheit! Im Gegenteil wird es guten Geschmacks nur zu fördern und gesundes, vornehmeres Urteil im Volke zu stärken berufen sein. Die Romane werden kostenlos und portofrei den Konsumenten von Sunlight Seife zugestellt. Bezugsbedingungen sind aus der jedem Paket Sunlight Seife beigegebenen Erklärung zu ersehen.

der Sunlight Roman-Bibliothek sind auf dem deutschen Büchermarkt eine bleibende Institution geworden und haben sich beim lesenden Publikum und namentlich im Familienkreise ungeteilte Anerkennung erworben. Die einzelnen Romane, Originalwerke erster deutscher Schriftsteller, sind in Anerkennung erworben. Das Unternehmen der Sunlight Verlagsanstalt hat nichts gemein mit jenen auf niedrigstem geistigen Niveau stehenden Erzeugnissen literarischer Lüsterheit! Im Gegenteil wird es guten Geschmacks nur zu fördern und gesundes, vornehmeres Urteil im Volke zu stärken berufen sein. Die Romane werden kostenlos und portofrei den Konsumenten von Sunlight Seife zugestellt. Bezugsbedingungen sind aus der jedem Paket Sunlight Seife beigegebenen Erklärung zu ersehen.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Donnerstag, den 15. Juni.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Berliner. Ill.
Deutsches. Der Privatdozent.
Anfang 8 Uhr:
Westen. Der Strohmeyer.
Neben. Der Familientag.
Thalia. Die Wollhauer.
Reifen. Die Frau vom Meer.
Schiller O. (Ballner-Theater.)
Das Heiratsnest.
Schiller N. (Friedrich-Wilhelm-
städtisches Theater.) Meine
Schwiegerelster.
Zentral. Al-Deidelberg.
Kleines. Abschied vom Regiment.
Angele.
National. Frisco.
Lustspielhaus. Biederleute.
Carl Weiß. Wahre Liebe.
Welle Alliance. Madame Hip-Hop.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Spezialitäten.
Herrnselb-Theater. Winter-Tymian-
Sänger.
Apollo. Am Hochzeitabend.
Spezialitäten.
Wintergarten. Harry Allister.
Spezialitäten.
Passage-Theater. General-Konful.
Jean Paul. Spezialitäten.
Metropol. Die Herren von Maxim.
Urania. Louisastraße 48/49.
Die deutsche Nordseeküste.
Zuvaldenstraße 57/62. Stern-
warte. Täglich geöffnet von 7
bis 11 Uhr.

Neues Theater.
Ensemble-Gastspiel d. Lustspielhauses.
Sommerpreise.
Täglich:
Der Familientag.
Anfang 8 Uhr:

Kleines Theater
Anfang 8 Uhr.
Angele.
Vorher: Abschied vom Regiment.
Freitag: Salome.
Sonnabend: Nachtsyl.
Sonntag: Des Pastors Rieke.

WOLZOGEN-OPER
THALIA-THEATER.
Novität! Zum 2. Male: Novität!
DIE PFAHLBAUER.
Komische Oper in drei Auf-
zügen von Jos. Laufs. Musik
von Wilhelm Freudenberg.
Anfang 8 Uhr:

Neues kgl. Opern-Theater
(Kroll).
Heute geschlossen!
Freitag und folgende Tage:
Der Schnurrbart.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Im Garten täglich:
Großes Garten-Konzert.

Apollo-Theater.
10 bis 10 1/2 Uhr:
Ununterbrochenes, stürmisch-Lachen
über:
**Ein Abend in einem amerik.
Cingel-Cangel.**
Dazu: Hochzeitsabend v. Paul Linde
und die Juni-Spezialitäten.
Ab 7 1/2 Uhr: Garten-Konzert.

Metropol-Theater
Der größte Erfolg der Saison!
Zum 221. Male:
Die Herren von Maxim.
Große Ausstattungsgesellschaft mit
Gesang und Ballett in 5 Bildern.
Anf. 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Residenz-Theater.
Gastspiel von Fr. Albertino Zehmo.
Donnerstag 8 Uhr:
Die Frau vom Meer.
Schauspiel in 5 Akten v. Henrik Ibsen.
Freitag 8 Uhr: Laboremus und
Die Frau am Fenster.

Otto Pritzkows
Abnormitäten-Ausstellung
Münzstr. 16.
Täglich: Das neue Riesen-
Prog. Der leibliche Musikkönig
Fred Rollen. Das größte Wunder
der Musikwelt, zum erstenmal
in Berlin. Mit Anita, total taub-
stumm. Schönheit. Mister Kaplano,
der berühmte taubstumme
Schneid-
meister. Erich v. Dönnert,
der amüsan-
te Zauberkünstler m. neuest.
Tricks. Klein Hona, 485 Pfund
schwer, schwerste Dame, die je gelebt.
Entree 20 Pf.

Urania, Taubenstr. 48/49.
8 Uhr:
Die deutsche Nordseeküste.
Sternwarte Invaliden-
str. 57/62.
P. CASTAN'S
PANOPTICUM.
Friedrichstr. 165.
Kronprinz Wilhelm
Kronprinzessin Cecilie.
Nou! Roschdjestwensky,
der russische Admiral.
Mlle. Vallée, d. 16-jährige
armlose Pulkünstlerin.

ZOOLOGISCHER
GARTEN
Täglich nachm. 5 Uhr:
Militär-Doppel-Konzert.
Eintritt 1 M., ab 6 Uhr 50 Pf.
Kinder unt. 10 Jahren d. Hälfte.

Passage-Panopticum.
Anlässlich der Pfingst-Ferien
bis Donnerstag inkl.:
Volkstage frei!
Alle Neben-Säle
Alle Extra-Vorstellungen.
Alle Ehrenwürdigkeit.
Passage-Theater. Jeden Tag nach-
mittags frei! Jedermann hat das
Recht, ein Kind frei einzuführen.
Jedes Kind erhält ein Geschenk.
Eintritt für alles
inkl. Extra-Kassen 50 Pf.

POMPEJI
täglich
Concert 7, Vorstell. 8 1/2 Uhr
KURFÜRSTENDAMM
Preise der Plätze von 50 Pf. bis 5 Mk.

Carl Weiß-Theater.
Gr. Frankfurterstr. 192.
Wahre Liebe.
Schauspiel in 5 Akten u. einem Vor-
spiel (2 Bilder) von Karg-
Stahr.
Anfang 8 Uhr.
Neben: Dieselbe Vorstellung.
Im Sommergarten: Gr. neues
Juni-Programm. u. a.: Inter-
nationales Damen-Kabarett
u. Eugen Millards, der Liebling
d. Ostens.
Theater u. Konzert. Anfang 5 Uhr.

W. Noacks Theater.
Direktion: Rob. Dill. Brunnenstr. 16.
Schönröschen
aus dem Schenkenviertel.
Bilder aus dem Berliner Volksleben.
Karl Groth! Opernduett Komaromy!
Annie Schrader, Fischer, Franconi.
Anfang 7 Uhr. Entree 30 Pf.

Bernhard Rose-Theater
Gesundbrunnen, Badstraße 58.
Heute: Großer Elfentag.
Paul Coradini. || Marka Freya.
Seltmann u. Punch X Los Ormays
Satanella Trio X Johnko Compagnie
sowie das Ausstattungsgesell.
Die Loreley.
Anf. 4 1/2 Uhr. Entree 30, Sperrl. 50 Pf.
Fröbels Allerlei-Theater
(früher Bühmann)
Schönhäuser Allee Nr. 148.
Täglich:
Großes Garten-Konzert.
Theater, Spezialitäten.
20 erstklassige Nummern 20.
Arbeit schändet nicht,
Volksstad in 3 Akten.
Anfang 4 1/2 Uhr.

Schweizer-Garten.
Am Königstor. Am Friedrichshain.
Täglich
Theater-Vorstellung
◆ Neue Spezialitäten. ◆
Volksbelustigungen u. Ball.
Zum Schluss:
Der Ballett-Duett.
Große Besetzung mit Gesang in 2 Ak-
ten von G. Basse.

Ostbahn-Park.
Am Köpenickerplatz, Rüdersdorferstr. 71.
Hermann Imbs.
Täglich:
Gr. Konzert, Theater
und **Spezialitäten-**
Vorstellung.
Entree 15 Pf., wofür ein Glas Bier
beigebührt wird, also kein Entree.

o. Schiller-Theater Friedrich-Wilhelm-
städtisches Theater.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Das Heiratsnest.
Lustspiel in 3 Akten v. Gustav David.
Freitag, abends 8 Uhr:
Die Logenbrüder.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Eröffnung der Romm-Oper.
Zum 10. Male: Der polnische Jude.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Meine Schwiegertochter.
Lustspiel in 3 Akten von F. Carre
und H. Hübsch.
Freitag, abends 8 Uhr:
Das Heiratsnest.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Zum erstenmal: **Hofgunst.**
Im Garten tägl.: Gr. Militär-Konzert.

Freie Volksbühne
Sonnabend, den 24. Juni, pünktlich 9 Uhr,
im Gewerkschaftshaus:
Ordner-Sitzung.
Das Erscheinen aller Ordner ist nötig.
Alle diejenigen Mitglieder, welche auch in der
nächsten Saison dem Verein angehören wollen, müssen
eine diesbezügliche Erklärung und die Mitgliedskarten
spätestens am 12. Juni in ihrer Zahlstelle abgegeben haben.
Spätere Meldungen können nur berücksichtigt werden,
soweit in den betreffenden Abteilungen Raum vorhanden
ist, auch müssen Beitragsreste bis zu diesem Termin re-
guliert sein.
Gleichen sind in den Monaten Juni, Juli alle Um-
schreibungen in eine andere Zahlstelle zu bewirken.
Die alten Mitgliedskarten müssen in der bisherigen Zahl-
stelle abgegeben und dort gegen eine neue Karte eingetauscht
werden. Der Termin der Kartenausgabe wird noch im
„Vorwärts“ bekannt gemacht.
229/5
Der Vorstand. I. A.: G. Winkler.

Max Kliems Sommer-Theater
Hasenheide 13-15. Artistiche Leitung: Paul Milbitz.
Täglich: Gr. Konzert, Theater und
Spezialitäten-Vorstellung.
Jeden Donnerstag: **Elite-Tag.**
Fernsprecher IV. 8891. Max Klem.

Landschinken a Pfd. 1,00
Delikatesschinken 1,10
Speck, mager 0,75
fetter 0,70
Salami, weiche 0,95
harte 1,15
weiche 1,25
Thüringer 1,45
Salami, weiche 0,95
Sämtliche Wurstwaren bei Entnahme von 5 Pfund pro
Pfund fünf Pfennig billiger.
Ernst Klähn, Filiale: Oranien-Strasse Nr. 154.

Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Biederleute.
Freitag: Biederleute. Sonnabend
zum erstenmal: Kyritz-Pyritz. Son-
ntag und Montag: Kyritz-Pyritz.
Sommerpreise.
Diez' Spezialitäten-Theater.
Landsberger Allee 76/79,
direkt an der Ringbahnstation, bequeme
Zugverbindung n. a. St. Abfahrten.
Ob schön! Ob Regen!
Täglich
Im herrlichen Garten dort Saal:
Konzert u. Vorstellung.
Das größte und beste Programm
Berlins.
40 erstklassige Nummern.
Bleekwund-Truppe.
Stuntfahrer, 5 Personen.
Sy?? Sy??
Die Entstehung zweier Damen aus
dem Nichts sowie neu die mysteriöse
Hängematte.
The Noranas
mit 40 Akrobatik, Capagines u.
Original Molly Verch, Lilly Duran.
Original Robert u. Bertram. Original
Kannert-Stange
und viele Kunstkapazitäten.
Volksbelustigungen aller Art.
Entree 30 Pf. Jeder Erwachsene hat
das Recht, ein Kind unter 10 Jahren
frei einzuführen, ältere Kinder zahlen
halben Eintrittspreis.

Reichshallen.
Stettiner Sänger.
Unsere süßen
Dienstmäd-
chen.
Süßeste von Neapel.
Anf. 8 Uhr.
Sonntags
7 Uhr.
Neue Welt
Hasenheide 108/114. Arnold Scholz
Jeden Donnerstag:
Elite-Tag!
Militär-Konzert
Gala-Spezialitäten-Vorstellung.
Das großartige Juni-Programm.
Anf. 5 Uhr. Entree 25 Pf.

Etablissement Buggenhagen
Moritzplatz.
Täglich von 12-4 Uhr: Mittagstisch.
Der große Naturgarten ist
geöffnet.
Täglich:
Streich-Konzert.
Ricardo Munez.

Prater-Theater
Kastanien-Allee 7-9.
Täglich:
Zwischen Himmel und Erde.
Gr. romantisch. Ausstattungsgesell.
Neue Dekorationen und Kostüme.
Eine schreckliche Nacht.
Große Antoinette der Gaitano
Theatertruppe.
Im Saale: **Großer Ball.**
Anfang 4 Uhr. Eintritt 30 Pf.
Rumercenter Platz 50 Pf.

Hygienische
Bedarfsartikel. Neuester Katalog
m. Empf. viel. Bezugs. Prof. gen. u. fr.
H. Unger, Gummiwarenfabrik,
Berlin NW., Friedrichstr. 91/92.

Sozialdemokrat. Wahlverein
I. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis.
Osten. Stadtbl. 174.
Todes-Anzeige.
Am 9. d. Mts. verstarb infolge
eines Betriebsunfalles unser Mit-
glied, der Zimmerer
Wilhelm Günther
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Freitag, nachmittags 4 Uhr, von
der Leichenhalle der Andreas-
Kirche in Wilhelmshagen aus
statt.
Um zahlreiche Beteiligung bitten
243/20
Der Vorstand.

Zentral-Verband
d. Zimmerer Deutschlands.
Zahlstelle Berlin und Umg.
Bezirk 4.
Allen Mitgliedern zur Nachricht,
dass unser langjähriges Mitglied
Wilhelm Günther
infolge eines Unglücksfalles am
Freitag plötzlich verstorben ist.
Die Beerdigung findet Freitag,
den 16. d. Mts., nachmittags 4 Uhr
von der Leichenhalle des St. An-
dreas-Kirchhofes in Hohen-Schön-
hausen, Berlinerstr. 33, aus statt.
Um recht rege Beteiligung erucht
255/1
Der Vorstand.

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse
der Zimmerer.
(Centrale Verwaltungsstelle
Bezirk 3.)
Den Mitgliedern zur Nachricht,
dass unser Mitglied
Wilhelm Günther
infolge eines Betriebsunfalles verstorben
ist.
Die Beerdigung findet Freitag,
nachmittags 4 Uhr von der Leichen-
halle des Andreas-Kirchhofes in
Wilhelmshagen aus statt.
Um recht rege Beteiligung er-
ucht
Der Vorstand.

Allen Genossen, Freunden und
Bekanntem die traurige Nachricht,
dass mein lieber Sohn
Paul Barth
an der Lungenentzündung ver-
storben ist. 34762
Die trauernde Mutter, Geschwister,
Schwager und Schwägerin.

Sozialdemokratisch. Wahlverein
für den
6. Berliner Reichstagswahlkreis.
Todes-Anzeige.
Am 13. d. Mts. verstarb unser
Mitglied, der Schlosser
Paul Barth,
Berichtstr. 74.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Donnerstag, nachmittags 5 Uhr,
vom Trauerhause aus nach dem
Dankes-Kirchhof (Wansee) statt.
Um zahlreiche Beteiligung erucht
248/5
Der Vorstand.

Nachruf.
Am 8. d. Mts. verstarb unser
Mitglied, der Stallfährer
Oskar Baar,
Grenzstr. 4,
und wurde am Sonntag, den
11. d. Mts., auf dem Dankes-
Kirchhof beerdigt.
Ehre seinem Andenken!
Der Vorstand.

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse
der deutschen Wagenbauer.
Berlin, Bezirk 5.
Am 13. Juni 1905 verstarb
unser Mitglied, der Schlosser
Paul Barth
im Alter von 45 Jahren an
Lungenentzündung.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 15. d. Mts., nach-
mittags 5 Uhr, vom Trauerhause
Berichtstr. 74 aus nach dem
Dankes-Kirchhof in Weindendorf,
Wansee, statt.
Um recht zahlreiche Beteiligung
erucht
253/7
Die Ortsverwaltung
Berlin 5.

Dankfagung.
Eagen allen Freunden und Be-
kann-
ten, sowie dem Sozialdemo-
kratischen Wahlverein Straus, dem
Verband der Glasarbeiter Deutsch-
lands (Filiale Straus) und seinen
Kollegen, den Plegern und Schwestern
der Straus-Glasfabrik für die rege
Teilnahme und die zahlreiche Kranz-
spende bei der Beerdigung meines
lieben Mannes und unseres guten
Vaters unseren herzlichsten Dank.
Die trauernde Witwe
34768
F. Zacharias nebst Kindern.

Sozialdemokratisch. Wahlverein
Waidmannslust u. Umgegend.
Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
dass unser langjähriges Mitglied,
der Maurer
Albert Paul
(Bezirk Stolpe)
nach langem, schwerem Leiden am
10. d. Mts. verstorben ist.
Wir verlieren in ihm einen
braven, tüchtigen Genossen, sein
Andenken werden wir stets in
Ehren halten.
222/9
Der Vorstand.

Verband der Schneider und
Schneiderinnen und verwandten
Berufsgenossen Deutschlands.
(Filiale Berlin.)
Todes Anzeig.
Am 2. Pfingstfesttage (nach
langem schwerem Leiden) unser
Mitglied
August Krüger
(Schützenstr. 31)
im 30. Lebensjahre.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute,
Donnerstag, nachmittags 4 Uhr,
vom Kranenhaus am Urban
aus nach dem Friedhofe der
Jerusalem-Gemeinde in Alig-
dorf, Hermannstraße, statt.
163/17
Die Ortsverwaltung.

Deutscher
Holzarbeiter-Verband.
Nachruf!
Den Mitgliedern zur Nachricht,
dass der Kollege
Richard Heinrich
am 10. Juni verstorben ist und
am 13. Juni zur letzten Ruhe
gebettet wurde.
Ehre seinem Andenken!
87/2
Die Ortsverwaltung.

Dankfagung.
Für die rege Beteiligung bei der
Beerdigung meines lieben Mannes
sage ich hiermit allen Verwandten
und Bekannten sowie Freunden
und Gästen meinen herzlichsten Dank.
Anna Dillenberg,
Witwe.
12/8

Victoria-Brauerei
Lützowstr. 111/112.
Täglich:
Horst's
Sänger.
Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.

Für
Reste
und
Confection
Bedeutende Preisermäßigung
Günstige Gelegenheit
sehr billig seinen Bedarf
zu decken.
C. Pelz,
Kottbuser
Straße 4.

Alle Wanzen
werden nebst Brut durch mein Mittel
vollständig vertilgt. — Fl. 50 Pf. u.
1,00. — Ebenso Schnaben, Kricken,
Franzosen, Blattläuse etc. Schachtel
30 Pf., 60 Pf. u. 1,00. 33292*

1000 Mark Belohnung
zahle demjenigen, der mir einen
Nichtersfolg nachweist. Star allein acht
bei **Hugo Barth,** Drogerie,
jetzt Brunnenstr. 14, früher Nr. 18.

Kranz- und Blumenbinderei
von **Robert Meyer,**
u. n. r. **Mariannen-Str. 2.**
Bezugs-Kränze, Palmen- u. Blumen-
Arrangements, Bouquets, Girlanden
u. s. w. werden fein u. preiswert gefertigt

Kranz- u. Blumenbinderei
von **H. Eckert,**
98. Kottbuser Damm 98.
Zahn-Klinik. besteigige Teil-
zahlung.
Invaliden-
straße 145.
Olga Jacobson,
J. Baer
Ecke
Badstr. 26, Prinz-Allee
Harden und Knab-
Morgen. Berufslehre.
Elegante Einsegnungs-
Anzüge.
Großes Lager in- und
ausländischer Stoffe
zur Anfertigung nach Maß.
Alterbilligste, strang feste Preise.
Elektromotoren-Anlagen. Ingenieur
J. Freund Jr., Gitschinerstr. 109a.

Der siebente Bundesturntag

des Arbeiter-Turnerbundes tagte am 11., 12. und 13. Juni 1905 zu Berlin.

Dem Volke gilt, während wir zu spielen scheinen! Dieser Wahrspruch prangte in riesigen Lettern im großen Saal der „Neuen Welt“.

Der Sonntagmorgen fand bereits um 7 Uhr die Delegierten zu einer geschäftlichen Vorbesprechung vereint, welche bis 10 Uhr währte.

Verhandlungen

Es sind erschienen 14 Verwaltungs- resp. Vorstandspersonen, 13 Kreis- und 32 Bezirksvertreter sowie 135 Vereinsdelegierten.

Aus den Berichten des Bundesvorsitzenden Mauer-Gera und des Geschäftsführers Siedersleben-Leipzig war zu entnehmen, daß der Arbeiter-Turnerbund in 14 Kreisen und zwei kreislosen Bezirken 828 Vereine mit 65 673 Angehörigen und 5760 Schülern zählt.

Der Geschäftsbericht verzeichnete 13 650 Eingänge und 30 354 Ausgänge. Das Organ des Bundes, „Die Arbeiter-Turnzeitung“ erscheint 14-tägig in einer Auflage von 42 000 Exemplaren.

Über den Geschäftsbericht entspannen sich äußerst lebhaft Debatten. Nachdem eine gewählte sechsmitgliedrige Kommission sämtliche vorliegenden Klassen- und Geschäftsbücher noch einmal einer Durchsicht unterzogen und darüber berichtet, wurden die erstatteten Berichte gutgeheißen.

100 000 Flugblätter

und 25 000 Agitationsnummern der „Arbeiter-Turnzeitung“ entsprochen. Für einen verunglückten Turngenossen sind freiwillige Spenden in Höhe von 5707 M. eingelaufen.

Über den Geschäftsbericht entspannen sich äußerst lebhaft Debatten. Nachdem eine gewählte sechsmitgliedrige Kommission sämtliche vorliegenden Klassen- und Geschäftsbücher noch einmal einer Durchsicht unterzogen und darüber berichtet, wurden die erstatteten Berichte gutgeheißen.

Einige der schönsten und höchsten Aufgaben des Arbeiter-Turnerbundes ist die Pflege des Jugendturnens. Da nun die staatlichen wie kommunalen Behörden, um dieses Turnen der Jugend in unseren Reihen zu verhindern, alle möglichen Mittel anzuwenden, als da sind: Nichtbewilligung bezw. Entziehung von Schulturnhallen und Plätzen, Bedrohung der Schüler mit körperlicher Bestrafung, Strafandrohungen gegen die Leiter der Schülerabteilungen, Strafmandate gegen die Eltern der turnenden Schüler, beauftragt der 7. Bundesturntag den Bundesvorstand, den ersten ihm zugehenden Fall eines Strafmandats bis zur ephemerischen richterlichen Entscheidung zu bringen.

Nachdem der Vertreter der tschecho-slawischen Arbeiter, Dr. Popper-Prag in wirtungsvoller Rede die Notwendigkeit der Gründung böhmischer Vereine bewiesen, wurde dem Antrage seiner Mandatäre entprochen und die böhmischen Vereine als 14. Kreis dem Arbeiter-Turnerbunde angegliedert, ebenso wurde ihnen für ihre in tschechischer Sprache erscheinende Zeitung eine Subvention bewilligt.

Aus dem Berichte der einzelnen Kommissionen war zu entnehmen, daß das Verhältnis mit dem bisherigen Drucker der „Arbeiter-Turnzeitung“ unhaltbar geworden war, und der Vorstand hatte, entsprechend einem früheren Beschlusse, von Leipzig, Dessau, Dresden und Berlin diesbezügliche Kalkulationen vorgelegt.

Bewaltung in Leipzig

Um den Bund turnerisch besser als bisher ausbauen zu können, wurde die Anstellung eines technischen Leiters beschlossen, dem in erster Linie die Bearbeitung des technischen Teiles der „Turnzeitung“ und Förderung eines Handbuchs obliegt.

Durch die Verschmelzung von Redakteur und Vorsitzendem erhielt der Vorstand eine andere Zusammensetzung. Er besteht jetzt aus dem Vorsitzenden-Redakteur Frey-Leipzig, dem Geschäftsführer Siedersleben-Leipzig, dem zu wählenden technischen Leiter und vier Beisitzern, welche am Orte des Bundesfestes gewählt werden.

Die Statutänderungsanträge, welche teilweise von sehr einschneidender Bedeutung waren, wurden, um Zeit zu gewinnen, dem neuen Vorstand zur Ausarbeitung und Berücksichtigung überwiesen.

Ein heftigen Kampf brachte der Punkt Wettturnordnung mit sich. Die Frage war wohl die brennendste. Standen sich doch hier die schroffen Gegensätze gegeneinander.

Der Harburger Turntag hatte das Verbot jeglichen Wettturnens erlassen. Da dies von vielen Seiten als ein wesentlicher Hemmschuh in der Entwicklung der einzelnen Vereine und analog dessen auch des Bundes betrachtet wurde, so lagen hierzu die verschiedenartigsten Anträge vor.

Der Turntag sieht in der Turnkunst eine planmäßige Erziehung des Körpers und des Geistes aller Turner zu freien und gleichen Männern. Einer solchen Erziehung widerspricht jede Begünstigung und jede Auszeichnung einzelner Turner.

Der Turntag sieht in der Turnkunst eine planmäßige Erziehung des Körpers und des Geistes aller Turner zu freien und gleichen Männern. Einer solchen Erziehung widerspricht jede Begünstigung und jede Auszeichnung einzelner Turner.

Der Turntag sieht in der Turnkunst eine planmäßige Erziehung des Körpers und des Geistes aller Turner zu freien und gleichen Männern. Einer solchen Erziehung widerspricht jede Begünstigung und jede Auszeichnung einzelner Turner.

Der Turntag sieht in der Turnkunst eine planmäßige Erziehung des Körpers und des Geistes aller Turner zu freien und gleichen Männern. Einer solchen Erziehung widerspricht jede Begünstigung und jede Auszeichnung einzelner Turner.

Der Turntag sieht in der Turnkunst eine planmäßige Erziehung des Körpers und des Geistes aller Turner zu freien und gleichen Männern. Einer solchen Erziehung widerspricht jede Begünstigung und jede Auszeichnung einzelner Turner.

Der Turntag sieht in der Turnkunst eine planmäßige Erziehung des Körpers und des Geistes aller Turner zu freien und gleichen Männern. Einer solchen Erziehung widerspricht jede Begünstigung und jede Auszeichnung einzelner Turner.

Der Turntag sieht in der Turnkunst eine planmäßige Erziehung des Körpers und des Geistes aller Turner zu freien und gleichen Männern. Einer solchen Erziehung widerspricht jede Begünstigung und jede Auszeichnung einzelner Turner.

Der Turntag sieht in der Turnkunst eine planmäßige Erziehung des Körpers und des Geistes aller Turner zu freien und gleichen Männern. Einer solchen Erziehung widerspricht jede Begünstigung und jede Auszeichnung einzelner Turner.

Der Turntag sieht in der Turnkunst eine planmäßige Erziehung des Körpers und des Geistes aller Turner zu freien und gleichen Männern. Einer solchen Erziehung widerspricht jede Begünstigung und jede Auszeichnung einzelner Turner.

Der Turntag sieht in der Turnkunst eine planmäßige Erziehung des Körpers und des Geistes aller Turner zu freien und gleichen Männern. Einer solchen Erziehung widerspricht jede Begünstigung und jede Auszeichnung einzelner Turner.

turnen von Personen ist, so nämlich ist ein Wettfeiern von Gruppen. Ausgehend von diesem Standpunkt beschließt der Turntag: 1. Jedes Turnen von Preise oder materielle Vorteile ist unzulässig. 2. Jedes Einzel-Wettturnen ist ebenfalls unzulässig. 3. Jedes Turnen mit oder ohne Gerät, sowie jedes Spiel, bei dem die kollektive Arbeit von Gruppen durch Vergleichung mit anderen oder Wertungen von Gruppenleistungen festgesetzt wird, wie z. B. bei Musterreigen und Wettspielen, ist nicht allein zulässig, sondern zu fördern. Prüfungsturnen zum Zweck der Betriebsbeurteilung (Nebenprüfung, Vorturnerprüfung) bleiben ebenfalls zulässig. 4. Der Turntag beauftragt den technischen Ausschuss auf Grund dieser Beschlüsse eine Wettungs-Turnordnung auszuarbeiten.

Beschlossen wurde ferner, das vorhandene Liederbuch

vor Neuauflage einer Revision zu unterziehen. Ebenso soll im Einverständnis mit der Reicherorganisation ein Preisanschreiben für ein neues Bundesplakat erlassen werden, welches dann gewöhnlich zu schägen ist.

Nach dreitägiger Sitzung trat am Dienstagabend gegen 10 Uhr Schluß der Verhandlungen ein, nachdem als Ort für den Bundesturntag 1907 Stuttgart bestimmt war.

Der Bericht der Prekommission, den dann Genosse Kagenstein gab, gipfelte in dem Vorschlag, das bisherige Bundesorgan durch das Wiener Organ „Der Abstinente“ zu ersetzen.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalkasse. Der Wirt des Lokals Köpenicker Hof, Köpenickerstr. 170, hat erklärt, daß er sein Lokal nicht mehr zu Arbeiterveranstaltungen hergeben will.

Berliner Nachrichten.

Vom Deutschen Arbeiter-Abstinenteitag.

Die abstinenten Arbeiter Deutschlands, die vor zwei Jahren sich in dem „Deutschen Arbeiter-Abstinenteiten-Bund“ eine eigene Organisation gaben, haben in den Pfingstfeiertagen in Berlin die erste ordentliche Generalversammlung ihres Bundes abgehalten.

Zum Empfang der Delegierten hatte die Berliner Ortsgruppe des Bundes am Sonnabend einen — natürlich alkoholfreien — Kommerz veranstaltet.

Die vollkommene Abstinenz ist und bleibt eine offene Tür geschaffen. Am Sonntag, mittags um 12, wurde dann die Generalversammlung in Anwesenheit aller 22 Delegierten eröffnet.

Die vollkommene Abstinenz ist und bleibt eine offene Tür geschaffen. Am Sonntag, mittags um 12, wurde dann die Generalversammlung in Anwesenheit aller 22 Delegierten eröffnet.

Die vollkommene Abstinenz ist und bleibt eine offene Tür geschaffen. Am Sonntag, mittags um 12, wurde dann die Generalversammlung in Anwesenheit aller 22 Delegierten eröffnet.

Die vollkommene Abstinenz ist und bleibt eine offene Tür geschaffen. Am Sonntag, mittags um 12, wurde dann die Generalversammlung in Anwesenheit aller 22 Delegierten eröffnet.

Die vollkommene Abstinenz ist und bleibt eine offene Tür geschaffen. Am Sonntag, mittags um 12, wurde dann die Generalversammlung in Anwesenheit aller 22 Delegierten eröffnet.

Die vollkommene Abstinenz ist und bleibt eine offene Tür geschaffen. Am Sonntag, mittags um 12, wurde dann die Generalversammlung in Anwesenheit aller 22 Delegierten eröffnet.

Die vollkommene Abstinenz ist und bleibt eine offene Tür geschaffen. Am Sonntag, mittags um 12, wurde dann die Generalversammlung in Anwesenheit aller 22 Delegierten eröffnet.

Die vollkommene Abstinenz ist und bleibt eine offene Tür geschaffen. Am Sonntag, mittags um 12, wurde dann die Generalversammlung in Anwesenheit aller 22 Delegierten eröffnet.

Die vollkommene Abstinenz ist und bleibt eine offene Tür geschaffen. Am Sonntag, mittags um 12, wurde dann die Generalversammlung in Anwesenheit aller 22 Delegierten eröffnet.

Die vollkommene Abstinenz ist und bleibt eine offene Tür geschaffen. Am Sonntag, mittags um 12, wurde dann die Generalversammlung in Anwesenheit aller 22 Delegierten eröffnet.

Die vollkommene Abstinenz ist und bleibt eine offene Tür geschaffen. Am Sonntag, mittags um 12, wurde dann die Generalversammlung in Anwesenheit aller 22 Delegierten eröffnet.

Die vollkommene Abstinenz ist und bleibt eine offene Tür geschaffen. Am Sonntag, mittags um 12, wurde dann die Generalversammlung in Anwesenheit aller 22 Delegierten eröffnet.

Die vollkommene Abstinenz ist und bleibt eine offene Tür geschaffen. Am Sonntag, mittags um 12, wurde dann die Generalversammlung in Anwesenheit aller 22 Delegierten eröffnet.

Die vollkommene Abstinenz ist und bleibt eine offene Tür geschaffen. Am Sonntag, mittags um 12, wurde dann die Generalversammlung in Anwesenheit aller 22 Delegierten eröffnet.

Die vollkommene Abstinenz ist und bleibt eine offene Tür geschaffen. Am Sonntag, mittags um 12, wurde dann die Generalversammlung in Anwesenheit aller 22 Delegierten eröffnet.

Die vollkommene Abstinenz ist und bleibt eine offene Tür geschaffen. Am Sonntag, mittags um 12, wurde dann die Generalversammlung in Anwesenheit aller 22 Delegierten eröffnet.

Die vollkommene Abstinenz ist und bleibt eine offene Tür geschaffen. Am Sonntag, mittags um 12, wurde dann die Generalversammlung in Anwesenheit aller 22 Delegierten eröffnet.

Die vollkommene Abstinenz ist und bleibt eine offene Tür geschaffen. Am Sonntag, mittags um 12, wurde dann die Generalversammlung in Anwesenheit aller 22 Delegierten eröffnet.

Die Besprechung der Berichte ließ an Gründlichkeit und oft auch an Lebhaftigkeit nichts zu wünschen übrig. Hatte der Empfangsabend gezeigt, daß man auch ohne Alkohol gemütlich sein kann, so lieferten die Debatten am Verhandlungstage den Beweis, daß man auch ohne Alkohol — sehr ungemütlich werden kann.

Über die weiteren Verhandlungen werden wir morgen berichten.

Der Magistrat hat bis jetzt, vorbehaltlich der Zustimmung der Stadtverordneten-Versammlung, 25 Grundstücke im Scheunenviertel freihändig angekauft.

Der Magistrat hat bis jetzt, vorbehaltlich der Zustimmung der Stadtverordneten-Versammlung, 25 Grundstücke im Scheunenviertel freihändig angekauft.

Der Magistrat hat bis jetzt, vorbehaltlich der Zustimmung der Stadtverordneten-Versammlung, 25 Grundstücke im Scheunenviertel freihändig angekauft.

Der Magistrat hat bis jetzt, vorbehaltlich der Zustimmung der Stadtverordneten-Versammlung, 25 Grundstücke im Scheunenviertel freihändig angekauft.

Der Magistrat hat bis jetzt, vorbehaltlich der Zustimmung der Stadtverordneten-Versammlung, 25 Grundstücke im Scheunenviertel freihändig angekauft.

Der Magistrat hat bis jetzt, vorbehaltlich der Zustimmung der Stadtverordneten-Versammlung, 25 Grundstücke im Scheunenviertel freihändig angekauft.

Der Magistrat hat bis jetzt, vorbehaltlich der Zustimmung der Stadtverordneten-Versammlung, 25 Grundstücke im Scheunenviertel freihändig angekauft.

Der Magistrat hat bis jetzt, vorbehaltlich der Zustimmung der Stadtverordneten-Versammlung, 25 Grundstücke im Scheunenviertel freihändig angekauft.

Der Magistrat hat bis jetzt, vorbehaltlich der Zustimmung der Stadtverordneten-Versammlung, 25 Grundstücke im Scheunenviertel freihändig angekauft.

Der Magistrat hat bis jetzt, vorbehaltlich der Zustimmung der Stadtverordneten-Versammlung, 25 Grundstücke im Scheunenviertel freihändig angekauft.

Der Magistrat hat bis jetzt, vorbehaltlich der Zustimmung der Stadtverordneten-Versammlung, 25 Grundstücke im Scheunenviertel freihändig angekauft.

Der Magistrat hat bis jetzt, vorbehaltlich der Zustimmung der Stadtverordneten-Versammlung, 25 Grundstücke im Scheunenviertel freihändig angekauft.

Der Magistrat hat bis jetzt, vorbehaltlich der Zustimmung der Stadtverordneten-Versammlung, 25 Grundstücke im Scheunenviertel freihändig angekauft.

Der Magistrat hat bis jetzt, vorbehaltlich der Zustimmung der Stadtverordneten-Versammlung, 25 Grundstücke im Scheunenviertel freihändig angekauft.

Der Magistrat hat bis jetzt, vorbehaltlich der Zustimmung der Stadtverordneten-Versammlung, 25 Grundstücke im Scheunenviertel freihändig angekauft.

Der Magistrat hat bis jetzt, vorbehaltlich der Zustimmung der Stadtverordneten-Versammlung, 25 Grundstücke im Scheunenviertel freihändig angekauft.

Der Magistrat hat bis jetzt, vorbehaltlich der Zustimmung der Stadtverordneten-Versammlung, 25 Grundstücke im Scheunenviertel freihändig angekauft.

Der Magistrat hat bis jetzt, vorbehaltlich der Zustimmung der Stadtverordneten-Versammlung, 25 Grundstücke im Scheunenviertel freihändig angekauft.

Der Magistrat hat bis jetzt, vorbehaltlich der Zustimmung der Stadtverordneten-Versammlung, 25 Grundstücke im Scheunenviertel freihändig angekauft.

Der Magistrat hat bis jetzt, vorbehaltlich der Zustimmung der Stadtverordneten-Versammlung, 25 Grundstücke im Scheunenviertel freihändig angekauft.

Der Magistrat hat bis jetzt, vorbehaltlich der Zustimmung der Stadtverordneten-Versammlung, 25 Grundstücke im Scheunenviertel freihändig angekauft.

Der Magistrat hat bis jetzt, vorbehaltlich der Zustimmung der Stadtverordneten-Versammlung, 25 Grundstücke im Scheunenviertel freihändig angekauft.

Der Magistrat hat bis jetzt, vorbehaltlich der Zustimmung der Stadtverordneten-Versammlung, 25 Grundstücke im Scheunenviertel freihändig angekauft.

Der Magistrat hat bis jetzt, vorbehaltlich der Zustimmung der Stadtverordneten-Versammlung, 25 Grundstücke im Scheunenviertel freihändig angekauft.

Der Magistrat hat bis jetzt, vorbehaltlich der Zustimmung der Stadtverordneten-Versammlung, 25 Grundstücke im Scheunenviertel freihändig angekauft.

Der Magistrat hat bis jetzt, vorbehaltlich der Zustimmung der Stadtverordneten-Versammlung, 25 Grundstücke im Scheunenviertel freihändig angekauft.

Werden. Die Auflösung des Residenztheaters beschäftigt zurzeit die Gerichte. Der erst vor Jahresfrist von etwa einem Dutzend Herren gegründete Klub hielt seine Zusammenkünfte in der Potsdamerstraße ab. Dort kam es namentlich infolge des Auftretens zweier Klubmitglieder zu Auseinandersetzungen, die hauptsächlich darauf hinausliefen, daß der Geschäftsführer, der die bedeutendsten Räume und Möbel gestellt hatte, den Klub durch falsche Buchführung und Unterschlagung von „Kartengeldern“ geschädigt habe. Auch wurde gegen ihn der Vorwurf, wucherische Geschäfte gemacht zu haben, erhoben. Infolge dieser Beschuldigungen wurde die Beleidigungsklage bei Gericht anhängig gemacht. Auch der Klub von 1900, der in der Bellevuestr. 18b domiziliert, hat, wie wir gestern berichteten, seine „Affäre“. Es ist derselbe Klub, in dem vor noch nicht allzu langer Zeit die beiden Söhne eines kürzlich verstorbenen Großkaufmanns bedeutende Summen verloren hatten. Der eine ältere Sohn Karl W. ließ ungefähr 80 000 M. in dem „fashionablen“ Klub teils bar, teils unbar. Die Spielschulden wurden dann bis auf einen immerhin noch beträchtlichen Rest von dem Schwiegervater des Verurteilten gedeckt, während die Schulden des jüngeren Bruders Fritz, der dann über den großen Teich geschifft wurde, noch nicht beglichen worden sind, weil inzwischen der Vater verstorben war. Der Inhaber einer Doppelfirma, ein Kaufmann J. mußte seine wiederholten Besuche im Klub mit der „Aktion“ von 50 000 M. bezahlen, während der Bruder eines vor mehreren Jahren verstorbenen bekannten Photographen bedeutende Gewinne zu verzeichnen hatte. Der geschäftliche Leiter des Klubs, Herr W. geriet sich auch als „Vertreter auswärtiger Häuser“. Durch Manipulationen mit „Schips“, der Wertmarken, die teils den Herren, die am Spiel teilnehmen, von dem Geschäftsleiter entnommen zu werden pflegen, hat W. bedeutende Gelder der Klubkasse entzogen, außerdem hatte er sich bei den Lieferanten des Klubs für alle Waren zehn Prozent Zantime ausbedungen, namentlich bei der Ausstattung der Klubräume, die etwa 300 000 M. gekostet hat.

Wenn man erwägt, daß die Mitglieder des Klubs für ihre bisherigen Erholung ganz horrenden Summen ausgeben mußten, wird man gerecht denken lernen und es begreiflich finden, daß sie Ursache haben, über die Benehmen ihrer Arbeiter und Arbeiterinnen ungehalten zu sein. Der einfache schlichte Mann aus der Werkstatt braucht keine 80 000 M. im Spiel zu opfern; er könnte heute wie früher bei vierzehnstündiger Arbeitszeit und fünf Taler Wochenverdienst glücklich und zufrieden leben, wenn die verdammte sozialdemokratische Verheerung nicht händig am Werk wäre, das gute Einvernehmen zwischen ihm und seinem Vorkarren zu beeinträchtigen.

Internationale Juwelendiebe, denen auch ein in Berlin ausgeführter großer Uhren- und Goldwarendiebstahl zur Last fällt, sind bei Ausübung ihrer Tätigkeit in Oberfeld in die Hände gefallen. Die Geheften sind der 27jährige Hausdiener Gröbchen aus Köln a. Rh. und der 23 Jahre alte Szosdjad aus Danzig. Auf der Wache entpuppten sie sich als die der Polizei feinerzeit entwischten beiden Mitglieder einer vierköpfigen Eindringbande, die unter anderem in der Großen Frankfurterstraße zu Berlin einen umfangreichen Uhren- und Juwelendiebstahl verübt haben. Sie wurden, wie wir damals meldeten, während des letzten Karnevals in Köln von der Polizei in einer Drofschle erlantz und verfolgt. Sie sprangen aber während der Fahrt aus dem Wagen und entlamen. Den größten Teil der in Berlin erbeuteten Schmuckfachen liegen sie in der Drofschle zurück.

Die Fledderei auf der Stadt- und Ringbahn

steht wieder in voller Blüte. Die 18 bis 20 Langfinger, die die Kriminalpolizei im Laufe der Zeit hinter Schloß und Riegel brachte, sind zum größten Teil von Wägen und Zegel, wo sie verhältnismäßig gut über die ältere Jahreszeit hinwegkamen, gerade zur rechten Zeit in die Freiheit zurückgeführt. An dem ganzen Treiben, wie es jetzt wieder herrscht, ist zu merken, daß die alte geübte Wände ihre Tätigkeit wieder aufgenommen hat. Es gibt ja auch kaum ein Verbrechensgebiet, auf dem die Arbeit leichter und die Verfolgung schwerer wäre. Die Kriminalpolizei hat dieser Fledderei schon längst wieder ihre besondere Aufmerksamkeit geschenkt, auch hier und da wieder einen Versuch unternommen, in der Regel aber hatten die Ermittler ihre Beute schon an Helfershelfer weitergegeben. Die Fahrgäste werden daher gut nur selbst auf der Hut zu sein, um sich vor Schaden zu bewahren. Daß dieser mitunter nicht unbeträchtlich ist, erzählt erst jetzt ein Rollereisener, der vom Bahnhof Friedrichstraße nach der Station Grunewald fuhr. Er stieg allein ein und war auch allein, als er im Grunewald ankam und erwachte. Den ganzen Weg hatte er geschlafen und nicht gemerkt, ob jemand zu- und wieder abgestiegen war. Dafür machte er die unliebliche Entdeckung, daß Fledderer ihn um 1000 M. erleichtert hatten. Sie hatten ihm die goldene Uhr mit Kette abgenommen und aus der hinteren Hosentasche das Portemonnaie mit 700 M. in Papier und Gold genommen. Die Uhr ist eine Remontoiruhr mit Doppelschloß und dem Zeichen M. D., englische Arbeit. Sie hat auf der Rückseite eine Glascheibe mit den Zahlen 1 bis 31 und den Wochentagen in englischer Sprache. Die Kette ist eine schwere sogenannte Kavallerkette, die als Anhänger noch eine silberne und eine goldene Kette, einen goldenen Weisfederhalter und ein Stahlroulett trug. — Ein sehr geeignetes „Objekt“ war ein Vätermeister, der an der Warschauerstraße einstieg, um mit dem Nordring nach Bellevue zu fahren. Er schlief so fest, daß er von 2 1/2 bis 6 Uhr nachmittags die Runde machte. Ihm stahlen die Fledderer das Portemonnaie mit 80 M. Er weiß nur, daß er mit einer ganzen Menge Leute zugleich einstieg und allein war, als er erwachte und sich erleichtert fühlte.

Im Straßenverkehr gestört wurde gestern Abend gegen 1/7 Uhr die Witwe Karoline Drecht aus der Fruchtstraße 62, welche die Große Frankfurterstraße an der Ecke der Fruchtstraße kreuzte. Die Frau versuchte kurz vor einem Straßenbahnwagen der Linie 71 (Schöneberg-Herzberge) über die Schienen zu laufen, obwohl der Führer des Nordringwagens das Warnungssignal gegeben hatte. Kaum einen Meter vor der Vorderplattform des Kraftwagens betrat Frau V. das Geleis, wurde, obwohl der Führer sofort Gefahrbremse gab, von der Perronwand erfasst, niedergedrückt und geriet unter den Schynrahmen. Um die Verunglückte zu befreien, mußte der Wagen angehalten werden. Die Drecht hatte eine schwere Brustquetschung, Schädelbruch und innere Verletzungen erlitten und wurde nach der Unfallstation in der Warschauerstraße gebracht, wo sie kurz nach ihrer Einlieferung verstarb.

Ein Automobilunglück hat sich am Pfingstmontag in der Nähe des Döberitzer Baradenlagers ereignet. Zwei Herren und zwei Damen aus Berlin wollten mittels Automobils nach Wittfolde fahren. Die Hamburger Chauffeur, die sie postierten, ist auf der Höhe von Dallgow-Döberitz hängelig und man fuhr daher auch langsam. Als die letzte Anhöhe bei Ahnslate erreicht war, löste sich an dem Kraftwagen ein Volzen und die Folge davon war, daß der Führer die Gewalt über das Gefährt verlor, das nun auf der steil abwärtsigen Chauffeestrecke mit rasender Schnelligkeit dahinfuhr, bis es gegen einen Baum prallte. Das Automobil bäumte hoch auf und sämtliche Insassen wurden mit großer Heftigkeit hinausgeschleudert, alle vier blieben mehr oder weniger schwer verletzt auf der Erde liegen. Ein des Weges kommender Radfahrer aus Spandau holte die erste Hilfe aus dem nächsten Forsthaus. Dann wurde aus Seegefeld ein Arzt herbeigerufen, der feststellte, daß einer der drei Verunglückten einen doppelten Weindbruch erlitten hatte; die drei anderen Personen hatten Querschnitten und verschiedene stark blutende Wunden davongetragen. Soldaten aus dem Baradenlager trugen die Verunglückten in Krankenbahnen nach dem Feldlazarett, wo den Verletzten Notverbände angelegt wurden. Während drei von den Verunglückten später mit der Eisenbahn nach Berlin zurückkehren konnten, mußte der am schwersten Verletzte mittels Krankentransportwagens heimbeordert werden.

Arbeiter-Bildungsschule Berlin. Der Fortschrittskursus in Nationalökonomie fällt am diesem Freitag, den 16., aus. Bericht: Redakteur: Franz Kesslein, Berlin, für den

Theater. Lustspielhaus. In der am Sonnabend stattfindenden Erstaufführung von „Kryg-Prig“ wird die männliche Hauptrolle des Vätermeisters Aug von Herrn Willi Walter, die des Sekundanten Emil Thälde von Frau Marie Wendt dargestellt, welche sich zum erstmalig als Soubrette versucht. — In der Größtöffnungsvorstellung der Nordring-Oper am Sonnabend im Schiller-Theater O. „Der polnische Jude“ sind die Damen Frankenstein und Scherersfeld, die Herren Harter, Kundt, Franz und Raben in ihren bisher gesungenen Partien beschäftigt. — Im Schiller-Theater N. (Friedrich Wilhelmstädtisches Theater) geht am Freitag wegen plötzlicher Erkrankung von Elise Bata statt der bereits angekündigten Vorstellung von „Im Hofen“ das Lustspiel „Das Heiratstest“ in Szene. — Im Apollo-Theater erregt der „amerikanische Ringelangel“ nach wie vor großen Heterleitserfolg.

Berichts-Zeitung.

Kombinatorische Berrücktheit.

Eine große Anzahl von Schulleuten und Zivilpersonen war gestern vor die I. Strafkammer des Landgerichts I geladen, um Zeugnis in einer Anklagesache abzulegen, bei der es sich um angebliche Mißhandlungen durch Schulleute auf der Polizeiwache handelte. Die Anklage richtete sich gegen die jetzt wegen Wuchers in Untersuchungshaft befindlichen Kaufleute Fritz Hlzig und Hermann Schneider, die in der Friedrichstraße 105 ein Hypotheken- und Darlehensgeschäft betreiben, sowie gegen den früheren verantwortlichen Redakteur der „Zeit am Montag“, Dr. Ludwig Ruffelmann. Die beiden ersten Angeklagten wurden wegen Beleidigung, Widerstandes gegen die Staatsgewalt, wissentlich falsche Anschuldigung, Verleumdung bzw. wegen Gefangenensbefreiung, Dr. R. wegen öffentlicher Beleidigung zur Verantwortung gezogen. Die „Zeit am Montag“ veröffentlichte in dem Besonderen Teile ihrer Nummer vom 19. Juni 1904 eine mit dem Namen der beiden ersten Angeklagten untergeschriebene Darstellung eines Vorfalls, der sich in der Nacht vom 31. Mai u. J. in der Lothringersstraße bezog. Auf der Wache des 50. Polizeireviere abgeführt hat. Nach dieser Darstellung sollte Hlzig, als er mit seinem Kompagnon Schneider in jener Nacht die Lothringersstraße entlangging, einem Menschen begegnet sein, von dem er glaubte, daß er ihm einige Nächte vorher einen Stoß — ein Andenken seines Vaters — entrißen hatte. Hlzig habe darauf einen Schuttmann herbeigerufen und die Sistierung des Fremden verlangt, der Schuttmann habe ihn aber zur Ruhe verwiesen und als er dessen Nummer verlangte, habe ihn dieser sofort beim Kragen gepackt und nach der Polizeiwache mitgeschleppt und als er sich dagegen gestraubt, habe der Schuttmann blank gezogen. Schneider, der sich über dieses Verfahren empört habe, sei mit zur Wache gegangen. Dort habe Hlzig sofort einen Schlag ins Gesicht bekommen, man habe ihn ins Arrestlokal geschleppt, ihm Fesseln angelegt, ihn an die Wand geschnürt, mit Nadeln gestochen und so erheblich geschlagen, daß er über und über mit Blut besudelt gewesen sei und in einer förmlichen Blutache gelegen habe. Nachdem man ihm Wasser zum Reinigen vom Blute gebracht, habe man ihn und Schneider zur Wache hinausgeworfen und als er draußen seiner Empörung Luft machte, habe man ihn wieder zurückgeholt und auf der Wache nochmals erheblich mißhandelt. — Am Tage nach jenem Vorfall ist Hlzig auf dem Polizeipräsidium erschienen und hat dort angezeigt: er sei in der Nacht vom 31. Mai ohne Ursache auf die Polizeiwache geführt und dort von Polizeibeamten roh mißhandelt worden. Auch seien ihm bei dieser Gelegenheit auf der Wache sein Portemonnaie mit 370 M. gestohlen worden. — Am 6. Juli erlittete Hlzig in Gemeinschaft mit Schneider eine Strafverurteilung bei der Staatsanwaltschaft. Es fand ein Ermittlungsverfahren gegen die Beamten statt; nachdem aber außer den beteiligten Schulleuten auch einige Zivilpersonen vernommen worden waren, wurde auf Grund der Verurteilungen der letzteren das Verfahren eingestellt. Hiergegen legten die beiden ersten Angeklagten Beschwerde beim Kammergericht ein, die aber zurückgewiesen wurde. Nachdem die Einstellung des Verfahrens gegen die Schulleute rechtskräftig erfolgt war, wurde nun das Strafverfahren gegen die jetzigen Angeklagten eröffnet. Die Anklage behauptet, daß die Darstellung in der „Z. a. M.“ eine wissentlich falsche sei. In Wahrheit sei Hlzig, ein sehr exzentrischer, schon vorbestrafter Mann, in jener Nacht laut lärmend und singend in der Lothringersstraße betrogen und von dem Posten stehenden Schuttmann aufgefordert worden, sich ruhig zu verhalten. Statt dessen erklärte der Angeklagte: „Was sich denn der Schuttmann einbilde? Er solle ihm den Wadel lang rutschen, wenn er sich den Helm aufsetze, würde er weit mehr sein als der Schuttmann usw.“ Als darauf Hlzig sistiert werden sollte, habe ihn Schneider zu befreien gesucht, man habe ihn mit Gewalt zur Wache bringen müssen und dort habe sich Hlzig benommen wie ein wildes Tier. Er habe wie ein Unfänger getobt und gelaßt, Schimpfworte ausgestoßen und die Beamten wiederholt angegriffen, so daß seine Fesselung notwendig war. Bei dem wiederholten Handgemenge habe er sich allerdings Wunden zugezogen. — Im Termin behaupteten die beiden ersten Angeklagten, daß ihre Angaben in dem Artikel der „Z. a. M.“ durchaus der Wahrheit entsprächen und bei den Behauptungen der Schulleute der Spieß direkt umgekehrt werde. Dr. Ruffelmann bestritt seine Verantwortlichkeit für den Artikel, der nicht von ihm, sondern von dem Chefredakteur Karl Schneider in Satz gegeben worden sei. Letzterer war auch als Zeuge geladen, aber nicht erschienen. — Bezüglich des Angeklagten Hlzig befandete Gerichtsarzt Dr. Störmer, daß bei diesem eine ganz eskalante Psychose vorliege. Er leide an einer selten vorkommenden Form der Geisteskrankheit, die „kombinatorische Berrücktheit“ genannt werde und mit Größenwahn in der erheblichsten Form und Selbstüberschätzung der eigenen Persönlichkeit verbunden sei. — Rechtsanw. Bah n stellte noch Beweisanträge. — Obwohl der Gerichtshof bezüglich des Hlzig wohl zur Einstellung des Verfahrens auf Grund des § 203 Str.-Pr.-D. kommen wird, da dieser nach der Tat in Geisteskrankheit verfallen ist, beschloß er doch vorläufig mit der Verurteilung der Verhandlung. Karl Schneider wurde wegen unentschuldigter Ausbleibens in eine Strafe von 50 Mark genommen und ihm die Kosten des Termins auferlegt.

Eine rätselhafte Tat, die anfänglich als verurtheter Raub angesehen wurde, führte gestern den Nordmacher Johannes J., einen eben erst 18 Jahre alt gewesenen jungen Mann, unter der Anklage der gefährlichen Körperverletzung vor die achte Strafkammer des Landgerichts I. Der Angeklagte ist der Sohn sehr anständiger Eltern, der in strenger, väterlicher Zucht erzogen ist, bis dahin sich fleißig und gestiftet gezeigt und noch kurze Zeit vor der Tat von der Fortbildungsschule in Rudowwalde, die er besuchte, ein sehr gutes Zeugnis erhalten hat. Am 18. April d. J. wurde der Angeklagte von seinem Vater mit Nordwaren nach Berlin geschickt, um die Körbe an die Nordwarenhändler Barthla in der Greifswalderstraße abzuliefern und das Geld dafür einzuziehen. Als er des Morgens ziska 6 1/2 Uhr zu den Gelehrten Barthla kam, lagen diese noch zu Bett und der Angeklagte ging wieder weg. Nach etwa einer halben Stunde kehrte er zurück, der Ehefrau B. bestellte bei ihm ein Duzend Körbe, ging mit ihm in ein Schanklokal und zahlte ihm 18,50 M. für die Körbe. Nachmittags 3 Uhr begab sich der Angeklagte wieder in die Barthlache Wohnung und brachte die am Vormittage bestellten 12 Körbe. Was in der Zwischenzeit mit ihm passiert ist, ist im Dunkel gehüllt. Er behauptet, daß er in der Zwischenzeit in einem Schanklokal gesneipt und gespielt und daß ihm von einer Gesamtschuppe von 31 M., die er an jenem Tage für seinen Vater einlieferte, nur noch 3,50 M. übrig geblieben waren. Die Einwirkung des genossenen Alkohols und die Zucht von den Vater müssen die Sinne des Jungen verwirrt und ihn zu der Tat des Augenblicks, die ihm die Anklage zugezogen hat, verleitet haben. Als er nachmittags wieder in die Barthlache Wohnung kam, fand er nur die Frau anwesend. Diese nahm die Körbe in Empfang, legte sich dann an einen Tisch und nähte. Der Angeklagte setzte sich gleichfalls an den Tisch. Nach einiger Zeit

sagte er, daß ihm sein Ueberzieher zu eng sei und hing ihn an einen Nagel. Als er zurückkehrte, nähte Frau B. noch und blühte auf ihre Arbeit nieder. Auf ihrem Tisch lag ein Hammer. Hlzig ergriff diesen der Angeklagte und schlug damit die Frau u. a. auf den Kopf. Letztere wollte entfliehen, der Angeklagte hielt sie aber fest und versuchte, sie in eine Ecke zu drücken. Dabei versetzte er ihr mit dem Hammer einen zweiten Schlag auf den Kopf. Als Frau B. den Angeklagten von sich gestoßen hatte und die Stube verlassen wollte, schlug sie der Angeklagte zum drittenmal auf den Kopf. Frau B. entfloß nach der Küche, der Angeklagte verfolgte sie aber und gab ihr noch einen Schlag mit dem Hammer in den Rücken. Frau Barthla rief um Hilfe und nun entfloß der Angeklagte unter Zurücklassung seines Gutes und Ueberziehers. Nach einigen Stunden trat er an einen am Landsberger Tor postierten Schuttmann heran und erklärte ihm, daß er kurz vorher einer Frau mehrere Schläge mit einem Hammer versetzt habe. Der Junge machte einen so sonderbar aufgeregten Eindruck, daß der Schuttmann zunächst Bedenken trug, ihm zu glauben; er führte ihn jedoch zur Wache und dort ergaben dann die Recherchen die Richtigkeit der Angaben. Der Angeklagte konnte ein Motiv zur Tat nicht angeben und verblieb auch im gestrigen Termine dabei, daß er absolut nicht wisse, was er getan und nur durch einen augenblicklichen Impuls getrieben worden sei, den Hammer zu ergreifen und auf die Frau loszuschlagen. Der Staatsanwalt hatte, obgleich er die Anklage nicht auf verurtheten Raub ausgedehnt hatte, doch den Verdacht, daß es auf solchen abgesehen gewesen sei. Die Frau hat glücklicherweise nur einige weniger bedeutende Hautverletzungen davongetragen, sie hat es aber nur ihrer Haarfrisur, die die Schläge etwas milderte, zu danken, daß sie nicht schwerer verwundet wurde. Mit Rücksicht auf die ganze Sachlage beantragte der Staatsanwalt zwei Jahre Gefängnis. — Rechtsanwalt Leonhard Friedmann führte dagegen aus, daß man hier vor einem psychologischen Rätsel stehe und die an das Maximum fast heranreichende Strafe, die der Staatsanwalt beantragt habe, in diesem Falle sicher nicht am Platze sei. Wenn auch bei diesem Momentvergehen der § 51 des Strafgesetzbuches keine Anwendung finden könnte, so befände sich der Angeklagte doch zweifellos auf einer Zwischenstufe zwischen einem gefunden und einem kranken Menschen. Es solle nicht behauptet werden, daß seine freie Willensbestimmung ausgeschlossen gewesen sei, dagegen sei seine Ueberlegungsfähigkeit bei der Tat sicher auf dem Nullpunkt angefangen gewesen. — Der Gerichtshof hielt das Vergehen des Angeklagten doch für so gemeingefährlich, daß er ihn zu zwei Jahren Gefängnis verurteilte.

Zentralverband der Handlungsgeschäften und Gehilfeninnen Deutschlands. Donnerstag Abend 9 Uhr: Sitzung in den „Arminhallen“, Kommandantenstr. 20.

Arbeiter-Samariterkolonne. Heute Abend 9 Uhr, bei Obst. Schöneberg, Reimingerstr. 8: Beginn des Unterrichts in der dritten Abteilung. Vortrag über: „Anatomie“ (Bau des menschlichen Körpers).

Vermischtes.

Ein Gelehrter auf dem Rade verunglückt. Der Vorsteher der königlichen psychiatrischen und Nervenklinik zu Halle a. S. Professor Dr. Bernick, der auf einem Fahrrad das Geratol durchfuhr, geriet in der Nähe von Döberitz unter ein Lokschutwerk. Die Räder gingen ihm über den Kopf; er wurde lebensgefährlich verletzt in ein Hotel gebracht.

Eisenbahnunglück. Ein Sonderzug von Pfarrkirchen wurde Mittwoch nacht bei der Einfahrt in den Bahnhof zu Passau auf Weiche 121, die verriegelt ist, aus unbekannter Ursache in ein Ausziehgleis abgelenkt und fuhr einem Rangierzug in die Flanke. Ein Mann wurde leicht verletzt. Die Lokomotive des Sonderzuges und drei Wagen des Rangierzuges wurden beschädigt.

Dompropst Ralski. In der Affäre des früheren Vormer Dompropstes Ralski, der wegen Eizittlichkeitsverbrechens von der Strafkammer in Mainz zu einem Jahre Gefängnis verurteilt wurde, sollen gegenwärtig Verhandlungen im Gange sein, die angeblich die Aufnahme des Verurteilten in eine Irrenanstalt bezwecken. Die Revision Ralskis wird anfangs Oktober vor dem Reichsgericht in Leipzig zur Verhandlung kommen.

Neue Erdbeben in Montenegro. Aus Cetinje wird gemeldet: In der Nacht zum Dienstag wurden fünf Erdstöße verspürt. Gestern früh stürzten infolge eines starken Erdstoßes fünf Läden in einem Bazar in Clutari ein; auch sonst wurde mehrfacher Schaden angerichtet.

Die Wasserfatale in New York. Der Schaden, der durch den Bruch eines Hochdruckwasserrohrs entstanden war, wächst, wie aus New York gemeldet wird, noch immer. Die ausströmende Flut setze die New Yorker Tiefbahn unter Wasser. Man befürchtet jetzt, daß auch deren Fundamente beschädigt sind.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 Uhr abends statt. Gebühren: 7 M.

Wiel. Soweit möglich, ist der Brief im Recht. Sie müssen genauer angeben, für wen und von wem werden die Strafgelder erhoben und verwaltet. — **W. A., Bauerherke.** Sie bedürfen keiner anderen Einwilligung. Vorher ist die Geburtsurkunde und die Militärpapiere. — **Wag Becker.** Sie können auf Innehaltung Ihres Vertrages bestehen. Wollen Sie von dem Vertrag gegen eine Abhandlung zurücktreten, so ist die Konfirmierung der Abhandlung Ihre Sache. Ihr Brief braucht ebensowenig Ihr Gebot, wie Sie seinen Vorhalt anzunehmen. — **C. G. K.** Ihre Anfrage läßt die tatsächlichen Verhältnisse nicht erkennen, auf die es bei der Entscheidung ankommt. Haben Sie einen mehrfachen Wohnsitz, so können Sie auch im Rahmen der §§ 47 bis 51 des Kommunalabgabengesetzes vom 14. Juli in beiden Gemeinden versteuert werden. Ob in Ihrem Falle eine gütliche Veranlagung statthabenden ist, hängt von folgenden Fragen ab: Wo treiben Sie ein Gewerbe? Von welchen Gemeinden sind Sie veranlagt? In welchen Steuern? Wann? Haben Sie einen doppelten Wohnsitz oder in Berlin Wohnsitz, in Rixdorf Gewerbe? Soll man bester der betr. Wohnsitz und der Gewerbesteuern. — **W. M. 20.** Nehmen Sie die Zahlung ab und übermitteln Sie uns eins der Hefte und den Namen des Kolporteurs, um eventuell andere warnen zu können.

Berliner Marktpreise. (Ermittelt vom Polizei-Präsidenten.) Futtergerste, gute Sorte 1 Ds. 16,10 (15,20) mittel 15,10 (14,20), geringe 14,10 (13,20), Hafer, gute Sorte 16,50 (15,90), mittel 15,90 (15,20), geringe 15,10 (14,50), Rindfleisch 1 Ds. 5,00 (5,00), Schweinefleisch 5,00 (5,00), Erbsen, gelbe, zum Kochen 45,00 (30,00), Speisebohnen, weiß 50,00 (30,00), Linen 60,00 (30,00), Kartoffeln 9,00 (7,00), Rindfleisch, von der Keule, 1 Kg. 1,80 (1,30), Rindfleisch 1,40 (1,00), Schweinefleisch 1,70 (1,30), Rindfleisch 2,00 (1,30), Hammelfleisch 1,80 (1,20), Butter 2,30 (2,00), Eier, 60 Stück, 4,00 (2,25), Karpfen, 1 Kg. 2,20 (1,20), Halm 3,00 (1,60), Rander 3,20 (1,30), Dichte 2,60 (1,40), Barische 2,00 (1,00), Schale 3,60 (1,40), Weis 1,40 (0,80), Krebse 16,00 (7,00).

Wasserstand am 13. Juni. Elbe bei Ruffig + 0,14 Meter, bei Dresden - 1,23 Meter, bei Magdeburg + 1,11 Meter. — U n f r u t bei Straßfurt + 1,15 Meter. — Oder bei Ratibor + 1,24 Meter, bei Breßlau Ober-Regel + 4,98 Meter, bei Breßlau Unter-Regel - 0,98 Meter, bei Frankfurt + 1,47 Meter. — Weichsel bei Braßmünde + 5,20 Meter. — S a r t h e bei Poser + 0,41 Meter. —

Witterungsbericht vom 14. Juni 1905, morgen 8 Uhr.

| Stationen | Barometerstand mm | Windrichtung | Windstärke | Wetter | Temp. in C. | Stationen | Barometerstand mm | Windrichtung | Windstärke | Wetter | Temp. in C. |
|---------------|-------------------|--------------|------------|-------------|-------------|------------|-------------------|--------------|------------|--------|-------------|
| Swinemünde | 760 DRD | 3 Regen | 11 | Daparanda | 771 SHL | — wolkenl | 16 | | | | |
| Hamburg | 761 DRD | 2 bedekt | 13 | Helfersburg | 768 DRD | 1 wolflig | 15 | | | | |
| Berlin | 760 R | 2 wolflig | 12 | Schiff | 756 DRD | 3 wolflig | 14 | | | | |
| Frankf. a. M. | 758 R | 4 wolkenl | 16 | Übersee | 765 DRD | 1 bedekt | 11 | | | | |
| München | 758 SO | 2 wolflig | 12 | Paris | 756 DRD | 1 halb db. | 15 | | | | |
| Wien | 759 SO | 1 bedekt | 12 | | | | | | | | |

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 15. Juni 1905. Etwas wärmer, zeitweise heiter, aber sehr veränderlich mit Gewitterregen und meist schwachen südlichen Winden.